# blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w




Nr. 139 Februar 1987 DM 5,00

# Impressum

**blätter des iz3w**

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Gerhard Braun, Wolf-Matthias Gall, Claudia Heid, Iris Harnischmacher, Volker Heise, Daniela Heuberger, Peter Hübner, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Scott Roulier, Peter Schmidt, Alexander Spermann (as), Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053





Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

**Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-**

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

**Redaktionsschluß für Nr. 140:**
3. März 1987

**Anzeigenschluß für Nr. 140**
10. März 1987

**Eigentumsvorbehalt:**
*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*


# Inhaltsverzeichnis

# Editorial

*Die Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik war der Schwerpunkt unseres letzten Heftes. Schon bei den Vorarbeiten wurde uns die Schwierigkeit des Themas bewußt. Die bundesdeutsche Dritte-Welt-Politik hat so viele Dimensionen, daß es schier unmöglich ist, sie in einem Anlauf abzuhandeln. So betrachten wir denn das erwähnte Heft als einen ersten Schritt. Auf die Überblicksartikel, die wir dort präsentierten, müssen Detailanalysen folgen. An den einzelnen Bereichen der BMZ-Politik ebenso wie an den Vorgängen in den Durchführungsorganisationen der Entwicklungshilfe gilt es für uns künftig, die Wende (oder Kontinuität) zu dokumentieren. Ob es uns allerdings gelingt, fortan in jedem Heft mit einem Artikel über dieses Thema aufzuwarten — darüber entscheiden wir nicht allein. Wir benötigen informierte Autoren oder Leute aus dem Entwicklungshilfeapparat, die bereit sind, Interna auszuplaudern. (Der/die Leser/in, der/die uns hier etwas anzubieten hat, darf diese Zeilen getrost als Aufforderung verstehen...)*

*Für dieses Heft haben wir einen Artikel ausgewählt, der das neue Berufsbildungskonzept des BMZ einer kritischen Analyse unterzieht. (Siehe S. 16 ff.)*

*15 Atommächte im Jahr 1995 — eine Horrorvision? Die Ratlosigkeit bei den Überprüfungskonferenzen des Atomwaffensperrvertrages läßt fast darauf schließen, daß die Atommächte demnächst die Totenmesse für das Vertragswerk anstimmen. Ein Land, gegen das dieser dahinsiechende Vertrag ursprünglich gerichtet war, beäugt mit Unschuldsmiene das Szenario. Und exportiert in 70 Länder Kerntechnologie bzw. läßt in alle Krisenherde der Welt deutsche Wertarbeit ausführen. Die Freiburger LITEF — ein jüngstes Beispiel — lieferte, mit Genehmigung, einen wichtigen Teil für ein Trägheitsnavigationssystem nach Südafrika. Eben ein solches Lenksystem sucht Brasilien für seine Atombombenträgerwaffen, was im ersten Artikel unseres Nuklearexport-Teils dargestellt wird. (Siehe S. 20)*

*Pakistan kann dank bundesdeutscher Hilfe in diesem Jahr seine erste Bombe bauen. Ein weiterer Artikel verfolgt Israels Weg zur ersten Atommacht der Dritten Welt bis Anfang der 50er-Jahre zurück. Der Autor geht dabei auch auf die nuklearen Verbindungen zwischen Israel und Südafrika ein. Diese beiden Staaten haben den Atomwaffensperrvertrag bisher nicht unterschrieben. Die BRD tat dies 1974 lediglich gegen den Widerstand von großen Teilen der jetzigen Regierung. Welche Schlußfolgerungen im Hinblick auf die nukleare Option der liberal-konservativen BRD gezogen werden können, wäre tiefgehende Überlegungen wert. Ein Hinweis soll genügen: 1995 läuft der Atomwaffensperrvertrag aus und die WAA Wackersdorf voraussichtlich an.*

*Nach langer Zeit wieder einmal ein Bericht zu China in den „Blättern". Wochenlange Studentenproteste, die schließlich zur Ablösung einiger hoher Funktionäre führten, machten deutlich: Bei Teilen der chinesischen Intelligenz gärt es. Ihnen geht der von Deng Xiaoping eingeleitete Reforkurs nicht weit und schnell genug. Sie fordern, daß dem wirtschaftlichen Kurswechsel ein demokratischer folgen müsse.*

*Der Theoretiker Wang Rowang aus Shanghai wies auf die Unmöglichkeit hin, neue Technologien und Verwaltungsmethoden einzuführen, wenn nicht gleichzeitig das sie umgebende gesellschaftliche Umfeld umgewälzt wird. Seiner Meinung nach ist China vom Feudalismus in den Sozialismus gesprungen, ohne die wichtige Etappe des Kapitalismus vorher durchlaufen zu haben. Der von den Intellektuellen initiierte Funke sprang jedoch nicht, wie bekannt, auf die Arbeiter und Bauern über. Ihnen ist privates Glück, Konsumbefriedigung (noch) wichtiger, als sich in politische Richtungskämpfe einbinden zu lassen.*

*Unser Autor T. Heberer beschreibt die privatwirtschaftlichen Initiativen, ihre zunehmende Bedeutung für die Volksrepublik China seit ihrer Gründung und läßt erkennen, welch sozialer und politischer Sprengstoff sich dort anhäufen könnte.*



# Chinas neue Privatwirtschaft

## Ein unverzichtbarer Reformschritt?



*Sektoren privatwirtschaftlicher Initiativen...*

Für viele Linke hatte China in den 70er Jahren Modellcharakter. Als beispielhaft galt insbesondere die Kulturrevolution — war sie doch ein Beleg für Chinas Fähigkeit zur permanenten Revolution. Sie schien die Verkrustung realsozialistischer Systeme zu sprengen und einen Ausweg aus der Sowjetblockmisere zu weisen. Nachdem diese kulturrevolutionäre Seifenblase geplatzt war und plötzlich eine Vielzahl von Problemen (die ja schon lange existiert hatten) auftauchte, begannen sich viele enttäuscht von China abzuwenden. Selbst in der Dritte-Welt- und entwicklungspolitischen Diskussion spielt das Thema China (immerhin das größte aller Entwicklungsländer) derzeit keine große Rolle. Eine Analyse der Entwicklungsprobleme sowie der positiven und negativen Erfahrungen dieses Landes unterbleibt weitgehend. Das China-Bild schwankt heute zwischen übersteigerten Erwartungen und absolutem Kritizismus.

Die Beschäftigung mit den Problemen Chinas zeigt, daß es einerseits Problemgemeinsamkeiten mit anderen Entwicklungsländern aufweist, andererseits Probleme fundamentaler Art bereits gelöst oder weitgehend gelöst hat:

- Es hat tatsächliche nationale Unabhängigkeit erlangt, politisch wie ökonomisch;
- es hat die auf Klassenteilung beruhende Ungleichheit (vor allem die Frage des Großgrundbesitzes) beseitigt;
- es hat eine industrielle Grundlage geschaffen;
- es hat den Hunger beseitigt; China versorgt sich heute im wesentlichen selbst mit Getreide. Gebiete, in denen die Getreideerträge zur örtlichen Versorgung nicht ausreichen (dies betrifft zur Zeit noch ca. 60 Millionen), werden staatlicherseits unterstützt;
- es hat — vor allem in den Städten — ein sicheres Einkommen geschaffen;
- es hat ein Netz grundlegender Gesundheitsversorgung und Bildungsmöglichkeiten errichtet;
- es praktiziert eine erfolgreiche Geburtenplanung;
- die Lebenserwartung bei Geburt stieg von 36 Jahren (1949) auf 68 Jahre (1985). Damit liegt China mit an vorderster Stelle in Asien;
- Chinas Auslandsverschuldung ist gering.

Auch Landflucht und Arbeitslosigkeit sind — obwohl existent — in China keine so gravierenden Probleme wie in anderen Entwicklungsländern.

Doch ungeachtet dieser Erfolge wurden Ende 1979 12,4 % der rund 2300 ländlichen Kreise als „arme Kreise" eingestuft, d.h. als Kreise mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen unter 50 Yuan (1 Yuan damals ca. DM 1,25) pro Kopf. 283 Kreise, in denen der offiziell definierte Mindestversorgungsstandard seit Jahren nicht erwirtschaftet werden konnte, umfaßten eine Gesamtbevölke-

rung von 100 Millionen. 81 Kreise mußten sogar als extrem arm eingestuft werden. Sie wiesen ein durchschnittliches Jahreseinkommen pro Kopf von weniger als 40 Yuan auf, d.h. es erfolgte in der Regel keine Bargeldauszahlung. Schätzungsweise 130-150 Millionen Chinesen dürften 1979 nicht auf dem Niveau der Mindestversorgung gelebt haben.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Der Versuch der totalen Isolierung Chinas durch West und Ost in den 50er und 60er Jahren nötigte China zu einer erhöhten Verteidigungsbereitschaft und zwang es zu größtmöglicher Autarkie. Dies machte u.a. die (heute so oft beklagte) Priorität für die Schwerindustrie erforderlich. Andererseits handelte sich China mit der Übernahme des sowjetischen Industrialisierungsmodells die gleichen Probleme ein, mit denen die Sowjetunion und viele osteuropäischen Länder heute zu kämpfen haben. Für Rückschläge und Stagnation ist ferner ein Revolutionsmodell verantwortlich, das an der Realität Chinas weitgehend vorbeiging.

Trotz der widersprüchlichen Entwicklung ist Senghaas Recht zu geben, wenn er darüber spekuliert, wie es um China bestellt wäre, wenn es 1949 einen kapitalistischen Weg eingeschlagen hätte: Es würde sich von Brasilien und Indien nicht grundlegend unterscheiden, und insbesondere das küstennahe Hinterland Chinas wäre ein ähnliches Armenhaus wie der Nordosten Brasiliens.

Ohne Reformen vermochte China aus der wirtschaftlichen Stagnation und bürokratischen Erstarrung nicht herauszukommen.

Diese wurden daher Ende 1978 in Industrie und Landwirtschaft eingeleitet. Während in den folgenden Jahren im städtischen Bereich experimentiert wurde, fand von 1979 an im Agrarbereich eine umfassende Reform statt: Sie gab den Bauern Raum für Privatinitiative und größere ökonomische Freiheiten. Das Anbauland wurde den Bauernfamilien zur vertraglichen Nutzung übergeben, die Großkollektive wurden aufgelöst. Boden darf allerdings weiterhin weder ge- noch verkauft oder verpachtet werden. Er bleibt Gemeineigentum.[1]

Vom Erfolg in der Landwirtschaft ermutigt, wurde im Oktober 1984 vom Zentralkomitee der KPCh eine grundlegende Reform des gesamten Wirtschaftssystems beschlossen. Im Kern geht es dabei um Reformen des Planungs-, des Preis-, des Wirtschaftsverwaltungssystems, des innerbetrieblichen Arbeits- und Managementsystems sowie der Struktur des Eigentumssystems. In radikalen Reformen sah die chinesische Führung die einzige Möglichkeit, aus der Wirtschaftsstagnation und der Agrarkrise der 70er Jahre herauszukommen und das festgefahrene Wirtschafts- und Sozialgefüge aufzubrechen. Die Grundlagen dieses Systems waren in den 50er Jahren weitgehend von der Sowjetunion übernommen worden.

Im folgenden soll ein Reformmoment, das außerhalb Chinas bisher wenig Beachtung gefunden hat, veranschaulicht werden: die Individual- oder Einzelwirtschaft. Darunter wird die Tätigkeit eines Einzelnen (und seiner Familienangehörigen) mit ihm gehörenden Produktionsmitteln verstanden. Dies bezog sich ursprünglich auf Handwerker, Kleinhändler, kleine Geschäfte und Stände, von denen es 1953 allein in den Städten 9 Millionen gab.

## Die Austrocknung des Individualsektors und die Folgen

Mit der „sozialistischen Umgestaltung" des Privatsektors und der Vergenossenschaftung von Handel und Handwerk Mitte der 50er Jahre ging die Zahl der Einzelgewerbetreibenden drastisch zurück. Der Rückgang von 6,4 Millionen (1955) auf 160.000 (1956) in nicht ganz einem Jahr weist im Kern schon auf die zwangsweise und volkswirtschaftlich schädliche Entwicklung hin: Viele kleine Unternehmen wurden zu größeren verschmolzen, das Handwerks- und Handelsnetz wurde ausgedünnt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs, deren Herstellung und Vertrieb bis dahin von privaten Handwerkern und Händlern vorgenommen worden war, verschlechterte sich drastisch.

Das Dilemma des „Großen Sprungs nach Vorn" (1958-60), dessen ökonomische und soziale Experimente in einem Disaster endeten, bewirkte zwar, daß ab 1961 der Privatinitiative wieder mehr Raum gegeben wurde; während der Kulturrevolution (1966-76) wurde die Einzelwirtschaft dann als „kapitalistisches Relikt" schlichtweg unterdrückt. Von 1,56 Mio. (1966) ging die Zahl der in diesem Sektor Tätigen auf 150.000 Personen 1977 zurück.



*...finden sich überall.*

Einige Zahlen sollen die Folgen dieser Politik verdeutlichen: Gab es 1957, bei einer Stadtbevölkerung von 99.5 Millionen, noch eine Million Handelsgeschäfte (10 je 1000 Einwohner), so standen 1987 172 Mio. Stadtbewohnern nur noch 180.000 Geschäfte zur Verfügung (1 je 1000 Einwohner). Allein in Peking erhöhte sich die Bevölkerungszahl von 2 Mio. (1950) auf 8 Mio. (1981), die Zahl der Handels- und Dienstleistungsbetriebe verringerte sich dagegen von 70.000 auf 8.000. In Shanghai gab es 1955 noch über 200.000 Individualgewerbetreibende, 1978 indessen, bei erheblich gestiegener Bevölkerungszahl, nur noch 8.000. 1955 entfielen auf je 1.000 Einwohner 30 Betriebe im privaten Handels- und Dienstleistungsbereich, 1975 nur noch drei. Diese Lücke vermochte das staatliche Handelsnetz nicht zu füllen.

Aufgrund der Zusammenlegung zu größeren Betriebseinheiten ging auch das Sortiment zurück. Das Angebot an Kleinwaren, Artikeln des täglichen Bedarfs und einheimischen Spezialitäten verringerte sich von Jahr zu Jahr, da die größeren staatlichen Betriebseinheiten die Herstellung solcher Produkte als zu kompliziert und/oder zu unprofitabel empfanden. So wurden in einem der Hauptbasare Shanghais von den 250.000 Artikeln 1956 im Jahre 1972 nur noch 80.000 angeboten.

Der staatliche und der kollektive Sektor waren nicht in der Lage, die Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung in allen Bereichen zu befriedigen. Zwar vermochte der Staat, den Grundbedarf weiter Bevölkerungskreise an Nahrung und Kleidung im großen und ganzen zu befriedigen; doch unter Bedingungen wirtschaftlicher Unterentwicklung und ökonomischen Mangels vermag eine hochzentralisierte Planwirtschaft nicht, den gesamten gesellschaftlichen Bedarf zu decken und die Tätigkeit individueller Handwerker und Händler zu ersetzen.

Von seiner Finanzlage her war der chinesische Staat nicht in der Lage, den Tertiärsektor (Dienstleistungen und Handel) quantitativ wie qualitativ dem Bedarf anzupassen.

## Beschäftigungsprobleme

Die Austrocknung des nichtstaatlichen Sektors verstärkte den Druck auf das städtische Beschäftigungsproblem. In der ersten Hälfte der 50er Jahre existierte in den chinesischen Städten ein relativ ausgeglichenes Nebeneinander von staatlichen, kollektiven und Individualbetrieben. Dank dieser Dreierkombination gelang es, das urbane Arbeitslosenproblem weitgehend in den Griff zu bekommen. 1955 waren noch mehr als ein Drittel der Beschäftigten im Nichtagrarbereich im privaten Handwerks-, Transport- und traditionellen Gewerbe tätig. Die Verstaatlichung der Individualbetriebe und einer großen Zahl von genossenschaftlichen Betrieben nach 1956 führte zum Abbau vieler Arbeitsplätze. Ab 1957/58 hatten Arbeitssuchende, d.h. Schulabgänger in den Städten, keine Möglichkeit mehr, selbständig tätig zu werden oder sich selbst um Anstellung zu bemühen. Arbeitskräfte wurden ausschließlich über staatliche Arbeitsbüros vermittelt, die Anstellungen ungeachtet der Wünsche der Anzustellenden bzw. des anstellenden Betriebes vornahmen.

Relativ ungehindertes Bevölkerungswachstum, der trotz Verbots existierende Zustrom von Arbeitskräften (als Kontraktarbeiter) in die Städte und der Mangel an neuen Arbeistplätzen infolge einseitiger Wirtschaftsentwicklung verschärfte das Arbeitslosenproblem in den Städten. Für jährlich 25 Millionen Schulabgänger in Stadt und Land müssen Arbeitsplätze gefunden werden.

## Diversifizierung der Eigentumsstruktur

Neben Versorgungs- und Beschäftigungsproblemen brachte die Abschaffung der Individualwirtschaft auch in Handel und Handwerk eine Monopolstellung der Staatswirtschaft mit sich. Daß konkurrenzlose Staatsbetriebe kein Interesse an verbrauchergerechtem Verhalten haben, hat die chinesische Bevölkerung lange Zeit zu spüren bekommen. Die vielfach ineffizient arbeitenden staatlichen Handelsbetriebe (22 Prozent arbeiteten 1976 mit Verlust, 1966 nur 13,5 Prozent) mußten dann vom Staat subventioniert werden. Hier wurden Geldmittel besetzt, die der Schaffung neuer Arbeitsplätze hätten zugute kommen können. Die von der Sowjetunion und vor allem von Stalin übernommene Politik eingleisiger (staatlicher) Eigentumsstruktur ist — wie überall — auch in China gescheitert. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich 1978 chinesische Ökonomen wieder Gedanken machten über eine Diversifizierung der Eigentumsstruktur. Individualbetriebe — so die einfache Rechnung — decken Bedürfnisse, die der Staat nicht abzudecken vermag, und schaffen Arbeits- sowie Ausbildungsplätze, die den Staat keinen Pfennig kosten. Sie zwingen die staatlichen Unternehmen zu besserer Bewirtschaftung und kundenfreundlicherem Verhalten und bringen dem Staat auch noch beträchtliche Steuereinnahmen (1985 immerhin 30 Mia. Yuan, ca. 20 Mia. DM).

## Entwicklungstrends

Ende 1978 wurde die Wiederbelebung des Individualsektors beschlossen. 11,62 Mio. Privatunternehmer mit 17,66 Mio. Beschäftigten (ohne die unten erwähnten „Partnerschaftsbetriebe") gibt es derzeit wieder in der VR China. Das sind zwar nur 1,7 % der Gesamtbevölkerung, aber immerhin fast 4 % aller Arbeitskräfte. Der 7. Fünfjahresplan (1986-90) sieht die Ausweitung der Beschäftigten in diesem Sektor auf 50 Millionen Personen vor. In der Mehrheit Kleinunternehmer, sind sie in den Städten überwiegend im Dienstleistungsbereich, Handwerk und Handel tätig, auf dem Land überdies in der Kleinindustrie. Aber auch Verlage, Buchhandlungen, Tanzdielen, kleine Krankenhäuser,[2] Apotheken und consulting-Firmen finden sich heute in privater Hand. Jedem Besucher Chinas fallen die zahlreichen Märkte in Stadt und Land auf, die alles anbieten, was zum täglichen Bedarf gehört. Die für sozialistische Länder so charakteristischen Schlangen vor Geschäften sind in China verschwunden. Die marktwirtschaftliche Ergänzung der starren Planwirtschaft hat die Wirtschaft belebt und die Versorgungslage verbessert.

Die Entwicklung des Individualsektors zeigt, daß fast ausschließlich der tertiäre Sektor davon profitiert. Die einseitige Branchenverteilung des Individualsektors zeigt eine auffallende Übereinstimmung mit der Ausrichtung des informellen Sektors in anderen Ländern der Dritten Welt.

**Branchenverteilung des Individualsektors (1985)**

| | |
|---|---|
| Handel | 53,2 % |
| Handwerk | 12,9 % |
| Nahrung/Gaststätten | 10,1 % |
| Transport/Verkehr | 8,4 % |
| Reparaturen | 7,0 % |
| Sonstige Dienstleistungen | 6,0 % |
| Baugewerbe | 0,4 % |
| Sonstige | 2,0 % |

Dieses Ungleichgewicht dürfte damit zusammenhängen, daß die Geschäftstätigkeit im Bereich des Handels weniger spezifische Fachkenntnisse verlangt als etwa der Handwerks- und Reparaturbereich, weniger schwere körperliche Arbeit erfordert als der Bau- oder Transportsektor, geringere Investitionen benötigt und für die Materialbeschaffung geringerer Aufwand notwendig ist. Allerdings zeichnet sich eine Änderung der Branchenstruktur ab: Der Anteil des Handels geht zurück, der des Handwerks, des Dienstleistungssektors, des Transport- und Baugewerbes nimmt zu.

Durch strikte Preiskontrollen versuchen die Behörden eine erhebliche Verteuerung der Produkte und Leistungen, wie sie der private Zwischenhandel in anderen Dritte-Welt-Ländern mit sich bringt, zu verhindern. Häufige Klagen zeigen indessen, daß diese Kontrolle bisher noch unzureichend ist.

## Neue Arbeitsplätze

Auch das erwähnte städtische Beschäftigungsproblem wurde durch die Individualwirtschaft gemildert. Nach offiziellen Angaben haben zwischen 1979 und 1983 46,6 Mio. junge Menschen in den Städten einen Arbeitsplatz erhalten bzw. selbst gefunden, davon 30 % im nichtstaatlichen Sektor und 7 % (3,25 Mio.) im Individualsektor. Die Zahl derer, die in dem Individualsektor einen Arbeitsplatz finden, wächst von Jahr zu Jahr, während die Zahl derer, die im staatlichen bzw. kollektiven







*Einzug ausländischer Investoren*

Sektor Arbeit erhalten, seit 1979 bzw. 1980 rückläufig ist.

Mag der Umfang der neugeschaffenen Arbeitsplätze im Individualsektor derzeit noch nicht groß erscheinen, so darf doch nicht übersehen werden, daß dieser Sektor erst am Anfang seiner Entwicklung steht. Nach allen Aussagen der wichtigsten relevanten Dokumente der chinesischen Führung soll er in Zukunft erheblich ausgebaut werden. Vornehmlich im tertiären Sektor, der schwerpunktmäßig entwickelt werden soll, wird der Individualwirtschaft ein wichtiger Stellenwert zukommen.

Ende 1984 sind überdies die Beschränkungen für die Anzahl der Personen, die von Individualbetrieben eingestellt werden können, vorläufig außer Kraft gesetzt worden. Der gegenwärtig geplante Abbau bürokratischer Strukturen und die Ausweitung der Markt- gegenüber den Planfaktoren wird mehr Personen ermutigen, im Privatsektor tätig zu werden. Die jetzt in den Individualbetrieben beschäftigten Lehrlinge werden nach Abschluß ihrer Ausbildung eigene Betriebe gründen wollen, Fachkräfte aus staatlichen und kollektiven Einheiten werden sich, soweit sie sich höhere Verdienstmöglichkeiten versprechen, selbständig machen wollen.

Es werden also nicht nur Arbeitsplätze geschaffen, es wird auch ein personeller Transfer von den Staats- und Kollektivbetrieben in Individualbetriebe stattfinden. (Seit 1979 ist ein sprunghafter Anstieg der Beschäftigungszahlen im Individualsektor zu beobachten: Nahm die Zahl der Erwerbstätigen im staatlichen Sektor um 14 % und im Kollektivsektor um 22,7 % zu, so im Individualsektor um 621 %.

## Personenstruktur

Die ca. 6 Mio. städtischen Privatunternehmer bestehen überwiegend aus Personen, die zuvor am unteren Ende der Sozialskala standen und ohne berufliche Perspektive waren: arbeitslose Jugendliche, Vorbestrafte, Behinderte, Kranke, Rentner, Hausfrauen, Witwen und von Staatsbetrieben Entlassene. Wer einen festen Arbeitsplatz in einem staatlichen Unternehmen hat, wechselt bisher nur ungern in die Privatwirtschaft. Dies liegt an dem geringen sozialen Prestige. Umfrageergebnisse unter jungen Leuten zwischen 16 und 30 zeigen, daß die Mehrheit den Beruf nicht nach Einkommen auswählt, sondern nach sozialem Prestige. So ist die Mehrheit der Meinung, daß man zwar im Privatsektor am meisten verdient, bei der sozialen Bewertung indessen rangiert der Privatunternehmer an letzter Stelle. Entsprechend liegt das Bildungsniveau der Privaten unter dem des städtischen Durchschnitts: Analphabeten- und Grundschulniveau überwiegen.

## Soziale und wirtschaftliche Probleme

Vorurteile gegenüber den „Emporkömmlingen", wie sie oft verächtlich genannt werden, sind weit verbreitet, nicht nur bei einfachen Bürgern. Untersuchungen unter Funktionären in Nordostchina ergaben, daß 70 % negativ über die Privatgewerbetreibenden denken. Ein wichtiges Motiv dafür ist der Neid, denn die überwiegende Mehrheit der Privaten hat zwischen 200 und 500 Yuan Reinverdienst im Monat, ein Arbeiter im Durchschnitt 80-90, ein Bauer noch weniger. Ein kleiner Teil verdient über 1000 oder gar 10.000 Yuan monatlich, Einzelne mehrere hunderttausend Yuan. Privatunternehmer sind heute die Bestverdiener in den Familien. Sie erkaufen sich diesen Verdienst mit einem 12-15stündigen Arbeitstag, einer siebentägigen Arbeitswoche und sozialer Unsicherheit. Denn bisher gibt es für die in diesem Sektor Tätigen weder Kranken- noch Rentenversicherung.

Dazu kommen geschäftliche Schwierigkeiten. Zwar wird die Privatwirtschaft von der Parteiführung gefördert, die unteren Ebenen jedoch, d.h. die lokalen Behörden und kleinen Funktionäre, schikanieren die Privaten vielfach: Diskriminierungen bei der Belieferung durch Großhandel und Staatsbetriebe, Zuteilung von Waren minderer Qualität, Schikanen durch Verwaltungsbeamte und Schröpfung mittels diverser Abgaben und „Gebühren". Viele Kleinunternehmer klagen, daß sie sich durch Bestechung die Gunst der Behördenvertreter und Versorgungsbetriebe erkaufen müssen. Fälle werden gemeldet, in denen Aufsichts-, Steuer- und Polizeibeamte private Restaurants buchstäblich bankrott aßen.

Schwierigkeiten dieser Art, Angst vor politischen Änderungen oder Einschränkungen und die sozial niedrige Stellung lasten schwer auf den Privaten. Auch historische Faktoren spielen hier eine Rolle, denn Handwerk und Handel galten — im Gegensatz zur Landwirtschaft — traditionell als unproduktive, nur nach Gewinn strebende Tätigkeiten, als Schmarotzer, die Gewinne für wenige auf Kosten des Verlustes anderer erzielten. Laotse verurteilte jeden Handel und Verkehr als etwas

Naturwidriges, und unter den vier Ständen, in die die alte chinesische Gesellschaft eingeteilt worden war, nahm der Handelsstand die letzte Stufe ein.

## Entwicklungsprobleme

Die Entwicklung der Privatwirtschaft vollzieht sich keineswegs reibungslos. Schätzungen zufolge ist die Hälfte der Privaten ohne Geschäftslizenz, d.h. illegal tätig und zahlt keine Steuern und Abgaben. Die Möglichkeit, sich überall im Lande geschäftlich zu betätigen, hat eine gewaltige Mobilität der Gesellschaft bewirkt. Ein Bauer berichtete dem Verfasser, von den 500 männlichen Arbeitskräften seines Dorfes 400 km südlich von Peking seien fast alle in der Hauptstadt als Gemüsehändler tätig. Die landwirtschaftliche Arbeit würde von den zurückgebliebenen Frauen erledigt. Für ihre Tätigkeit erhalten die Bauern vorübergehende, kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen. Der Zuzug in die Hauptstadt wie in alle Städte ist damit nicht verbunden. Im eigentlichen Sinne sind diese Bauern inzwischen keine Bauern mehr; sie sind Händler geworden.

Diese Fluktuation erschwert die behördliche Kontrolle und erleichtert Gesetzesverstöße. 70-80 % der privaten Gewerbetreibenden mit Lizenz hinterzögen Steuern, klagen die Steuerbehörden. Überhöhte Preise, mangelnde Hygiene, Handel mit Verbotenem und Spekulation mit Mangelware sind alltägliche Erscheinungen. Gleichwohl handelt es sich hierbei um Anfangsprobleme, die durch bessere behördliche Kontrolle und Verordnungen eingeschränkt werden können.

## Anstellung von Arbeitskräften

Ungelöst ist auch die Frage der Anstellung von Arbeitskräften. Ursprünglich auf zwei Gehilfen und fünf Lehrlinge beschränkt, finden sich inzwischen nicht wenige Betriebe mit Dutzenden oder gar Hunderten von Beschäftigten. Neben Familienmitgliedern rekrutieren sich diese Arbeitskräfte meist aus arbeitslosen jungen Städtern und Landjugendlichen, wobei die letzteren in der städtischen Privatwirtschaft mehr verdienen als in der Landwirtschaft. Geringe Löhne, lange Arbeitszeiten und mangelnde soziale Absicherung kennzeichnen diese Tätigkeiten. Zwar werden von der Individualwirtschaft dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen, aber das Mißverständnis etwa in einer privaten Kuchenfabrik in Kunming, in der Arbeiter bei zwölfstündigem Arbeitstag 60-80 Yuan monatlich verdienen, der Arbeitgeber dagegen 30.000 Yuan, ist augenscheinlich.

Allerdings ist ein solches Gefälle noch die Ausnahme. Einkommen über 1000 Yuan im Monat sind relativ selten. Die Mehrheit der Einzelwirtschaftenden hat zwischen 250 und 400 Yuan im Monat. Dies liegt über dem Arbeiterdurchschnittslohn von ca. 90 Yuan. Der höhere Verdienst ist indessen — wie oben gezeigt — mit höherem zeitlichem Arbeitsaufwand, finanziellem Risiko und sozialer Unsicherheit verbunden. Ein höheres Einkommen wird m.E. dadurch gerechtfertigt. Problematisch wird es erst, wenn die Kluft zu groß wird.

1978 verdiente ein städtischer Arbeiter im Schnitt 54 Yuan im Monat, ein Bauer 135 Yuan im Jahr (kostenlose Nahrungsmittel und mietfreies Wohnen nicht eingerechnet), Spitzenfunktionäre hatten zwischen 200 und 400 Yuan monatlich. Heute zählen die Privatwirtschaftenden zu den Bestverdienern. Arbeiter verdienten Ende 1985 99 Yuan im Monat, Bauern 400 im Jahr. Die Gehälter der Spitzenfunktionäre wurden eingefroren; sie sind die Verlierer der Reformen.

Es besteht die Gefahr unverhältnismäßig hoher Einkommen der Individualwirtschaftenden gegenüber den anderen Berufstätigen. Drastische Einschränkungen und Verbote würden jedoch die Furcht der Bevölkerung vor neuerlichem Kurswechsel bestärken, die private Initiative der Bürger lähmen und sich hemmend auf die Reformen insgesamt auswirken. An Verbote denkt daher niemand. Die Privatwirtschaft wird von der Parteiführung vielmehr als unverzichtbarer Teil der Wirtschaft begriffen. Übereinstimmung herrscht allerdings darin, daß die Entstehung eines zu großen Einkommensgefälles eingedämmt werden soll. Über die Art und Weise dieser Eindämmung gibt es Auseinandersetzungen. Die Mehrheit ist gegen administratives Vorgehen und für die Einsetzung ökonomischer Hebel, wie etwa eine gezielte Steuer-, Kredit- und Preispolitik. Ob sich diese Mehrheit nun durchsetzen wird oder nicht — dem Staat, der immerhin die Schaltstellen der Wirtschaft kontrolliert, dürfte eine Zügelung der Privatwirtschaft nicht schwerfallen, jedenfalls solange sie und die Entwicklung des Einkommensgefälles noch in der Anfangsphase stecken.

Dennoch ist und bleibt die Frage privater Anstellungen eine komplizierte Frage für China. Einerseits sollen neue Ausbeutungsverhältnisse vermieden werden, andererseits absorbieren die Privatbetriebe überschüssige städtische und ländliche Arbeitskraft (allein in der Landwirtschaft sind derzeit ca. 100 Mio. Arbeitskräfte überflüssig und müssen in andere Wirtschaftssektoren überführt werden, wenn die Landwirtschaft produktiv arbeiten will). Soll sich der Individualsektor entwickeln, so benötigt er natürlich Arbeitskräfte. Ansonsten bliebe er auf rückständige, wenig effiziente Bereiche reduziert. Würde die Anstellung von Arbeitskräften in diesem Sektor verboten, wären Millionen Menschen, denen der Staat keine anderen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann, wieder ohne Arbeit.

Betriebe unter zwei Beschäftigten machen in China nach wie vor die absolute Mehrheit aus. Im Durchschnitt verfügt ein Privatbetrieb über 1,5 Arbeitskräfte (den Eigentümer eingerechnet), wobei von den Beschäftigten ein großer Prozentsatz Familienangehörige sind.

Größere Unternehmen sind zweifellos privatkapitalistische Betriebe, auch wenn sie bisher in China noch nicht so genannt werden. Dies hat historische Gründe, denn in den letzten Jahrzehnten wurde wiederholt alles, was in den Geruch kam, kapitalistisch zu sein, verdammt. Die Bezeichnung „kapitalistische Betriebe" könnte dann dazu führen, daß Unternehmer dieser Art aus Angst ihre Betriebe aufgeben oder lokal die Behörden gegen solche „kapitalistischen Tendenzen" vorgehen. Die Entwicklung soll zunächst be-



*Studenten-Demonstration in Peking, 1986.*

obachtet werden, Entscheidungen sollen erst auf Grundlage von Erfahrungen getroffen werden. Der Staat kontrolliert ohnehin diesen Sektor und auch seine Entwicklung über Gesetze und Verordnungen, über Steuern, Preise und über die Versorgung mit Rohstoffen und Rohmaterialien.

## Partnerschaftsbetriebe

Neben die Bewirtschaftung durch einzelne Personen tritt in zunehmendem Maße die „Partnerschaft von Einzelpersonen". Dabei handelt es sich um einen frei gewählten Zusammenschluß von Einzelpersonen (häufig von Jugendlichen ohne Arbeit, die sich selbst organisieren) bzw. Einzelwirtschaftenden. Auch Wirtschaftsvereinigungen von Einzelpersonen mit kollektiven und/oder staatlichen Unternehmen sind möglich sowie sektoren- (Industrie/Handel, Landwirtschaft/Industrie, Landwirtschaft/Handel usw.) und gebietsübergreifende Gemeinschaftsunternehmen. In der Provinz Gansu haben Anfang 1986 z.B. einzelwirtschaftende Transportunternehmen. 56 solcher Kooperativen mit 1245 Wagen gegründet.

Diese Geschäftsformen wurden 1983 nach einem längeren Diskussionsprozeß zugelassen. Gegner hatten argumentiert, Betriebe dieser Art führten zu kapitalistischer Privatwirtschaft. Die Befürworter, die in dieser Beschäftigungsform einen Schritt hin zur Kollektivwirtschaft sahen, d.h. eine mögliche Zukunftsperspektive für die Individualwirtschaft, hoben die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und die größere ökonomische Effizienz hervor.

Bisher werden solche Partnerschaften von Einzelpersonen als Sonderform der Individualwirtschaft geführt. Sie sind in der Regel größer als Individualbetriebe, mit mehr Kapital ausgestattet und haben mehr Beschäftigte. Sie existieren vorwiegend auf dem Land und in städtischen Vororten. Denn sie benötigen meist Räumlichkeiten von einer Größe, die in den Städten nicht verfügbar sind. Vor allem auf dem Land erfüllen solche Betriebe wichtige gesellschaftliche Funktionen: Sie verarbeiten an Ort und Stelle landwirtschaftliche Produkte, stellen dringend benötigte Baumaterialien her, züchten Kleinvieh und Geflügel usw. und versorgen gleichermaßen Stadt und Land mit Gütern, die lange Zeit Mangelware waren — oder noch immer sind. Sie schaffen Arbeitsplätze (fehlende Arbeitskräfte werden, weil billiger, meist aus ärmeren Regionen geholt) und entlasten den ländlichen Arbeitsmarkt. Durch das Arbeitsangebot erhöhen sie das Einkommen der Familien ihrer Beschäftigten und damit auch den Lebensstandard in der jeweiligen Region. Für ein Entwicklungsland wie China sind das gewichtige Faktoren.

Zahlen bestätigen den Trend zum Zusammenschluß: Mitte 1986 gab es bereits 270.000 Partnerschaftsbetriebe mit 3,18 Mio. Beschäftigten.

## Einige Schlußfolgerungen

Die Zulassung der Privatwirtschaft ist in diesem Umfang für ein sozialistisches Land erstaunlich. Sie wird China sicher nicht zu einem kapitalistischen Land machen,[3] denn sie wird vom Staat kontrolliert und ist weitgehend vom Staatssektor abhängig, auch wenn bereits Parallelstrukturen entstehen (privater Großhandel, private Handelsvermittler, privater Transport). Aber diese Wirtschaftsform wird die Herausbildung einer Mischform zwischen Plan und Markt fördern.

Es war verfrüht, Mitte der 50er Jahre den Individualsektor auszutrocknen. Daß er jetzt aufs neue erblüht, bis hin zu kleinkapitalistischer Form, zeigt m.E. nur, daß Angebot und Nachfrage von den herrschenden, staatlichen Produktionsweisen nicht befriedigt werden können. Dieses Problem existiert auch in anderen Entwicklungsländern. Solange gesellschaftlicher Bedarf an kleinkapitalistischer Wirtschaft besteht, läßt sie sich nicht unterdrücken. Durch Verbote wird sie illegalisiert, was sie zugleich unkontrollierbar macht. Die Wiederzulassung in China erscheint mir daher als sinnvoller Schritt, in ökonomischer wie in politischer Hinsicht.

Ein allzu großes Einkommensgefälle könnte allerdings zu sozialen Spannungen führen, die den Reformkurs insgesamt beeinträchtigen könnten. Zu hohe Einkommen im Individualsektor führen langfristig dazu, daß Fachkräfte aus dem staatlichen und kollektiven Sektor in den privaten abwandern und daß die Unzufriedenheit der Beschäftigten in den zuerst genannten wächst.

Quantitativ dürfte der private Sektor in Zukunft weiter wachsen. Der Abbau personeller Überbelegung in den Staatsbetrieben, der durch ein neues Gesetz ermöglichte Konkurs von Unternehmen, vor allem aber die Ersetzung der bisherigen lebenslangen Anstellung durch befristete Arbeitsverträge, werden einen Arbeitsmarkt schaffen, der auch die Entwicklung der Privatwirtschaft begünstigt.

Nicht zuletzt soziologisch bringt die Individualwirtschaft Neues: die Scheidungsrate ist unter den Privaten inzwischen am höchsten, sie verstehen es, sich der Geburtenkontrolle zu entziehen und religiöse Einflüsse breiten sich unter ihnen aus. Für die Privatunternehmer gibt es keine „Danwei", d.h. Arbeitseinheit mehr, die ihre Beschäftigten sozial kontrolliert, sie sind sozusagen „freie Unternehmer".

**Thomas Heberer** ist Sinologe/Politologe. Er hat viereinhalb Jahre als Verlagslektor in China gearbeitet. Neuerdings war er im Rahmen eines Projekts der Uni Bremen zum Thema „Individualwirtschaft in der VR China" fünf Monate in China.

Anmerkungen:

1. Zur Wirtschaftsreform siehe: T. Heberer, Wirtschaftsreform in China. Arbeitsmaterialien für den landeskundlichen Unterricht, Hrsg.: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Bad Honnef 1985; Geographische Rundschau, Heft 3/1986 (Schwerpunkt China)
2. Die Mehrheit der privaten Ärzte praktiziert auf dem Land (über 80 %) und ist auf traditionelle chinesische Medizin und Zahnheilkunde spezialisiert. Die öffentlichen Kliniken sollen dadurch entlastet und das Netz der Gesundheitsversorgung verdichtet werden. Derzeit kommen auf 1000 Einwohner nur 1,35 Ärzte und 2,07 Betten in einem Staatshospital.
3. Zu dieser Frage vgl. Heberer, Grobe-Hagel, Nuscheler u.a., China heute — auf dem Weg zum Kapitalismus? Innen- und außenpolitische Dimensionen der Reformpolitik (China Studien- und Verlagsgesellschaft), Frankfurt/M. 1986.

# Äthiopien — Staatsstreich oder Revolution?

**Der Artikel will nicht auf die aktuelle Situation in Äthiopien eingehen, sondern eine generelle Analyse des äthiopischen Militärregimes leisten. Er ist ein Vorabdruck aus: R. Steinweg (Red.): Militärregime und Entwicklungspolitik (= Friedensanalyse 22) Frankfurt a.M. (edition suhrkamp) 1987 — die Red. —**



*Umsiedler vor dem Abtransport*

Seit dem Sturz Haile Selassies im September 1974 wird mit Äthiopien auch das einzige afrikanische Land, dessen gesellschaftliche Entwicklung sich nicht unter kolonialem Diktat vollzog, von Militärs regiert. Im Unterschied zu zahlreichen Militärcoups, an die sich das postkoloniale Afrika gewöhnt hat und die sich im Austausch kleiner Herrschaftszirkel erschöpften, trug die Machtergreifung des äthiopischen Militärs revolutionäre Züge und markierte den Beginn eines radikalen gesellschaftlichen Transformationsprozesses. In seinem Bemühen, nicht als „konventionelle" Militärdiktatur zu erscheinen, kann Äthiopiens „Provisorischer Militärischer Verwaltungsrat" (DERG)[1] nicht nur auf seine revolutionär-sozialistische Selbstdarstellung verweisen: Seit dem Sturz des Kaisers haben die linksnationalistischen Militärs einschneidende Reformen verfügt, in deren Folge sich die politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen des ehemaligen Kaiserreichs grundlegend verändert haben.

Die entschädigungslose Nationalisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen führte zu einer radikalen Umwälzung der feudalen Agrarverfassung und entzog der landbesitzenden Aristokratie die ökonomische Grundlage ihrer politischen Macht. Banken, Versicherungen und 72 große Industriebetriebe wurden verstaatlicht. Die Enteignung von Zweitwohnungen und Mietshäusern schränkte die Spekulation mit Immobilien ein und ermöglichte Mietsenkungen. Die Bevölkerung wurde landesweit in Bauern- und Stadtviertelvereinigungen organisiert; diese bilden zusammen mit anderen Massenorganisationen, wie Frauen- und Jugendverbänden, den institutionellen Rahmen eines politischen Systems, das im September 1984 anläßlich aufwendiger Revolutionsfeierlichkeiten durch eine marxistisch-leninistische „Partei der Werktätigen Äthiopiens" vervollständigt wurde. Für die nahe Zukunft hat Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam, der als Vorsitzender des DERG und Oberbefehlshaber der Streitkräfte zugleich Generalsekretär der neuen Einheitspartei ist, die Bildung einer Zivilregierung unter seinem Vorsitz angekündigt. Das „Sozialistische Äthiopien", seit 1977 außenpolitisch und militärisch der Sowjetunion verbunden, soll eine Verfassung erhalten und zur Volksrepublik erklärt werden.

Trotz des unstrittigen Verdienstes, feudal geprägte Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse beseitigt zu haben, ist der politische Charakter, sind die Entwicklungsleistungen des regierenden Militärrates heftig umstritten. Oppositionelle Gruppierungen unterscheiden zwischen der „Revolution" und dem „Regime" (Hiwet 1984) und sehen in der militärischen Alleinherrschaft des DERG und dessen diktatorischer Machtsicherungspolitik ein neues Entwicklungshemmnis. Kritiker der Regierung machen insbesondere das vergebliche Bemühen des Militärrates, gesellschaftliche Probleme mit militärischen Mitteln und auf dem Verordnungswege lösen zu wollen, für Krieg, wirtschaftliche Stagnation und zunehmende Ernährungsunsicherheit verantwortlich. Zehn Jahre nach dem Sturz des Kaisers durchlebt Äthiopien erneut eine tiefe gesellschaftliche Krise. Weder im Eritreakrieg noch in den anderen bewaffneten Konflikten zwischen der Zentralregierung und regionalen Autonomie- und Oppositionsbewegungen zeichnet sich eine politische Lösung ab. Über 1 Mio. Äthiopier sind ins Ausland geflohen. Kriegs- und dürrebedingt herrscht in weiten Landesteilen Hunger.

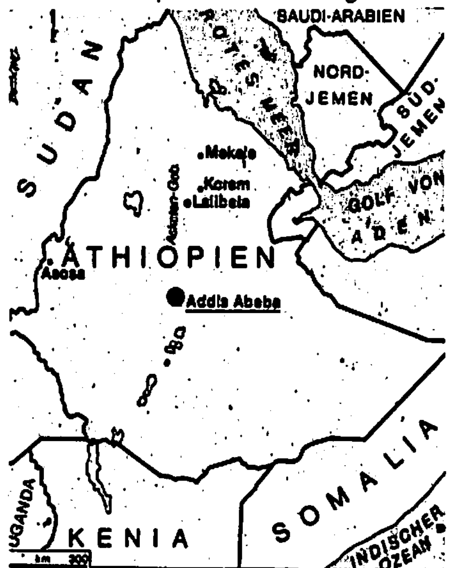
## Die Modernisierung der Streitkräfte: Von traditionellen Bauernaufgeboten zur kaiserlichen Zentralarmee

Der äthiopische Vielvölkerstaat war um die Jahrhundertwende aus militärischen Eroberungen hervorgegangen. Mit ihnen entstand auch eine zentrale militärische Organisation. 1896 gelang es den Bauernarmeen des nördlichen Hochlandes, die von Eritrea her vorrückenden italienischen Truppen bei Adua zu schlagen und so die drohende Kolonialisierung Äthiopiens zu verhindern. Gleichzeitig vermochten sie das Herrschaftsgebiet ihres Kaisers zu verdoppeln und auf die Südregionen des heutigen Äthiopien[2] auszudehnen. Infolge dieser Eroberungen veränderte sich das Verhältnis der nördlichen Aristokratie zur Krone grundlegend. Während es vor der „Südexpansion" im Interesse des amharischen und tigrinischen Adels gewesen war, seine Regionalherrschaft gegen politische und ökonomische Eingriffe der Zentralgewalt zu schützen, war er nun zur Absicherung seines „Pfründenfeudalismus" an deren mili-

tärischer und institutioneller Stärkung interessiert.

Von Europäern ausgerüstete und unterwiesene, dem Kaiser direkt unterstellte Berufsarmeen ergänzten fortan die dezentral erhobenen und traditionell ausgerüsteten Bauernarmeen des Provinzadels. 1917 entstand mit der Kaiserlichen Leibgarde der Kern und die zukünftige Elitetruppe der nun auch ökonomisch zunehmend vom Kaiser abhängigen Zentralarmee. Während es sich bei den gemeinen Leibgardisten zunächst um Bauern handelte, die von Dienst- und Tributpflicht befreit wurden, setzten sich die mittleren Offiziersränge aus wohlhabenden Grundbesitzern zusammen. Mit hohen Führungspositionen wurden in der Regel amharische Adelige betraut, die ihre militärische Ausbildung — bis zur Gründung der ersten äthiopischen Militärakademie in Holetta (1934) — im Ausland erhielten.

Nach der vorübergehenden Besetzung des Landes (1935-41) durch italienische Kolonialtruppen forcierte Haile Selassie mit britischer Unterstützung den Ausbau und die Modernisierung der Streitkräfte. 1941 entstand ein zentrales Berufsheer und ein Jahr später erklärte der Kaiser 14.000 Armeeangehörige per Dekret zu Polizisten; 1947 begann mit schwedischer Hilfe der Aufbau der Luftwaffe. Zu Beginn der fünfziger Jahre verstärkten die USA, die in Eritrea (Asmara) eine nachrichtentechnisch wichtige Militärbasis unterhielten, ihr militärpolitisches Engagement in Äthiopien. Binnen weniger Jahre




avancierte das rückständige Kaiserreich zum Hauptempfänger US-amerikanischer Militärhilfe in Afrika und entwickelte sich zur zweitstärksten Militärmacht südlich der Sahara. Anfang der 70er Jahre umfaßten die militärischen und paramilitärischen Einheiten bereits 100.000 Mann. Drei Geheimdienste, die Zentralarmee (30.000-40.000 Mann), die Kaiserliche Leibgarde (18.000 Mann), die Territorialarmee (10.000 Mann) und die Polizei bildeten das sorgsam austarierte Gleichgewicht des staatlichen Repressionsapparates.

## Entstehung und Radikalisierung der antifeudalen Opposition

Als Haile Selassie 1960 zu einem seiner zahlreichen Auslandsaufenthalte in Brasilien weilte, unternahm die Kaiserliche Leibgarde unter Brigadegeneral Mengistu Neway einen Putschversuch, der jedoch — mangels ausreichender Unterstützung durch andere Armeeinheiten — mit Hilfe der US-Botschaft niedergeschlagen werden konnte. Der gescheiterte Coup markierte nicht nur deshalb eine Wende in der politischen Entwicklung Äthiopiens, weil er zu einer deutlichen Verschärfung des innenpolitischen Klimas und zunehmender staatlicher Repression führte. Er signalisierte auch, daß die Probleme einer tendenziell peripher-kapitalistischen Wirtschaft- und Sozialentwicklung nicht mehr mit den Herrschaftsmechanismen der aufgeklärten Aristrokatie kontrolliert werden konnten.

Ende der 50er Jahre hatte die schleichende Erosion noch überwiegend feudal bestimmter Produktionsverhältnisse eingesetzt. Entlang der Eisenbahnlinie Addis Abeba — Dire Dawa war eine bescheidene, kapitalistisch organisierte Konsumgüterindustrie entstanden, deren Aufbau die kaiserlichen Regierungen durch ungewöhnlich liberale Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital und die beschleunigte Kommerzialisierung der Landwirtschaft zu fördern suchte.

Unter den Bedingungen weltmarktabhängiger Industrialisierung entwickelte die kaiserliche Zentralgewalt den für periphere Gesellschaftsformationen typischen Doppelcharakter. Der Staat fungierte nicht nur als politische Herrschaftsinstanz, sondern betrieb aktiv die Ausweitung des Binnenmarktes und avancierte zum wichtigsten Agenten der Produktivkraftentwicklung.

Die dadurch notwendig werdende funktionale Auffächerung und bürokratische Aufblähung des Staatsapparates brachte neue soziale Differenzierungen mit sich: Sie verhalf der schnell wachsenden bürokratischen Kleinbourgeoisie zu einer politischen Schlüsselrolle. Einerseits war es den Angehörigen der neuen bürokratischen Mittelklasse, die ihrem politisch-administrativen Funktionen auch ökonomische Vorteile verdankte, möglich, sich von ländlichen Traditionen abzusetzen und an metropolitanen Konsummustern zu orientieren; andererseits zwang sie die politische Vorherrschaft der landbesitzenden Aristrokatie in eine antifeudale Radikalisierung. Ökonomisch waren sie an die Existenz des Staates gebunden, von der politischen Macht blieb sie ausgeschlossen: Die Realisierung ihrer Aufstiegs- und Herrschaftsambitionen hatte die politische und ökonomische Entmachtung der feudalen Aristrokatie zur Voraussetzung.

Zu Beginn der 70er Jahre verdichtete sich die Ungleichzeitigkeit von politischer und sozialökonomischer Entwicklung zur gesellschaftlichen Krise. Absolute Armut und niedrige Wachstumsraten in der Landwirtschaft bildeten einen provozierenden Kontrast zum Luxuskonsum des herrschenden Adels und machten die Unfähigkeit der kaiserlichen Regierungen



*Staatschef Mengistu Haile Mariam*

deutlich, die bescheidene Entwicklung der Produktivkräfte auf die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit auszurichten. Anfang 1974 weitete sich die allgemeine Unzufriedenheit zu einer landesweiten Demonstrations- und Protestwelle aus, die sich u. a. daran entzündete, daß Haile Selassie versucht hatte, eine in den Nordprovinzen Wollo und Tigray ausgebrochene Hungersnot aus Sorge um die innenpolitische Stabilisierung zu verschweigen. Die Oppositionsbewegung hatte starken Zulauf. Bauern, Industriearbeiter, Lehrer, Studenten, Angehörige unterdrückter Nationalitäten und Religionsgemeinschaften sowie sozial deklassierte städtische Schichten schlossen sich zusammen, ohne jedoch eine einheitliche Organisationsform zu finden. Obwohl es quer durch alle beherrschten Klassen zu Protesten kam, bildete die städtische Opposition, insbesondere die Intelligenz, den Kern der Bewegung. Im Februar 1974 begannen Armeeinheiten zu meutern, im März fand der erste Generalstreik der äthiopischen Geschichte statt. Erstmals leitete spontaner Massenprotest grundlegende Veränderungen im Zentrum staatlich politischer Herrschaft ein. Am 12. September beendete das Militär Kaiser Haile Selassies fast sechzigjährige Regentschaft.

## Die Sicherung der militärischen Alleinherschaft

Als der DERG die staatliche Regierungsgewalt übernahm, handelte es sich um eine zunächst anonym bleibende, etwa 120 Mitglieder starke Gruppe oppositioneller

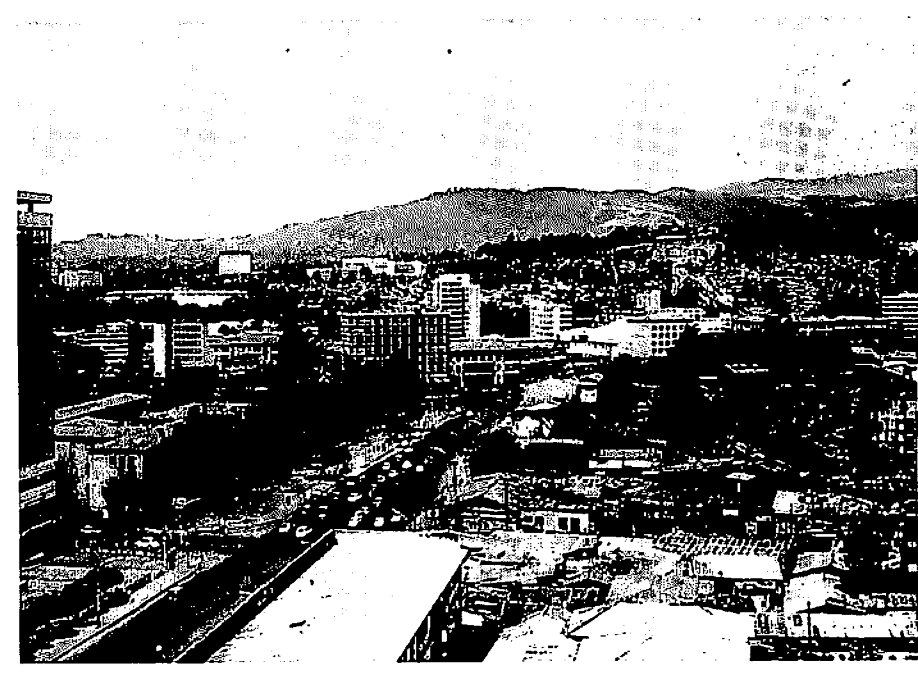
Militärs. Radikale Unteroffiziere hatten bereits im Februar damit begonnen, oppositionelle Aktivitäten zwischen den Teilstreitkräften zu koordinieren. Sämtliche Armeeinheiten waren über Funk aufgefordert worden, jeweils drei Abgeordnete in einen Oppositionsrat, das „Koordinationskomitee der Streitkräfte, der Polizei und der Territorialarmee" zu entsenden. Innerhalb dieses zentralen Militärrates, der seit dem Sturz des Kaisers als „Provisorischer Militärischer Verwaltungsrat" firmiert, dominierten junge, rangniedrige Offiziere. Den höchsten Dienstgrad bekleidete ein Major. Politisch war das organisatorisch wenig gefestigte Gremium äußerst heterogen. Seinen Angehörigen war zunächst wenig mehr gemein als der Wille zum Sturz des Kaisers.

Ohne die Duldung oder Unterstützung der Streitkräfte, die aufgrund ihres Waffenmonopols und ihrer militärischen Hierarchie die am effektivsten organisierte Kraft im vor- und nachrevolutionären Äthiopien darstellten, wären grundlegende politisch-gesellschaftliche Veränderungen nicht durchsetzbar gewesen. Die antimonarchistische und antifeudale Radikalisierung der Streitkräfte erklärt sich wesentlich aus ihrer gesellschaftlichen Zusammensetzung: Das soziale, ethnische und politische Gefälle innerhalb des Militärs entsprach weitgehend den feudal geprägten inneräthiopischen Herrschaftsstrukturen. Die Masse der gemeinen Soldaten war bäuerlicher Herkunft und stammte überwiegend aus den kulturell unterdrückten und ökonomisch benachteiligten Südprovinzen. Gleiches galt — mit Abstrichen — auch für die Unteroffiziere, die maßgeblich zur antiautokratischen Orientierung der Streitkräfte beitrugen. Die meisten hatten der drohenden Erwerbslosigkeit nach wenigen Jahren Sekundarschulbildung ein Unterkommen bei den Streikräften vorgezogen. Unter den ranghöheren Offizieren gab es zwei Gruppen. Eine ältere, die militärische Hierarchie anführende, konservative Minderheit, deren Armeelaufbahn vor 1935 begonnen hatte und die noch gegen die Italiener gekämpft hatten. Und jene jüngeren Offiziere, die das „kleinbürgerliche" Element innerhalb der Streitkräfte darstellten. Ähnlich wie die Unteroffiziere, mit deren antifeudaler Radikalität sie sympathisierten, waren sie freiwillig und mit mittlerer Schulbildung zum Militär gestoßen, wo sie in den Militärakademien von Holetta und Harrar eine Ausbildung erhalten hatten, der sich (antifeudale Einstellungen verstärkende) Trainingsaufenthalte in den USA, England oder Indien anschlossen.

Während sich die antikaiserliche Opposition bis zum Herbst 1974 hauptsächlich über gemeinsame antifeudale Anliegen definiert hatte, brachen nach dem Sturz Haile Selassies innerhalb der Streitkräfte sowie zwischen Militär und zivilen Gruppierungen Macht- und Richtungskämpfe aus, in denen sich

- ideologische Auseinandersetzungen über die gesellschaftspolitische Orientierung der Revolution,
- organisations- und machtpolitische Gegensätze zwischen dem Militär und zivilen Körperschaften und
- die unterschiedlichen Interessen relativ unterentwickelter Klassen

komplex überlagerten.



Addis Abbeba

Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch das Militär provozierte überwiegend zurückhaltende Skepsis. Studentische Vollversammlungen verlangten ebenso wie der Gewerkschaftsdachverband CELU die Bildung einer zivilen Volksregierung. Im Verlauf einer sich schnell zuspitzenden Kontroverse um die politische Legitimation des DERG entstanden bald zwei große Gruppierungen, die die politische Diskussion und die Konfliktkonstellationen der ersten Revolutionsjahre maßgeblich geprägt haben: Die *Ethiopians Peoples' Revolutinary Party* (ERRP) lehnte als die größere und populärere Organisation jegliche Zusammenarbeit mit den regierenden Militärs kategorisch ab. Sie bezeichnete den Militärrat wegen seiner autoritären Herrschaftspraktiken und der Verweigerung demokratischer Rechte als „faschistisch" und forderte die unverzügliche Bildung einer „Provisorischen Zivilregierung". Im Unterschied dazu erklärte sich das *„All Ethiopian Socialist Movement"* (MEI'SONE) aus taktischen Überlegungen bereit, mit dem DERG zusammenzuarbeiten, da nur das Militär in der Lage sei, die überfälligen Sozialreformen machtpolitisch abzusichern. Sowohl ERRP als auch MEI'SONE verstanden sich als sozialistisch und propagierten marxistisch-leninistische Ideen. Beide wurden später zerschlagen.

Parallel zu dieser Entwicklung hatten sich innerhalb des DERG, der zunächst erklärt hatte, nicht an einer Übernahme der Regierungsverantwortung interessiert zu sein, die Befürworter einer Militärregierung durchgesetzt. Als sich daraufhin insbesondere bei der Luftwaffe Widerstand regte und einzelne Truppenteile öffentlich für die Bildung einer Zivilregierung eintraten, reagierte der DERG mit Verhaftungen und Erschießungen.

## Radikale Reformpolitik

Im Dezember 1975 veröffentlichte der Militärrat, der unmittelbar nach der Machtübernahme jegliche Opposition für illegal erklärt hatte, eine trotz aller Vagheiten richtungsweisende politisch-programmatische Grundsatzerklärung. In einem zehn Punkte-Programm erläuterte der DERG sein Revolutionsmotto „Etiopia tikdem" („Äthiopia zuerst") und umriß das Konzept eines spezifisch äthiopischen Sozialismus". Eine Agrarreform wurde in Aussicht gestellt, die Überführung der großen Industrie in Staatseigentum angekündigt und — wohl vor allem mit Blick auf Eritrea — die Bedeutung der nationalen Einheit hervorgehoben.

Wenig später begann das Militärregime, dessen sozialistisches Programm auch als eine Reaktion auf den Druck der radikalisierten Öffentlichkeit zu sehen ist, mit der ökonomischen Entmachtung der Feudalaristokratie. Nachdem im Januar Banken, Versicherungen und 72 größere Industriebetriebe verstaatlicht worden waren, trat im März 1975 ein überraschend radikales Agrarreformgesetz in Kraft. Es verfügte die entschädigungslose Enteignung aller landwirtschaftlichen Nutzflächen und erklärte sämtliche gewohnheitsrechtlichen und vertraglichen Vereinbarungen, die die kleinbäuerlichen Pächter

gezwungen hatten, einen Großteil ihrer Erträge abzuführen, für nichtig. Weitere Bestimmungen beugten der Entwicklung neuer, ökonomisch bedingter Abhängigkeits- und Klassenverhältnisse vor: Der Verkauf, der private Tausch und die Belastung des ackerbaulich genutzten Landes mit Hypotheken wurden verboten und die Beschäftigung landwirtschaftlicher Arbeiten untersagt. Darüber hinaus wurde mit der Gründung von Bauernvereinigungen eine organisatorische Struktur institutionalisiert, die die praktische Umsetzung der Reformgesetzgebung unter aktiver Beteiligung der unmittelbar betroffenen Bevölkerungsgruppen gewährleisten und an lokale Produktionsbedingungen anpassen sollte. Als wichtigste Aufgabe oblag den Bauernvereinigungen die Neuverteilung des ehemaligen Großgrundbesitzes sowie die Regelung von in diesem Zusammenhang auftretenden Rechtsstreitigkeiten.

Auf die Agrarreform folgte wenig später die städtische Bodenreform. Sie wurde Mitte Juli 1975 Gesetz und sah die ebenfalls entschädigungslose Enteignung von städtischem Grund und Boden sowie die Verstaatlichung aller nicht vom Eigentümer bewohnten Häuser und Wohnungen vor. Dabei stellte sich heraus, daß die Grundfläche der Millionenstadt Addis Abeba zu über 90 % im Besitz von nur 11 äthiopischen (Groß-) Familien gewesen war. Die teuren Mieten wurden um 15 %, die niedrigeren um 50 % gesenkt. Gleichzeitig wurden Stadtviertelkomitees (K'EBELES) ins Leben gerufen. Die K'EBELES übernahmen anfangs fast ausschließlich administrative Aufgaben, die sich aus der Registrierung und Umverteilung des enteigneten Haus- und Grundbesitzes ergaben. Später erhielten sie — analog zu den Bauernvereinigungen — begrenzte Selbstverwaltungsrechte.

Die früheren Wirtschaftsreformen der DERG suchten feudal bedingte Entwicklungshemmnisse (wie etwa die leistungslosen Einkommen der absentee landlords) mit einer Reihe verteilungspolitischer Maßnahmen zu beseitigen, von denen anfangs insbesondere wirtschaflich schwächere Bevölkerungsgruppen profitierten:

- die Agrarreform senkte die Abgabelast der ländlichen Kleinproduzenten und verbesserte ihre Ernährungslage
- die degressiv gestaffelten Mietsenkungen kamen vor allem den ärmeren städtischen Haushalten zugute
- durch gezielte lohnpolitische Maßnahmen (Mindestlöhne, Einfrierungen der obersten Gehälter, Steuerprogression) konnten die Einkommensunterschiede im öffenlichen Sektor beträchtlich reduziert werden.

Auch die soziale Infrastruktur hat sich spürbar verbessert. Zu den beachtlichsten Erfolgen nachrevolutionärer Politik zählt eine 1978 begonnene, großangelegte Alphabetisierungskampagne. Innerhalb weniger Jahre gelang es, die Analphabetenrate von 93 % (1974) auf 46,5 % (1983) zu senken. Allein zwischen 1979 und 1983 nahmen 13,2 Mio. Äthiopier an Lese- und Schreibkursen teil.

Diese, auf die Nivellierung sozialer Unterschiede abzielenden Maßnahmen verloren jedoch angesichts gegenläufiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen in jüngster Zeit zunehmend an Gewicht. Die wirtschaftliche Reformpolitik fiel bislang nicht mit volkswirtschaftlichem Wachstum, der langfristig entscheidenden Voraussetzung zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, zusammen. Industrie und Landwirtschaft stagnieren. In den letzten Jahren war die für den Inlandsverbrauch bestimmte Nahrungsmittelproduktion stark rückläufig und machte umfangreiche Katastrophenhilfe notwendig. Die krisenhafte Nichtentwicklung des Agrarsektors ist jedoch nur zum Teil kriegs- und dürrebedingt. Die gründet auch in der agrarpolitischen Diskriminierung der vergleichsweise produktiven Kleinbauern. Die ideologisch motivierte Bevorzugung der Staatsfarmen, die 80 % der Agrarkredite absorbieren, hat bislang nicht zu den erhofften Produktivitäts- und Ertragsgewinnen geführt (Gsänger 1985).

Ob ein ambitioniertes, überhastet und mitunter gewaltsam durchgeführtes Umsiedlungsprogramm mittelfristig zu erhöhter Ernährungssicherheit führen kann, läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen. Der DERG hat begonnen, 1,5 Millionen Bauern aus den erosionsgeschädigten und ertragsschwachen Nordregionen in die weniger dicht besiedelten und fruchtbareren südlichen Landesteile (zwangs-)umzusiedeln.

## Diktatorische Machtsicherungspolitik

Seit der Machtübernahme der Militärs sind die innenpolitischen Konfliktkonstellationen Äthiopiens von einem zentralen Widerspruch gekennzeichnet: Einerseits lag es im machtpolitischen Eigeninteresse des „kleinbürgerlichen" Militärrats, die feudale Aristokratie durch sozialrevolutionäre Eingriffe in die Eigentumsstruktur zu entmachten. Andererseits ging der populistisch um Legitimation bemühte DERG gegen dieselben Klassen und Schichten, die zunächst von seiner Umverteilungspolitik profitierten, immer dann unnachgiebig und mit offener Gewalt vor, wenn ihre politischen Forderungen auf eine Aufweichung autoritär-staatlicher Herrschaftsformen hinausliefen. Die rücksichtslose Unterdrückung jeglicher Opposition, das faktische Streikverbot, die autoritäre Kontrolle der Massenorganisationen, die Verweigerung demokratischer Rechte und die kompromißlose Haltung der Regierung in der Nationalitätenfrage deuten daraufhin, daß der DERG u.a. bemüht war und ist, die zentralstaatliche Herrschaft und ihre bürokratische Ausweitung diktatorisch abzusichern. Auf Forderungen nach Demokratisierung und regionaler Selbstverwaltung reagierten die regierenden Militärs mit Einschüchterungen, Massenverhaftungen und Folterungen. Während des sogenannten „roten Terrors" ließ der Militärrat rd. 5000 Oppositionelle, zumeist Jugendliche, umbringen.

Das für die Herrschaftspraxis des DERG charakteristische Nebeneinander von linksnationalistischen Wirtschaftsreformen und diktatorischer Machtsicherungspolitik prägt auch die Rolle der Massenorganisationen. Sie haben trotz begrenzter Selbstverwaltungsrechte kaum Einfluß auf zentralstaatliche Entscheidungen und müssen als Akklamationsorgane gelten.

Auch die ideologische Selbstdarstellung des DERG dient im Kern der Legiti-



Widerstandskämpfer in Tiger, erbeuteter Armeelaster

mation militärischer Herrschaft. Einerseits beziehen sich die regierenden Militärs auf die Unterklassen, andererseits bleiben die ideologischen Aussagen sehr abstrakt und dienen der Unterdrückung demokratischer Opposition. Der regierungsoffizielle „Marxismus-Leninismus" — es handelt sich um eine äußerst schlichte Variante des sowjetisch geprägten Marxismus — dient der Immunisierung gegen Kritik und damit der Absicherung bestehender Machtverhältnisse. Ähnlich verhält es sich mit der Gründung der neuen „Arbeiterpartei" und der in Aussicht gestellten Übergabe der staatlichen Regierungsgewalt an eine Zivilregierung. Die Delegierten, die sich im September 1984 zum Gründungsparteitag der „Partei der Werktätigen Äthiopiens" zusammenfanden, setzten sich zu zwei Dritteln aus Angehörigen der Streitkräfte zusammen. Ein zentralistisch und streng hierarchisch ausgerichteter Parteiaufbau soll die systematische Inkorporation ziviler Kräfte so ermöglichen, daß demokratische Meinungs- und Willensbildungsprozesse nur innerhalb eines engen, von der Parteispitze vorgegebenen Rahmens stattfinden können.

Da die Opposition im Zentrum während des „Roten Terrors" erfolgreich zerschlagen wurde, stellen heute vor allem sezessionistische bzw. separatistische Bewegungen mit regionaler Basis die territoriale Integrität des äthiopischen Vielvölkerstaates und die Herrschaftspraktiken der Militärs in Frage. Im Umgang mit der „nationalen Frage" unterscheidet sich der DERG, der nach wie vor auf eine militärische Lösung des Problems setzt, nur unwesentlich von Haile Selassie. Gegenwärtig kämpfen mehrere „Befreiungsfronten" gegen die Zentralregierung. In der früheren italienischen Kolonie Eritrea, das Haile Selassie 1961 mit US-amerikanischem Einverständnis völkerrechtswidrig annektierte, gehen die militärischen Auseinandersetzungen, die jeden Tag 1 Mio. US $ verschlingen sollen, ins 26. Jahr. Trotz mehrerer Großoffensiven und sowjetischer Unterstützung ist es den zentraläthiopischen Truppen bislang nicht gelungen, die Eritrean Peoples's Liberation Front (EPLF) zu besiegen, die die Grenzgebiete zum Sudan kontrolliert. Im Unterschied zur EPLF kämpfen die Tigre People's Liberation Front (TPLF), die Oromo Liberation Front (OLF) und die Western Somali Liberation Front (WSLF) mit sich z. T. überschneidenden territorialen Ansprüchen nicht für eine staatliche Eigenständigkeit, sondern für die Selbstbestimmung einzelner Nationalitäten, die sich nach linguistisch-ethnischen Kriterien (Zugehörigkeit zu Sprachgruppen) definieren. Die von der somalischen Regierung politisch und militärisch unterstützte WSLF eroberte 1977/78 große Teile der südäthiopischen Ogadenprovinz, bevor sie mit Unterstützung kubanischer Truppen (15.000 Mann) zurückgeschlagen wurde. Seither hat es im Ogaden, wo Ölvorkommen vermutet werden, fortgesetzt Guerillaaktivitäten gegeben. Einheiten der TPLF vermochten in den vergangenen Jahren den zentraläthiopischen Nachschub für Eritrea empfindlich zu stören und beträchtliche Teile Tigray's zu kontollieren.

Der exklusive Machtanspruch des Militärrates, die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Oppositionen und der Versuch, die Nationalitätenfrage militärisch zu lösen, haben — zusammen mit der somalischen Invasion — zu hohen Militärausgaben geführt und eine anhaltende Militarisierung der innergesellschaftlichen Beziehungen mitsichgebracht. Die Militärausgaben sind gegenüber der Kaiserzeit um ein Vielfaches gestiegen. Die Zahl der regulären Soldaten hat sich seit 1974 auf rd. 100.000 verdoppelt, die in den Volksmilizen organisierten paramilitärischen Kräfte werden auf 150.000 Mann geschätzt. Äthiopien unterhält inzwischen die größte afrikanische Armee südlich der Sahara. 1983 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Die äthiopischen Schulden für sowjetische Waffen, die die offiziellen Statistiken nicht ausweisen, werden inzwischen auf über 4 Mrd. US $ geschätzt.

## Perspektiven

Das äthiopische Militärregime war in den ersten Jahren seiner „provisorischen" Herrschaft ein machtpolitischer Garant tiefgreifender sozialrevolutionärer Veränderungen. Während die antifeudale Radikalität des linksnationalistischen Militärrats unstrittig ist, muß seine sozialistische Selbstdarstellung unglaubwürdig erscheinen. Äthiopien blickt auf eine stekkengebliebene „Revolution von oben" zurück.

Im Nachhinein lassen sich drei Phasen der nachrevolutionären Entwicklung unterscheiden, in denen sich ein schleichender Funktionswandel militärischer Herr-



Regenzeit



Lagerung von Hilfsgütern

schaft ausdrückt.

1. Während des Revolutionsjahres 1974 war die innenpolitische Konfliktkonstellation von dem machtpolitischen Gegensatz zwischen der feudalen Aristrokatie und einer spontanen, vom Militär unterstützten, Volksbewegung bestimmt.
2. 1975-77 brachen zivil-militärische Gegensätze auf. Der fundamentale Dissens zwischen den entscheidenden politischen Akteuren (Militär, Gewerkschaften, Intelligenz) über die institutionellen Wege gesellschaftlicher Konfliktregelung führte zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die das Militär als die Gruppe, die die staatlichen Gewaltmittel kontrollierte, für sich entscheiden konnte.
3. Seit 1978/79 ist die Politk des Militärrats von dem Verzicht bestimmt, die gewaltsam errungene Macht institutionell abzusichern und auf bürokratisch-zentralstaatlicher Basis einen Prozeß „nachholender Modernisierung" zu initiieren.

Das zurückliegende Jahrzehnt äthiopischer Militärherrschaft scheint die These zu bestätigen, daß Militärregime nur in der Anfangsphase ihrer Herrschaft, d. h. dann, wenn große Entscheidungen anstehen, erfolgreich sind. Dem Militärregime ist es nicht gelungen, den revolutionären Impetus der ersten Revolutionsjahre für langfristige wirtschaftliche Erfolge zu nutzen. Wirtschaftliche Stagnation und zunehmende Ernährungsunsicherheit erklären sich weniger aus ungünstigen weltwirtschaftlichen Einflüssen[3] als aus der mangelnden politischen Integrationsfähigkeit des DERG und seinem Anspruch auf militärische Alleinherrschaft. Nach wie vor werden die zentralen Machtstrukturen von einer kleinen Gruppe von Militärs kontrolliert.

Die Herrschaft des DERG hat weder eine ethnische noch eine soziale Basis, sondern verdankt sich weitgehend einer entschlossenen, gewaltsam um nationale „Integration" bemühten Machtsicherungspolitk. Die militaristische Durchführung der Reformen und die machtpolitischen Eigeninteressen des DERG haben dessen entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit entscheidend beeinträchtigt. Hohe Militärausgaben, wachsende politisch-militärische Außenabhängigkeit und die Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft bedingen sich gegenseitig und haben zur entwicklungshemmenden Militarisierung der innergesellschaftlichen und der Arbeitsbeziehungen geführt.

Es steht daher nicht zu erwarten, daß es dem „Erlaß-Regime" — so heißt der DERG im Volksmund — gelingen könnte, einen entwicklungsstimulierenden Konsens über die Legitimität seiner Herrschaft herbeizuführen. Angesichts der anhaltenden Versuche des Militärs, gesellschaftliche Probleme mit Gewalt zu lösen und der dadurch provozierten Opposition zeichnet sich gegenwärtig kein Ende der äthiopischen Krise ab.

**Anmerkungen:**

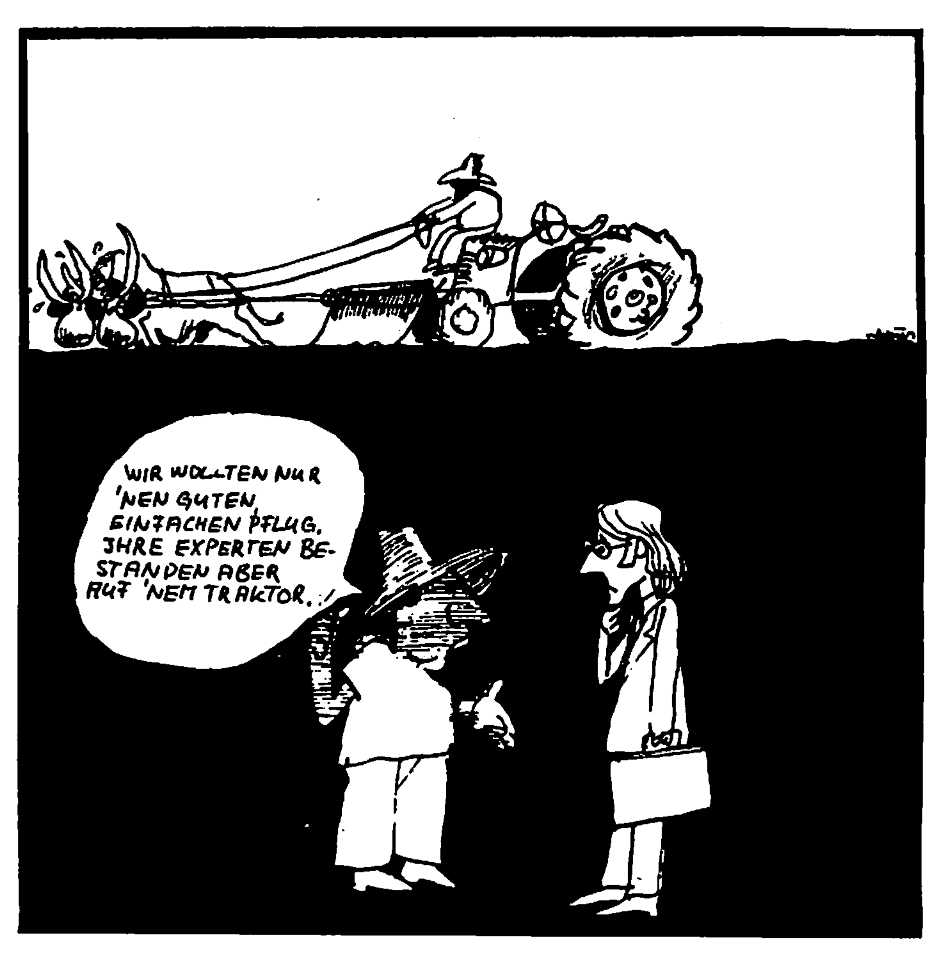
1. DERG = amharisch für Komitee; umgangssprachliches Kürzel für den Militärrat
2. Kaffa, Illubabor, Wollega, Sidamo, Gemu-Gofa, Bale und Harrarghe
3. Die Terms of Trade für Kaffee, der bis zu 80 % der äth. Devisen erwirtschaftet, haben sich im Durchschnitt der letzten Jahre infolge brasilianischer Mißernten eher verbessert.

**Stefan Brüne** ist Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes in Äthiopien und Tansania. Er hat zudem einen Lehrauftrag an der Universität Addis Abbeba und ist ansonsten wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsstelle Politik Afrika an der FU Berlin.

# Das neue Berufsbildungskonzept des BMZ

## Eine kritische Würdigung

**Im Juli 1986 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ein neues Sektorkonzept für die Entwicklungszusammenarbeit in der gewerblichen Berufsbildung (kurz: Berufsbildungshilfe, BBH) vorgelegt. Dieses Konzept behandelt die Grundsätze für Planung, Durchführung und Bewertung von Vorhaben der gewerblichen Berufsbildung. Mit diesem neuen Grundsatzpapier werden die bisher gültigen, immerhin 17 Jahre (!) alten Richtlinien aufgehoben. Diese bezogen lediglich den modernen Sektor in ihr Programm ein. Daran hat sich in der Neufassung nichts geändert. Daher ist zu befürchten, daß das neue Konzept bis zur Jahrtausendwende Gültigkeit besitzt und all denjenigen als Legitimationsbasis dienen wird, die trotz aller gegenteiligen Erfahrungen immer noch meinen, man habe in der Vergangenheit das richtige entwicklungspolitische Konzept für die BBH gehabt und brauche deshalb auch in Zukunft nichts zu ändern. Dieser Auffassung ist entschieden zu widersprechen.**




Zunächst ist zu fragen, warum überhaupt ein neues Konzept geschrieben werden mußte. Die naheliegende Erklärung wäre, daß die Erkenntnisse aus der entwicklungspolitischen Diskussion der letzten zwei Jahrzehnte nun endlich auch Einzug in die BBH halten sollten. Zu diesen Erkenntnissen gehört insbesondere:

— Die BBH der Industrieländer hat oft nur privilegierte Gruppen erreicht.
— Sie hat in vielen Fällen zu Fehlqualifikation (Büroarbeit) oder gar zu Arbeitslosigkeit geführt.
— Sie hat beim Aufbau von Berufsschulsystemen eine praxisferne Ausbildung begünstigt.
— Sie hat daher keinen nennenswerten Beitrag gegen die wachsende Not der Bevölkerungsmehrheit in vielen Ländern der Dritten Welt geleistet.

### Alter Wein in neuen Schläuchen

Der entwicklungspolitische Konsens des Deutschen Bundestages vor Einzug der Grünen im Parlament — ausgedrückt in der gemeinsamen Erklärung der Fraktionen von SPD, CDU und FDP vom 5. März 1982 — verpflichtete die deutsche Entwicklungspolitik auf die Eckpfeiler: Grundbedürfnisbefriedigung, Armutsbekämpfung und Selbsthilfeförderung.

Wer erwartet, auch nur einen Hauch von dieser Diskussion und diesen Zeilen im Sektorkonzept wiederzufinden, wird das Papier enttäuscht zur Seite legen. Zu Recht: dieses Papier ist ein Rückschlag und eine herbe Enttäuschung für die vielen engagierten Personen aus allen politischen Lagern, von staatlichen wie von privaten Organisationen, die sich mit der selbstverständlichen Annahme an der Diskussion beteiligt haben, daß deren Ergebnisse zumindest in die Neuformulierung entwicklungspolitischer Grundsätze eingearbeitet würden.

Das Sektorkonzept fällt — kurz gesagt — in die sechziger Jahre zurück, es befindet sich entwicklungspolitisch auf der Höhe des Stahlwerks von Rourkela, jener gigantischen bundesdeutschen Entwicklungsruine in Indien! Bereits in den ersten Sätzen, in denen es um die „Bedeutung" des Konzepts und um die „Ausgangslage" — sprich: die Situation in der Dritten Welt — geht, werden alle modernisierungstheoretischen Register gezogen. Da wird mit einer Unbekümmertheit von „Entwicklung" gesprochen, die durch eine „fortschreitende Arbeitsteilung, mithin durch den Ausbau der Industrie" gekennzeichnet sei, daß man zunächst einmal — ohne die Zweifelhaftigkeit der Aussage an sich zu diskutieren — die Frage stellen muß, auf welche historische Erfahrung denn rekurriert wird? Die reale, jüngere Geschichte der Dritten Welt heißt gegenüber der fiktiven des BMZ: De-Industrialisierung — besonders in Lateinamerika —, Zerstörung arbeitsteiliger Produktionsprozesse und ganzer Handwerkszweige, Zunahme von Subsistenzproduktion sowie das Wachsen von Armut und Elend als Ausdruck zunehmender „Unterentwicklung", wenn man schon im Jargon bleiben will.

Aber selbst nach den Phasen forcierter Industrialisierung, die es ja unbestritten

gegeben hat, sind sogar die Modernisierungstheoretiker skeptisch geworden: Hat diese Industrialisierung den Wohlstand verbreitert oder eher die Gesellschaft in wenige Reiche und viele Bitterarme polarisiert? Hat sie die Landflucht gestoppt, wie mit den Zauberbegriffen „Grüne Revolution" und „Mechanisierung der Landwirtschaft" und der dadurch entstehenden wirtschaftlichen Dynamik auf dem Lande suggeriert wurde, oder hat sie eher die Landflucht beschleunigt? Hat sie generell die Länder der Dritten Welt im internationalen Wettbewerb gestärkt oder hat sie diese in eine in ihrem Ausmaß noch gar nicht absehbare (Schulden-)Krise gestürzt?

Diese Kritik ist nicht gegen den Industrialisierungsprozeß gerichtet, sondern dagegen, daß Industrialisierung im Jahre 1986 immer noch umstandslos mit Entwicklung gleichgesetzt wird.

## Das Handwerk berücksichtigen

Ein weiteres Defizit ist im Sektorkonzept festzustellen: Mit Recht bemüht sich seit einiger Zeit besonders die CDU darum, die großen Unterschiede zwischen Handwerk und Industrie hervorzuheben. Das Handwerk soll in besonderer Weise durch die technische Zusammenarbeit gefördert werden, weil es vielfältige Vorteile für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß bietet. Im Gegensatz zur Situation in den Industrie-Ländern wird in der entwicklungstheoretischen Diskussion für die Dritte Welt seit langem eine technologische Kluft („technological gap") zwischen dem Industrie- und dem Handwerks-Sektor konstatiert. Diese entwicklungspolitisch relevante Differenzierung zwischen beiden Sektoren sucht man im Sektorkonzept vergebens. Doch auch dem BMZ dürfte bekannt sein, daß man beide Sektoren insbesondere wegen der großen Unterschiede in der verwendeten Technologie, der erreichten Produktivität und der erzielbaren Beschäftigungseffekte nicht mit ein und demselben Instrumentarium fördern kann. Im Gegenteil, was der Industrie nützlich ist, kann für das Handwerk extrem schädlich sein. Auf unseren Bereich bezogen: Ein in der Dritten Welt in einem Industrieberuf für den Bedarf der Industrie ausgebildeter Facharbeiter ist nicht ohne weiteres qualifiziert, in einem Handwerk zu arbeiten. Dort steht nicht die Maschine, deren Anwendung er gelernt hat, er ist nicht im „technischen Improvisieren" geübt, die Wiederverwendung industrieller Abfälle ist ihm fremd und — was besonders wichtig ist — vom kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Denken und Handeln versteht er so gut wie gar nichts. Letzteres ist ein wesentlicher Grund dafür, daß so viele handwerkliche und kleinindustrielle Existenzgründungen in der Dritten Welt scheiterten. Falsch und unverständlich ist deshalb die Behauptung des Sektorkonzepts, „durch technische Berufsbildung werden im Betrieb häufig auch kaufmännische Fähigkeiten vermittelt; dadurch wird die Gründung selbständiger Betriebe erleichtert" (S. 9).



## Der informelle Sektor als Überlebenschance

Des weiteren ist unerfindlich, wie ein von Fachleuten erstelltes Konzept die statistisch evidente Tatsache ignorieren kann, daß gerade in den industriellen Ballungszentren der Dritten Welt — also in den Städten — mehr als 50 % der erwerbstätigen Bevölkerung im sogenannten informellen Sektor tätig ist. Informeller Sektor, das heißt zunächst einmal, das Überlegen irgendwie zu organisieren. Vom Kaugummiverkaufen des Sohnes, über die in Heimarbeit nähende Mutter, den als Gelegenheitsarbeiter schaffenden Vater, der sich als handwerklicher Tausendsassa verdingt, bis hin zu den stehlenden Geschwistern. Das alles natürlich ohne Steuern zu zahlen, ohne irgendwie berufsgenossenschaftlich registriert zu sein. Diesen Menschen kann man häufig mit einfachsten Ausbildungsmaßnahmen das Leben erheblich erleichtern. Um sie geht es auch, wenn von Grundbedürfnisbefriedigung oder Armutsbekämpfung die Rede ist. Um sie geht es explizit im Sektorkonzept nicht. An mehreren Stellen wird geradezu bekennerisch gesagt, daß man sich ausschließlich auf die modernen Berufe der Wirtschaft beziehe. Das ist schlicht elitär.

Damit jedoch nicht genug: Außerhalb des informellen Sektors erreicht die staatliche BBH noch nicht einmal all diejenigen Jugendlichen, die um eine Ausbildung nachfragen. Weniger als 5 % eines Altersjahrgangs in der Dritten Welt nehmen an einer staatlichen, formalen Berufsausbildungsmaßnahme teil. Auf diese winzige „Zielgruppe" bezieht sich also die BBH durch das BMZ. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Pinger schreibt hierzu:

„Die berufliche Bildung und die Hilfe müssen sich diesem Massenproblem (der Unterdrückung und Arbeitslosigkeit, die Verf.) stellen:

— Es reicht nicht, eine kleine Zahl hochqualifizierter Facharbeiter und Hochschulabsolventen ausbilden zu wollen. Jede Hoffnung auf ein Durchsickern von Eliten zu den breiten Bevölkerungsschichten ist bisher enttäuscht worden. Berufsbildung muß breiter ansetzen.
— Es reicht nicht, auf eine allmähliche Verbesserung formaler Ausbildungsmöglichkeiten zu hoffen. Die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zwingt zu sofortigem Handeln in massenwirksamen Formen.[1]

Pingers Wort in Minister Warnkes Ohren!

## Das „duale System" als Modell?

Konzeptioneller Dreh- und Angelpunkt des Sektorkonzepts ist die Forderung nach der Einführung eines dualen Systems der beruflichen Bildung in der Dritten Welt. Man könnte fast meinen, es gäbe viele Gegner einer betriebsnahen und praxisorientierten Ausbildung in der Dritten

Welt, so vehement wird das duale System herausgestellt.

Was aber könnte denn die Einführung des dualen Systems an der ökonomischen Situation der Dritten Welt verbessern? Wir stehen dort nicht primär vor einem Ausbildungsproblem, sondern in erster Linie vor einem Beschäftigungsproblem! Ob mit oder ohne dualem System, mit Ausbildung allein kann man dieses Problem nicht bewältigen. Dafür muß man nicht erst über die Grenzen der Bundesrepublik blicken.

Weiterhin werden im Sektorkonzept die mit der Einführung eines alternierenden (dualen) Systems der beruflichen Bildung verbundenen Probleme völlig verkannt, so wie sie in besonderer Weise in Lateinamerika zu beobachten sind. Dort wird das formale Ausbildungswesen (über große Berufsbildungszentren) bereits von der Industrie finanziert. Ab einer bestimmten Größenordnung muß jeder Betrieb zwischen 1 % und 3 % der Lohnsteuersumme als Ausbildungsabgabe zahlen. Das ist für die Kleinbetriebe ein nicht unerheblicher Betrag. Wen wundert es also, wenn viele Unternehmer überhaupt nicht an einem dualen System interessiert sind, weil sie bereits kräftig dafür zur Kasse gebeten werden, daß ihnen der Staat die ausgebildeten Facharbeiter zur Verfügung stellt, die sie benötigen. Darüber hinaus ist die Annahme des Sektorkonzepts falsch, daß das duale System weniger als eine rein schulische Ausbildung koste. Die Kosten werden im dualen System nur anders verteilt: zu Gunsten des Staates und zu Lasten der Betriebe. Wundert es da, daß die Unternehmer nicht in Begeisterung ausbrechen, wenn ihnen die deutsche BBH das duale System andienen will?[2]

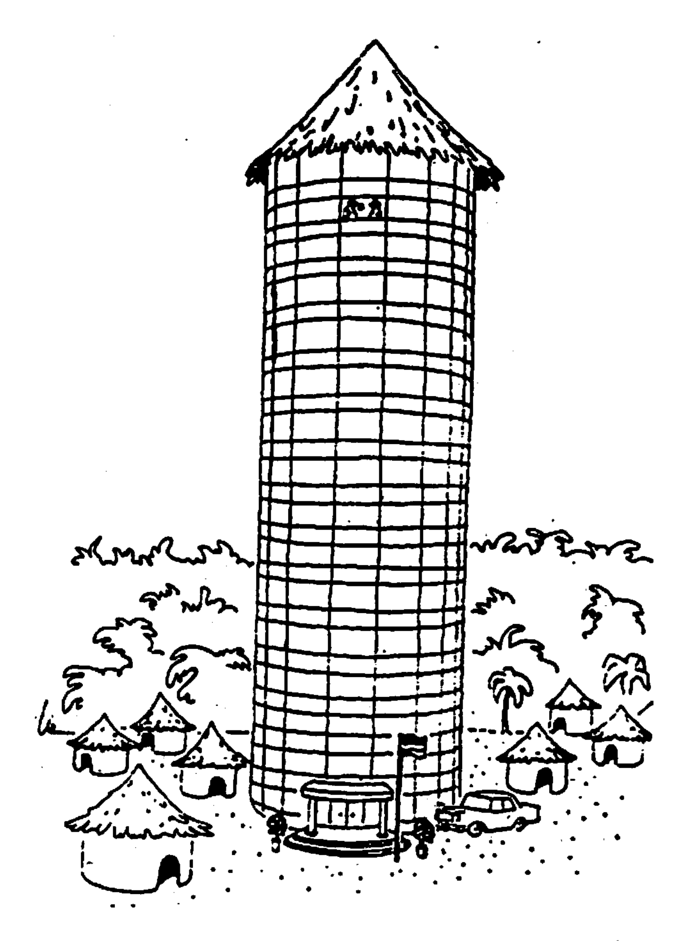
## Einseitige Unternehmerorientierung

Besonders problematisch ist die völlig einseitige Unternehmerorientierung des Sektorkonzepts. Von den Problemen derjenigen, die einen Ausbildungsplatz und vor allem einen Arbeitsplatz suchen und ihn nicht finden, wird im Papier nicht gesprochen, stattdessen ständig von den Problemen der Unternehmer. Dabei wird der Betrieb in einer Art und Weise glorifiziert, daß es schon fast peinlich ist: „Allein (Hervorhebung von den Verf.) im Betrieb können Selbständigkeit, Verantwortungsbewußtsein und Führungsqualitäten sowie das erforderliche Sozialverhalten gelernt werden" (S. 9). Wahrscheinlich würde selbst der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie einen solchen Satz nicht aussprechen. In demselben Geiste wird weiterhin empfohlen, die Industrie solle die Ausbildung möglichst ohne die „störenden Einflüsse des Staates" durchführen. Wenn man sich vorstellt, was dies in vielen Ländern der Dritten Welt bedeuten würde, kann man nur erschrekken. In Wirklichkeit scheint es dem BMZ gar nicht um ein duales System zu gehen, in dem Staat und Betrieb gleichberechtigte Partner sind, sondern um eine völlige Entstaatlichung der beruflichen Bildung, wo der Unternehmer ganz allein entscheidet. Das bedeutet einen Rückfall in den Manchester-Kapitalismus.

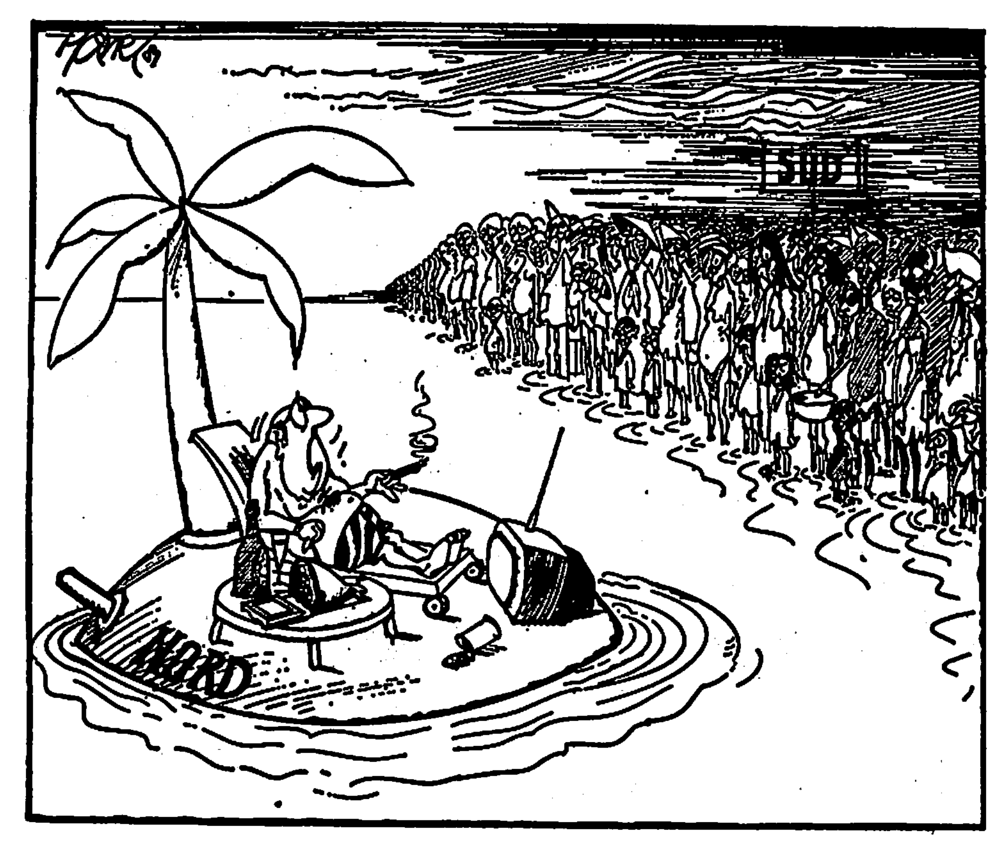
Auf derselben Linie liegt, daß im Sektorkonzept die hohe Arbeitslosigkeit unter qualifizierten Jungarbeitern mit „zu hohen Ansprüchen der Absolventen an Lohn/Gehalt bzw. Arbeitsbedingungen" (S. 8) begründet wird. Wer die Arbeitsbedingungen in Industriebetrieben der Dritten Welt kennt und weiß, welche — im wahrsten Sinne des Wortes — Hungerlöhne dort gezahlt werden, kann diese Behauptung nur noch als zynisch interpretieren.

## Bildungsfeindlichkeit

Den eigentlichen Gipfel erreicht das Sektorkonzept jedoch in seiner offenen Bildungsfeindlichkeit. Der für die neue BBH programmatische Satz: „Allgemeinwissen wird nur soweit vermittelt, als dies unbedingt notwendig ist" (S. 8) ist als curriculare Forderung für die berufliche Bildung in der Dritten Welt schlicht reaktionär! Es wird ignoriert, daß Allgemeinwissen kein „Luxus", sondern notwendige Voraussetzung zum Erwerb jener „autonomen Handlungskompetenz" (Nölker) ist, die es den Ausgebildeten erst ermöglicht, nicht nur nach Anweisung und Einweisung bestimmte Arbeitstätigkeiten zu verrichten, sondern sich zweckrational und kommunikativ zu verhalten. Erst dies versetzt den Ausgebildeten in die Lage, den Arbeits- und Produktionsprozeß zu überschauen, Probleme eigenständig zu identifizieren und entsprechend adäquate Lösungen zu finden. Wer z.B. nur gelernt hat, bei einem Kraftfahrzeug die Kupplungsscheiben auszuwechseln, der wird, weil er keine Ahnung vom Funkionieren des gesamten Antriebs und der dabei auftretenden physikalischen Wirkungen hat, erst gar nicht bemerken, daß zugleich die Kurbelwellen neu ausgewuchtet werden müssen. So werden Kupplungen zwar ordnungsgemäß gewechselt, doch werden viele Fahrzeuge alsbald mit Wellenbrüchen stehenbleiben. Dieses Beispiel ist dabei keineswegs fiktiv, sondern gibt Erfahrungen von einem Ausbildungs-Projekt in einem Omnibus-Betriebshof in Ägypten wieder. Ein



*Wissen Sie Herr Braun, das Allerwichtigste bei der Entwicklungshilfe ist das Einfühlungsvermögen!*




»Ist was?« / »What's the matter?« / »Qu'est-ce qu'il y a?«

breites Allgemeinwissen ist auch die notwendige Voraussetzung, um angesichts technischer und arbeitsorganisatorischer Veränderungen Mobilität und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte zu sichern, was wiederum unabdingbar für die Schaffung und Sicherung dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse ist.

Von vielen (Mit-) Kritikern des Sektorkonzepts wird nun eingewandt, das Papier sei eher irrelevant, und man solle es nicht durch eine öffentliche Kritik auch noch aufwerten. Dem ist entschieden zu widersprechen. Die Diskussion ist überfällig, wie die berufliche Bildung in Strategien einer wirksamen Armutsbekämpfung eingebettet werden kann. Dieser Bereich sollte nicht widerstandslos dogmatischen Verfechtern einer „reinen“ Berufsausbildung nach mitteleuropäischem Vorbild überlassen werden. Auch innerhalb der Regierung regt sich Widerspruch. so schlußfolgert etwa eine kritische Stellungnahme aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) zu dem BMZ-Sektorkonzept, daß es so bald wie möglich überarbeitet werden sollte, weil es sich nur an eine Minderheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern richtet.

## Alternativen und Perspektiven

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die im Sektorkonzept festgeschriebene Ausrichtung der BBH auf den modernen Sektor der Wirtschaft nicht länger zu verantworten ist. Die diesem Konzept zugrundeliegende einseitige Industrieförderung ist keine „Entwicklung“ im Interesse der Mehrheit der Menschen. Vielmehr werden die sozialen Verhältnisse polarisiert. Relevante Beiträge zur Strategie der Armutsbekämpfung werden nicht geleistet.

Der Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ würde in seiner Zielrichtung verkehrt, wenn er als „Selbsthilfe der Betriebe/Unternehmen“ die einseitige Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen legitimieren soll. Demgegenüber ist die Selbsthilfe durch den solidarischen Aufbau von Organisationen besonders der armen Bevölkerung ein wichtiges Instrument im Rahmen einer auf Armutsbekämpfung zielenden Strategie.

Zwar haben sich staatlich organisierte Berufsschulsysteme wegen ihrer Praxisferne als problematisch und als Sackgasse für den individuellen Aufstieg erwiesen. Wenn aber die staatlichen Institutionen im Zuge einer „Entstaatlichung“ aus der beruflichen Bildung und aus der BBH ausgeschaltet würden, käme dies im Ergebnis der Überantwortung dieses wichtigen Bereiches an mächtige private Interessengruppen gleich. Ein Beitrag zur Armutsbekämpfung wäre dies schon gar nicht.

Ein erster Schritt zur Entwicklung von alternativen Konzepten, die ernsthaft auf Armutsbekämpfung und auf mehr Gleichheit angelegt sind, läge in der Aufarbeitung der vielfältigen Erfahrungen, die besonders kleinere Organisationen seit Jahren mit entsprechend angelegten Projekten gemacht haben. In diesem Zusammenhang sind vor allem protestantische und katholische Träger zu erwähnen. (Im Rahmen der diesjährigen „Hochschultage Berufliche Bildung“ in Essen hat kürzlich ein Workshop stattgefunden, der damit begonnen hat, diese Erfahrungen auszuwerten. Diese Arbeit soll fortgeführt werden).

Bereits jetzt lassen sich folgende Konsequenzen ziehen:

Bei der BBH sind die spezifischen Belange des Handwerks, insbesondere des Kleinhandwerks erheblich stärker in den Mittelpunkt entwicklungspolitischer Aktivitäten zu rücken. Dort könnten viele Menschen eine berufliche Chance erhalten, für die im industriellen Sektor kein Platz ist.

Das bedeutet zugleich, die BBH weit mehr als bisher als Bestandteil einer aktiven Beschäftigungspolitik zu verstehen. Weiterhin muß sich auch die staatliche BBH dem informellen Sektor öffnen, bietet er doch für die breite Bevölkerungsmehrheit oft die einzige Überlebensmöglichkeit. Zwar ist es immer nur der „zweitbeste“ Weg, seinen Lebensunterhalt im informellen Sektor verdienen zu müssen, weil dort in der Regel die Arbeitsbedingungen schlechter und die Abhängigkeiten größer sind, doch bleibt auch die staatliche BBH die Menschen im informellen Sektor einbeziehen, muß Beschäftigungsmöglichkeiten dort ausbauen und sichern helfen und muß ganz allgemein die Handlungskompetenz der dort Tätigen erweitern. Dazu muß die BBH erheblich verändert werden, und kann ihr die europäische Handwerker- und Facharbeiterqualifikation kaum länger als Vorbild dienen.

Eine solche Berufliche Bindung muß vor allem:

- breiter, d.h. weniger spezialisiert,
- im Detail weniger tiefgehend und
- zeitlich kürzer sein, sowie
- (klein-)unternehmerische Fähigkeiten vermitteln.

Anstatt z.B. zum Mauerer, Zimmermann oder Dachdecker auszubilden, sind ganzheitliche Qualifikationen zum Bau eines einfachen Hauses zu vermitteln. Die Kosten der Berufsbildung dürfen den Staat nicht überfordern. Die Teilnahme an berufsbildenden Maßnahmen muß es den individuellen Teilnehmern gestatten, auch weiterhin zur Deckung des Lebensbedarfs der Familie beizutragen. Deshalb ist nach Wegen zu suchen, wie während der Ausbildungszeit bereits Einkommensquellen zu erschließen sind.

**Bernd Schleich, Wolfgang Karcher, Bernd Overwien, Heinz Jürgen Axt sind Mitarbeiter der Arbeitsstelle Dritte Welt am Fachbereich 22 der TU Berlin.**

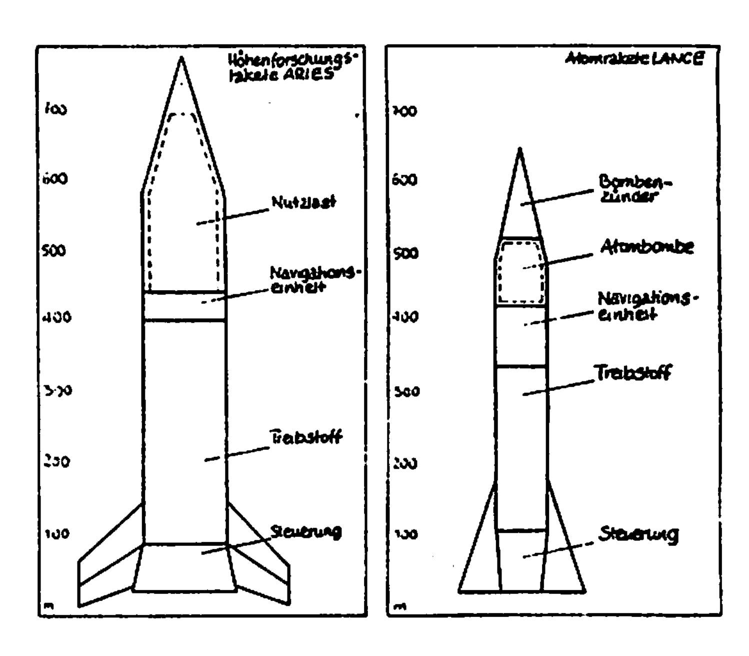
**Anmerkungen:**

1. vgl. die Broschüre „Berufsbildung als Schlüssel zur Armutsbekämpfung“ als Nr. 2 der Reihe: Argumente. Neue Wege in der Entwicklungspolitik. Hrsg. CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn (dort beziehbar).
2. Die Einwände stellen freilich nicht die Vorzüge einer dualen Ausbildung gegenüber einer rein schulischen Berufsbildung in Frage. Daß die Einführung des dualen Systems in Lateinamerika bislang nur ansatzweise und in Einzelfällen (Guatemala) aufgrund exzeptioneller Bedingungen gelang, darauf wird im Sektorkonzept nicht aufmerksam gemacht.

Nuklearexporte Brasilien / Pakistan

# „Wir bauen uns eine Bombe und...“

**Wer macht mit beim großen Ratespiel? Die Frage lautet: Welches Land der 3. Welt zündet den nächsten Atomsprengsatz? Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Waffenhändler, informierte Regierungskreise in der BRD und Militärs in nuklearen Schwellenländern. Hinweis: Die folgenden Länder sind heiße Tips!**




*Die Ansichten einer Höhenforschungs- und Militärrakete im Vergleich.[4]*

Die Katze ist aus dem Sack. **Brasilien** kann die Atombombe bauen. Der Präsident der Nationalen Brasilianischen Atombehörde, Rex Nazareth Alves, lüftete das offene Geheimnis. Seit 1979 arbeiteten Militärs, Privatfirmen und Universitäten an einem Geheimprogramm zur Plutoniumherstellung. Allerdings will die demokratische Regierung Sarney die Bombe angeblich nicht bauen. Sie will aber in Zusammenarbeit mit der Nachbar-Demokratie Argentinien langfristig einen schnellen Brüter entwickeln. Lateinamerikanisches Händchenhalten zum Zwecke der Plutonium-Massenproduktion? Und die in die Kasernen verbannten Militärs schauen sicherlich wohlwollend zu.[1]

Bereits einige Monate vor dieser offiziellen Verlautbarung behauptete die brasilianische Zeitschrift ‚Veja‘, daß die BRD und Brasilien 1975 — parallel zum Atomvertrag — ein Geheimabkommen geschlossen hätten. Die BRD soll sich darin verpflichtet haben, die Entwicklung einer brasilianischen Atombombe zu unterstützen.[2] Nun scheint die Entwicklung soweit gediehen, daß im Nordosten des Landes eine Militärbasis für unterirdische Nukleartests vorbereitet wird. Mehrere, bis zu 320 Meter tiefe Stollen mit einem Meter Durchmesser, sind nach US-amerikanischem Vorbild angelegt.[3]

Doch Atombomben sind noch keine Atomwaffen. Um Bomben gezielt abwerfen zu können, bedarf es komplizierter Trägersysteme. Das Prädikat ‚wertvoll‘ für diesen Zweck erhalten Höhenforschungsraketen, die den herkömmlichen Atombomben-Trägerwaffen vom Aufbau her sehr ähneln (s. Graphik). Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Raketen besteht in ihrer Zielgenauigkeit. Höhenforschungsraketen sollen, wie der Name schon sagt, die Hochatmosphäre erforschen. Meßergebnisse, wie z.B. Elektronen- und Ionendichte, werden auf die Erde gefunkt oder per Fallschirm in einem Container mit den Meßgeräten in Richtung Erde geschickt. Eine solche Forschungsrakete benötigt keine sog. **Trägheitsnavigation**, mit deren Hilfe eine Zielgenauigkeit von 500 Meter bei 500 km Reichweite erreicht werden kann. Wohl aber eine militärische Trägerwaffe, weshalb dieses Lenksystem strengen Exportbestimmungen unterliegt (mögliche Lieferanten: USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich). Der Umbau eines „zivilen“ Systems, wie es beispielsweise im Jumbo-Jet zu finden ist, zum Einsatz in einer Rakete stellt technisch kein unlösbares Problem dar.[5] In Brasilien machen die Ingenieure Fortschritte (s.a. Kasten).[6]

Bei der Entwicklung eines Prototyps einer Höhenforschungsrakete mischten die Firma MBB und die DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt) kräftig mit. Ein Test der Trägerrakete SONDA IV, die ca. 1.400 km weit fliegt, endete 1984 erfolgreich.[7] Eine politische Entscheidung, diese Rakete in Serie zu bauen, steht allerdings noch aus. Stattdessen wird das Vorreitermodell Sonda III (Reichweite: 300 km) in den nächsten 18 Monaten Flugtests unterzogen, um voraussichtlich 1990 einsatzbereit zu sein. Diese schwere Mittelstreckenrakete kann einen 1000 kg schweren Sprengkopf tragen.[7a] Fehlt nur noch der Durchbruch beim Lenksystem und die Atomwaffe ist komplett.

## KKW-Geschäft in Brasilien im Abwind

Weniger erfolgreich verlief die zivile deutsch-brasilianische Kooperation. Vom 1975 abgeschlossenen ‚Jahrhundertvertrag‘, der den Bau von 8 KKW's bis 1990, eine Urananreicherungsanlage sowie eine Pilotanlage zur Wiederaufbereitung vorsah, verblieben den Brasilianern bisher lediglich kostenintensive Investitionsruinen.[8] Noch kein einziges deutsches KKW erzeugt Strom. Siemens-Tochter KWU (Kraftwerk-Union AG, Mülheim/Ruhr) darf nach den massiven Kürzungen der Brasilianer lediglich noch zwei KKW's bauen. Angra II soll bis 1992, Angra III — es stehen erst die Fundamente — bis 1995 gebaut sein. Ob Brasilien zu diesem Zeitpunkt noch einmal 2600 MW Strom benötigt, bezweifeln inzwischen nicht nur Energieexperten. Ob die Reaktoren überhaupt einmal funktionieren und „sicher“ arbeiten werden, glauben immer weniger Brasilianer: Der von KWU-Konkurrent Westinghouse (USA) gebaute 626 MW Reaktor Angra I stand 1986 wegen Lagerschäden eines Dieselaggregates zeitweise still.[9] Eine lokale Umweltorganisation sammelte 30.000 Unterschriften gegen den einzigen brasilianischen Reaktor, weil kein Schutz- und Evakuierungsplan für einen möglichen Unfall besteht.[10] Neben fi-

nanziellen Problemen verzögerten auch technische Schwierigkeiten (z.B. mit den Fundamenten von Angra III) den Bau der beiden KWU-Reaktoren.

## Krise der Nuklearindustrie

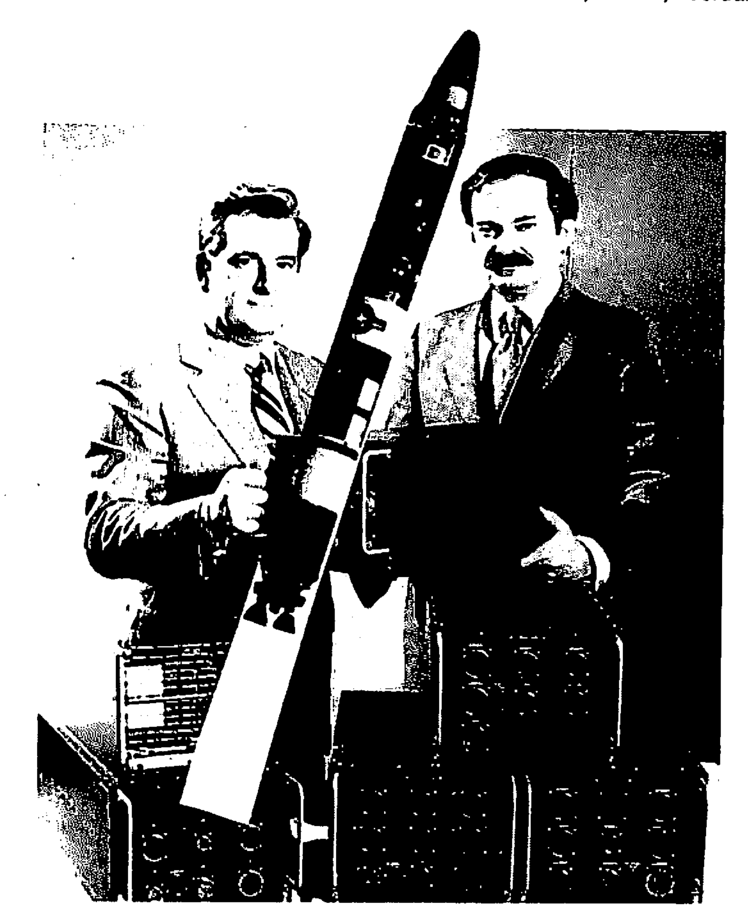
Der Inlandsmarkt ist weitgehend gesättigt, die Schuldenkrise lähmt potentielle Abnehmer in der 3. Welt, die Energiebedarfsprognosen der 70er Jahre übertrafen den realen Verbrauch bei weitem. Gründe, die den KKW Bauer Nr. 1 der BRD kontinuierlich „Personal abbauen" lassen. In den letzten 3 Jahren 1000 Beschäftigte, bis 1991 wahrscheinlich weitere 3000, so daß die KWU bald nur noch ca. 11.000 Mitarbeiter beschäftigen wird. Diese Entwicklung drängt die zu 90 % vom Nuklearbereich abhängige Firma zu Produktdifferenzierung (andere Kraftwerksarten), zum Ausbau des Servicegeschäftes auch bei Nicht-KWU-Reaktoren und natürlich zum offensiv-aggressiven Export[11]: In Ägypten ging die KWU als technischer und preislicher Sieger gegen internationale Konkurrenz hervor; ein Erfolg, der durch Abstriche bei den Sicherheitsstandards mitbegründet wurde.[12] Vielleicht aber auch ein Grund für den Mißerfolg im finanzstärkeren China, das die deutschen KKW-Bauer abblitzen ließ. Offiziell ließen die chinesischen Planer allerdings nichts vernehmen. Französische und englische Konkurrenz zog jedenfalls den 8,1 Mrd. DM schweren Auftrag an Land.[13]

Dennoch ist wohl mittel- und langfristig auf legalem Wege nicht mehr viel zu verdienen. Das große Geschäft winkt bei illegalen Deals mit Ländern, denen Atombombenambitionen nachgesagt werden.

## Pakistan und die ‚islamische Bombe'

Seit Jahren kocht die Gerüchteküche. Nun scheint es mit der pakistanischen Atombombe ernst zu werden. Aus Sicherheitsgründen errichteten Armeeinheiten eine Raketenabwehr um die ohnehin scharf bewachte Urananreicherungsanlage Kahuta (s. Karte). Man fürchtet einen Präventivschlag Israels wie er 1981 den irakischen Forschungsreaktor traf. Das will man verhindern, denn Pakistans Atomprogramm steckt in der heißen Phase. Von diesem Jahr an soll jährlich eine Uran-Atombombe vom Hiroshima-Typ produziert werden.[14]

Wie konnte es dazu kommen? Noch Ende 1984 erklärte US-Außenminister Shultz, daß die US-Politik im Hinblick auf die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (non-proliferation policy), erfolgreich gewesen sei.[15] Im Juli 1986 warnte Reagan den pakistanischen Ministerpräsidenten Junejo in Washington vor dem Bau einer Bombe.[16] Im Oktober 1986 unterstrich Verteidigungsminister Weinberger die amerikanische Strategie gegenüber dem drittgrößten Empfängerland für Hilfs-



### Bundesdeutsche Trägerraketen in Libyen

Libyens Staatschef Ghadhafi will Atomwaffen! Bei der Beschaffung notwendiger Atombomben-Trägerwaffen helfen deutsche Firmen fleißig mit und verdienen kräftig. Bayerische Geschäftstüchtigkeit verhalf Ghadhafi zu mindestens zwei Raketenstarts und 23 ‚Nutzlastlieferungen'! Helmut Lang fädelte das millionenschwere Geschäft am 23. Januar 1985 ein. Sein Kontaktmann in Libyen, Farkash, gilt als der persönliche Beauftragte des libyschen Revolutionsführers für die Beschaffung von nuklearem Material zum Bau einer Atombombe und von Raketen für ihren Transport. Unter Federführung von Langs **‚Orbit GmbH'** sollte Material aus Italien, Frankreich und Geschäftsfreunden in der BRD beschafft werden. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe ermittelt.

Getestet wurden die Raketen in der Wüste nahe der Oase Ghat,[1] wo schon die **‚Otrag AG'** von 1979 bis 1981 Raketenstarts probte. Damals flogen die Raketen nur wenige hundert Meter weit, die jetzigen sollen eine Reichweite von über 500 km haben. Otrag-Geschäftsführer Lutz Kayser, ein Stuttgarter Diplom-Ingenieur, ließ sich seine Dienste in Millionenhöhe von Ghadhafi vergüten. Heute testet er angeblich Flugzeuge in Zaire.[2] Kayser gründete 1974 die **‚Otrag AG'**, pachtete 1975 in Zaire ein 100.000 qkm großes Gelände, fast halb so groß wie die BRD, und testete dort am 17. 5. 1977 eine erste Rakete. Noch 1978 verbreitete der damalige Bundeskanzler Schmidt, daß es sich bei der Otrag um ein rein privates Unternehmen handele. Somit erhielt die Firma bedenkenlos Staatsaufträge in Millionenhöhe.[3] Erst als die militärischen Einsatzmöglichkeiten dieser Raketen in der UNO laut diskutiert wurden, kündigte Zaire 1979 den Vertrag. Zu diesem Zeitpunkt kamen nun auch der Bundesregierung Bedenken. Die ‚Otrag' leistete als Abschreibungsgesellschaft noch bis zum 18.11. 1986 fragwürdige Dienste. Mit der Liquidation der AG verloren 1400 stille Gesellschafter 153 Mill. DM, der Fiskus 72 Mill. DM. Die Begründung des Vorstandes für den Entschluß: Politischer Druck der Atomwaffenstaaten sowie der „geläuterten" BRD verhinderten die Erschließung neuer Raketentestgelände.[4] Helmut Lang hat eines wiederentdeckt — in Libyen!

**Quellen:**
1. STERN Nr. 1/1987 v. 23. 12. 86
2. POHL, Reinhard 1985, S. 36
3. Helmut Lorscheid: Ein „revolutionäres Projekt", in: Rüstungsexport, djp Jugendpressematerialien Nr. 5 1985
4. FR v. 13. 12. 86

Dollars: 4,2 Mrd. $ Wirtschafts- und Militärhilfe sollten Präsident Zia u. Haqs angeschlagene Position stabilisieren und ihn vom Bombenbau abhalten.[17] Dennoch scheint der innenpolitisch von Benazir Bhutto arg in Bedrängnis gebrachte Staatschef von diesen Plänen nicht abrükken zu wollen.[18] Anfang November berichtete die ‚Washington Post' von der Explosion eines starken Sprengsatzes, die offenbar der Entwicklung eines kernwaffentauglichen Zünders diente.[19] Das obligatorische Dementi verband General Zia mit der Erinnerung an das friedliche Interesse am Ausbau der Kernenergie.[20]

Pakistan, das — ebenso wie Brasilien — nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrages von 1970 ist,[21] besitzt lediglich ein stromerzeugendes 137 MW Kernkraftwerk. Doch dieser von Kanada gelieferte Natururan-Schwerwasserreaktor Kanupp in Karachi (s. Karte) bringt heute nur 40-50 MW Leistung.[22]

Außerdem bereitet die Uranbeschaffung, die bis 1976 problemlos über Kanada lief, immer wieder Schwierigkeiten. Gründe: Die Weigerung, alle Nuklearanlagen der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA zu unterstellen sowie die Angst vor der ‚islamischen Bombe'![23]

Auch bei der ‚friedlichen' Nutzung der Kernenergie fällt Plutonium an. Der Natururan-Schwerwasser-Reaktor liefert dabei mehr Plutonium als der mit angereichertem Uran arbeitende Leichtwasserreaktor. Verfügt man nun — wie Pakistan — über eine Wiederaufarbeitungsanlage, so läßt sich auch waffenfähiges Plutonium aus abgebrannten Brennelementen herstellen.[24] Auf diesem Wege ergaben sich für Pakistan offensichtlich so große Schwierigkeiten, daß es den zweiten Weg zur Atombombe ging: die Urananreicherungstechnologie!

## Bundesdeutsche Firmen helfen beim Bombenbau

Anlagen zur Urananreicherung gelten wie Wiederaufarbeitungsanlagen als sensitive, d.h. militärisch leicht nutzbare Einrichtungen. Sensitive Exportartikel fallen in der BRD unter das Außenwirtschaftsgesetz, sind somit genehmigungspflichtig. Der Freiburger Albrecht Migule (Geschäftsführer der CES Kalthof), der illegal Komponenten der gewünschten Anlage an Pakistan lieferte, kam mit 30.000 DM Geldstrafe und einer achtmonatigen Bewährungsstrafe davon. Sein Mitarbeiter Heinz Mebus kennt den Pakistani Qadir Khan vom Studium. Khan war es, der 1975 bei der niederländisch-britisch-deutschen URENCO in Holland geheime Unterlagen stahl,[25] und damit nahe Islamabad die Urananreicherungsanlage Kahuta (s. Karte) aufbaute. — Die URENCO entwickelte ein Ultrazentrifugen-Verfahren zur Urananreicherung. — Khan ist heute Direktor der Firma LIZROSE Ltd. in London, der Beschaffungsorganisation für die pakistanische Atombombe in Europa. Lizrose bestellte im Oktober 1984 bei Arbed Saarstahl Spezialstahl, wie er für die Zentrifugen einer Urananreicherungsanlage benötigt wird. Im Juni 1985 lieferte

***„Selbst ein kleines Land, das über eine geringe Kernwaffenkapazität verfügt, könnte die Vereinigten Staaten erpressen."***

(Henry A. Kissinger, Memoiren 1968-1973, S. 227, München 1979)

Arbed Völklingen über einen Kölner Strohmann 880 kg Stahlstäbe mit einem Durchmesser von 150 mm. Exakt der Durchmesser der URENCO Zentrifugen. Kosten: 40.000 DM. Die Speditionsfirma Global International verschiffte den Stahl nach Karachi, von wo aus der Weg zum Empfänger Technical Equipment Islamabad nicht mehr weit war. Der Trick bei dieser erfolgreichen Beschaffungsaktion: möglichst viele Zwischenstationen sollten den tatsächlichen Empfänger verschleiern. Endverbleibsklausel ade!

Bezeichnenderweise spielte die pakistanische Botschaft in Bonn beim Atomgeschäft eine zentrale Rolle. Einer der wichtigsten Beschaffer für die ‚islamische Bombe', ein Holländer, besuchte Ende 1985 die Botschaft. Der Studienfreund von Khan gestand 1983 die illegale Ausfuhr sensitiven Materials für die Anreicherungsanlage Kahuta. Ein Botschaftsrat besuchte mit dem zweiten Direktor Lizroses, dem Engländer pakistanischer Abstammung Shah, die Spedition Global International. Der Botschafter selbst verstieg sich in einem Interview zu der entlarvenden Behauptung, der Natururan-Schwerwasserreaktor Kanupp in Karachi benötige angereichertes Uran. Das ist technisch unmöglich![26]




Nukleare Anlagen in Pakistan

1. Karachi Nuclear Power Projekt (= KANUPP): Ein 137 MW Natururan-Schwerwasser-Reaktor, der seit 1972 in Betrieb ist. Seit 1980 kann Pakistan die benötigten Brennelemente auch selbst herstellen (Brennelementfabrik in Chasma). KANUPP unterliegt den Sicherheitskontrollen der IAEA (Ausnahme 1980-1983).
2. **Kahuta** = Abdul Qadir Khan Atomic Research Center: Urananreicherungsanlage mit ca. 1000 Zentrifugen, die sich seit 1984 teilweise in Betrieb befindet und keinen internationalen Kontrollen unterliegt.
3. **Chasma** — Riesige Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), die von der französischen Firma SGM gebaut werden sollte. Output: 100 bis 200 kg Plutonium, geeignet zum Bau von ca. 30 Atombomben jährlich. Auf US-amerikanischen Druck hin, ließ Giscard d'Estaing das Projekt 1978 einschlafen. Pakistanischer Weiterbau bisher ohne Erfolg.
4. **Rawalpindi:**
   a) **New Labs:** WAA, die mit belgischer und französischer Hilfe entstand und 10-20 kg Plutonium jährlich aufbereiten kann. Angeblich seit 1984 in Betrieb, keine Sicherheitskontrollen der IAEA.
   b) **PINSTECH:** Pilot-WAA des Pakistan Institute of Nuclear Science and Technology in Experimentiergröße. Keine Sicherheitsbestimmungen der IAEA.

## Bonn duldet Nukleargeschäfte

Pakistans Beschaffungsaktionen zeigen die hemmungslosen Exportgelüste deutscher Firmen. Mit dem Leitspruch, „wenn wir nicht liefern, macht die Konkurrenz das Geschäft", läßt sich im Land des Exportweltmeisters fast alles rechtfertigen. Allerdings ist es eine politische Aufgabe, die Industrie in dieser Hinsicht zu zügeln. Vor allem dann, wenn bestehende, internationale Verträge de facto unterlaufen werden. Doch darf man von einer Regierung, deren Minister auf ihren Reisen PR-Arbeit für die heimische (Rüstungs-)Industrie leisten, keine „völkerrechtlichen Hochsprünge" erwarten. Nichtsdestotrotz wundert es, daß Bonn so unwidersprochen die US-Strategie in Pakistan von deutschen Firmen unterlaufen läßt. Gut, massiver amerikanisch-britisch-kanadischer Widerstand gegen das Brasiliengeschäft beeindruckte schon die sozialliberale Koalition reichlich wenig. Doch die Destabilisierung im Mittleren Osten, eventuell sogar im Nahen Osten, die eine islamische Atombombe mit sich bringen würde, sollte eigentlich mehr politische Unruhe auslösen. Ganz nebenbei gibt eine solche Politik des laissez-faire den Atomwaffensperrvertrag der Lächerlichkeit preis.

Somit darf man nicht auf verschärfte Gesetze wegen ‚Atomdelikten' hoffen, geschweige denn auf eine offenere Informationspolitik der Bundesregierung. Sie stellt sich weiterhin auf den Standpunkt, das pakistanische Nuklearprogramm sei friedlich, „die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen beider Länder ausschließlich im nichtsensitiven Bereich."[27] Pakistan wird in Zukunft wohl seinen Platz 5 in der Rangliste der Empfänger bilateraler Entwicklungshilfeleistungen (ca. 3Mrd. DM kumuliert) halten können.[28] Von nun an stellt sich nur noch die Frage, ob es Zia ul-Haq riskieren kann, westliche Hilfsgelder mit einem Atomtest aufs Spiel zu setzen.[29]

**Alexander Spermann (as)**

**Anmerkungen**

1. DIE ZEIT v. 9-1-87
2. ami Nr. 10/86, S. 109
3. SPIEGEL Nr. 35/86 v. 25-8-86, S. 107
4. Quelle: AK Physik und Rüstung 1983, S. 6
5. Seeger, Stefan 1985, S. 16-25
6. FAZ, v. 26-4-86
7. ami Nr. 10/86, S. 109

7a. O Estado de São Paulo v. 28-11-86

8. vgl. blätter des iz3w Nr. 130/85, S. 48
9. FAZ v. 6-11-86
10. epd Entwicklungspolitik Nr. 15/86, S. 5
11. DIE ZEIT v. 2-1-87
12. Lothar Hahn, Sicherheitsbeurteilung eines Druckwasserreaktors der Firma KWU (Studie des Öko-Institutes), Darmstadt 1985
13. HB v. 9-7-86
14. Egmont R. Koch, ARD v. 3-11-86
15. Leonard S. Spector 1985, S. 2
16. taz v. 18-7-86
17. DIE ZEIT v. 28-11-86 u. Spector 1985, S. 2
18. vgl. FR v. 16-12-86
19. NZZ v. 6-11-86
20. FAZ v. 2-12-86
21. vgl. Karin Stahl 1984, in: Eisenbart, Constanze 1984, S. 117 u. blätter des iz3w Nr. 130/85, S. 51
22. FAZ v. 2-12-86
23. Auch Zias Vorgänger Bhutto — der Vater der jetzigen Oppositionsführerin Benazir Bhutto, der 1977 von Zia gestürzt und 1979 hingerichtet wurde — wollte die Atombombe
24. Es ist möglich, Brennelemente aus kommerziellen Reaktoren, statt nach normalerweise 3 Jahren (rentable Nutzungsdauer) bereits nach 3 Monaten auszuwechseln und in einer WAA das weniger „verschmutzte" Plutonium zu isolieren. Pakistan besitzt seit 1975 eine Pilot-WAA (vgl. Karin Stahl 1984, S. 117), die waffenfähiges Plutonium herstellen kann. Offensichtlich war diese Methode zu kompliziert und zu teuer. (vgl. SPIEGEL Nr. 46/1986, S. 82-90
25. Ein holländisches Gericht verurteilte ihn in Abwesenheit zu 4 Jahren Haft. Das Urteil wurde allerdings aus formalen Gründen wieder aufgehoben.
26. vgl. Koch 1986: Nur Leichtwasserreaktoren benötigen angereichertes Uran
27. BT Drucksache 10/3685 v. 29-7-85, S. 5
28. HB v. 14-7-86
29. Nach der sowjetischen Intervention 1979 in Afghanistan und dem Sturz des Schahs im Iran fiel Pakistan eine strategische Schlüsselrolle für die USA zu. Ein Trumpf, den Zia zugunsten seiner Bombenpläne ausspielte.

**Literaturliste**

**Arbeitskreis Physik und Rüstung (Hg.):** (1983) Die Bundesrepublik als heimlicher Waffenexporteur. Eine Dokumentation über die raketentechnologische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Brasilien, Berlin 1983

**antimilitarismus information (ami):** Deidesheimstr. 3/1, 1000 Berlin 33, Tel.: 030/8212526, Monatliche Zeitschrift im 16. Jahrgang. Jahresabo 32,25 DM

**BUKO — Rundbrief und Rüstungsexportinfo:** hrsg. v. BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/326045, Abo: 25 DM/Jahr

**Braun, Dieter/Ziem, Karl-Ernst:** (1985). die Nuklearpolitik Pakistans. Hintergrund, aktueller Befund, Perspektiven; hrsg. v. Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen b. München 1985

**Kampagneninfo des Koordinationskreises der christlichen Kampagne „Produzieren für das Leben"**, c/o Richard Ackva, Privasstr. 1, 6290 Weilburg, Tel. 06471/39440, Abo: 12,50 DM für 5 Nummern/Jahr

**Koch, Egmont R.:** (1986) Ein Bombengeschäft — Atomhilfe für Indien und Pakistan, WDR/ARD v. 3-11-86 als Video zu bestellen gegen 10 DM Leihgebühr bei BUKO Bremen, 45 Min., VHS

**Pohl, Reinhard:** Atomexport — Will die BRD die Bombe? in: BRD und ‚Dritte Welt', Band 19, Kontakt: Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel, Preis: 4 DM

**Seeger, Stefan:** (1985) Beitrag zu Brasilien in: Rudert/Schichl/Seeger, Atomraketen als Entwicklungshilfe, hrsg. v. Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden Nr. 5. Münster 1985

**Spector, Leonard S.:** (1985) Non-Proliferation — the Reagan Record, in: Arms Control Today (USA), Jg. 15, Heft 1, S. 2-13

**Stahl, Karin:** (1984) Internationale Nuklearpolitik als Nord-Süd-Problem in: Eisenbart, Constanze (Hg.), Kernenergie und Dritte Welt, Texte und Materialien der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Reihe A, Nr. 18, S. 63-120, Heidelberg 1984

**WISE News Communiqe:** World Information Service on Energy, Kontakt: WISE Amserdam, P.O. Box 5627, 1007 AP Amsterdam The Netherlands



# Die Bombe im Keller

**Der Fall Vanunu könnte aus einem mittelmäßigen Spionagethriller stammen: Ein ehemaliger Atomtechniker des Geheimprojekts ‚Plutonium aus Dimona' packt gegen gutes Geld in einer britische Boulevardzeitung aus. Der israelische Geheimdienst antwortet mit einer mysteriösen Entführungsaktion, die den Verräter Vanunu in den Hochsicherheitstrakt von Jerusalem gelangen läßt. Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß Israel schon lange Atomwaffen besitzt!**

Selten erregt eine beschriebene Handfläche soviel Aufsehen. Ein Blitzlichtgewitter brach los, als der scharf bewachte Mordechai Vanunu auf dem Weg zu einer Vorverhandlung die Hand zückte. Trotz Zensur und Nachrichtensperre gelangten die Umstände seiner Entführung in die Medien. Am 30. September 1986 entführten — so die „Handflächennotizen" — israelische Geheimdienstagenten Vanunu in Rom. Am 28. Dezember saß er bereits auf der Anklagebank in Jerusalem. Wegen Hochverrats und Unterstützung des Feindes in Kriegszeiten erwartet Vanunu lebenslange Haft, oder gar ein Todesurteil, wenn die Richter ihn schuldig sprechen.[1]

Was soll dieses Spektakel? Einerseits munkeln Insider bereits, daß hier einem Geheimdienstmann ein Schauprozeß gemacht werden soll, um an Israels nukleare Fähigkeiten zu erinnern.[2] Sozusagen das eigenwillige Pendant zu Brasiliens offizieller Erklärung, es sei in der Lage Atomwaffen zu bauen. Mit dem feinen Unterschied, daß Israel bereits 100 Atombomben incl. Trägerwaffen besitzt. Oder handelt es sich doch um eine ungebetene Veröffentlichung bisher verschleierter Tatsachen?

## Was enthüllte Vanunu?

Atomtechniker Vanunu, der bis 1985 neun Jahre lang im Atomforschungszentrum Dimona (s. Karte) arbeitete, überzeugte die Fachwelt mit seinen schlüssigen Aussagen und 60 Farbfotos.[3]

Seit 20 Jahren besitzt Israel eine Wiederaufarbeitungsanlage, die bis zu 25 Meter tief in die Erde gebaut wurde. In dem als Textilfabrik getarnten Gebäude — „Machon 2" getauft — isolierten israelische Experten waffenfähiges Plutonium aus den abgebrannten Brennstäben des KKW's Dimona. Die WAA befindet sich in unmittelbarer Nähe des Schwerwasserreaktors in der Wüste Negev. Westliche Fachleute streiten jetzt lediglich noch über die Menge Plutonium, die „Machon 2" produzierte und produziert.

Das 1963/64 in Dimona angelaufene 25 MW Kernkraftwerk soll auf 150 MW ausgebaut worden sein. Eine Leistung, die einen Natururan-Schwerwasserreaktor rund 40 kg Plutonium produzieren läßt. Unterstellt man störungsfreien Betrieb, so reicht diese Plutoniummenge für 5 Atombomben.[4] Hinweis: Ein Blick auf das Schaubild erleichtert das Verständnis des Zusammenhanges KKW — Plutonium — WAA — waffenfähiges Plutonium — Atombombe!

Nach Aussage Vanunus produziert Israel in Dimona auch Lithium, Tritium und Deuterium — die Grundstoffe der Wasserstoffbombe. Allerdings sind enorme technische Schwierigkeiten mit der sog. H-Bombe verbunden, so daß man sich für eine Zwischenform — die ‚geboostete Atombombe' entschied. Sie zeichnet sich durch gewaltige Sprengkraft aus.[5] Aus der „Booster-Bombe" wiederum läßt sich relativ leicht eine Neutronenbombe entwickeln.

## Atommacht seit Ende der 60er Jahre

Geschäftstüchtige Franzosen und wohlgesinnte Politiker in Paris verhalfen Israel zu Atombomben. Der US-amerikanische Präsident Johnson ließ 1968 die Phantom F 4 liefern; ein Kampfflugzeug, das als Atombombenträgerwaffe vorzüglich geeignet ist. Seit spätestens Ende der 60er Jahre darf man demgemäß davon ausgehen: Israel ist die 6. Atommacht![6]

Es darf also nicht verblüffen, daß Ministerpräsident David Ben-Gurion (bis 1953 und 1955-63) bereits 1948 die Phosphat-/Uranvorkommen in der Wüste Negev erforschen ließ. 1949 nahm man am Weizmann Institut nukleare Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf. Mit Hilfe eines selbst erfundenen Verfahrens, Uran von Phosphat zu trennen, konnte man schon Anfang der 50er Jahre eigene Uranvorkommen nutzen (s. Karte).[7] Fehlte nur noch ein entsprechender Reaktor. Das mußte ein Schwerwasserreaktor sein, der auf Natururan-Basis funktioniert. Ein Leichtwasserreaktor, der mit angereichertem Uran arbeitet, half da nicht auf die eigenen Beine. Deshalb trug der von den USA 1955 gelieferte und 1960 in Betrieb genommene 5 MW Forschungsreaktor nicht zum militärischen Atomprogramm bei. Lediglich der Ausbildung israelischer Kernphysiker kam er zugute. Doch dürfte die großzügige Ausbildungshilfe im Mutterland der Atombombe — den USA — die Israelis tiefere Einblicke in die ‚friedliche' Anwendung der Kernenergie erlaubt haben. Andererseits erwies sich eine angehende Atommacht in Europa bald als interessanterer Partner: Frankreich!

## Französisch-israelische Kooperation

Uran- und Schwerwasserproduktion umfaßte eine 1953 ausgehandelte Vereinbarung zwischen den beiden Staaten, die — 4 Jahre später — in einem Geheimabkommen wesentlich ausgebaut wurde. Man einigte sich auf vier Punkte:

1. Die Lieferung eines 24-25 MW Natururan-Schwerwasserreaktors, der 1963/64 in Dimona auch tatsächlich ans Netz ging. Diese Kapazität bringt einen Plutonium-Output mit sich, der den Bau von 1-2 Atombomben pro Jahr erlaubt. Und: Das ist der Reaktortyp, den Israel suchte!

2. Blaupausen für eine WAA sollten den Weg nach Israel finden. Bis zum Bau einer eigenen WAA durfte Israel anfallendes Plutonium in Frankreich aufarbeiten lassen. Ob das tatsächlich geschah, ist ungewiß. Doch offensichtlich reichten die Blaupausen — gekoppelt mit wissenschaftlicher Hilfe — zum Bau einer WAA aus. Nach Aussage Vanunus startete die Wiederaufarbeitung wenige Jahre nach Inbetriebnahme des Reaktor — vor gut 20 Jahren!

3. Hilfe bei der Entwicklung einer 260 Meilen Boden-Boden-Rakete mit dem vielsagenden Namen ‚Jericho', die Nuklearsprengköpfe tragen kann. Beweise fehlen.

4. Ebenso ungesichert ist, ob israelische Kernphysiker bei Frankreichs ersten Atomtest am 13. 2. 1960 in der Sahara anwesend sein durften.

## Schlüsseljahr 1960

Im Jahr des ersten französischen Atomtests überschlugen sich die Ereignisse. Ein Spionageflugzeug der USA entdeckte den im Bau befindlichen Reaktor in Dimona. bis dahin gelang es den französisch-israelischen Vertragspartnern ihr Geheimprojekt erfolgreich vor der Weltöffentlichkeit zu kaschieren.[8]

Diese „Dunkelkammer-Politik" wirkte wie ein Schlag in das Gesicht der Atommacht USA, die — im Rahmen ihres Programms ‚Atoms for Peace' — just im gleichen Jahr einen 5 MW-Forschungsreaktor in Israel fertigstellte. Und nun bastelten Israel und Frankreich an einem viel größeren Reaktor. Massiver US-Druck gegen die beiden Geschäftsfreunde bewirkte immerhin, daß David Ben-Gurion am 21. 12. 1960 vor dem israelischen Parlament eine Weihnachtsüberraschung ausbreiten mußte: Dimona existiere, das Nuklearprogramm sei allerdings nur für friedliche Zwecke gedacht, ließ er wissen. Zuvor machte auch Staatspräsident de Gaulle weitere Uranlieferungen von der Veröffentlichung der israelischen Nuklearpläne abhängig.[9] Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Hinweis in de Gaulles Memoiren, wo er das Jahr 1960 als Schlußpunkt einer französisch-israelischen Kooperation im Bereich der Wiederaufarbeitung bezeichnete. Die Memoiren stammen aus dem Jahr 1971-[10]

Ben-Gurions Proklamation löste innenpolitisch ein mittleres Gewitter aus. Denn es bestand durchaus kein nationaler Konsens über eine eventuelle nukleare Verteidigung des Staates. Sechs von sieben Mitgliedern der 1952 gegründeten Atomenergiekommission traten unter Protest zurück. Einer verblieb: Dr. Ernst Bergmann, der Vorsitzende der Kommission.

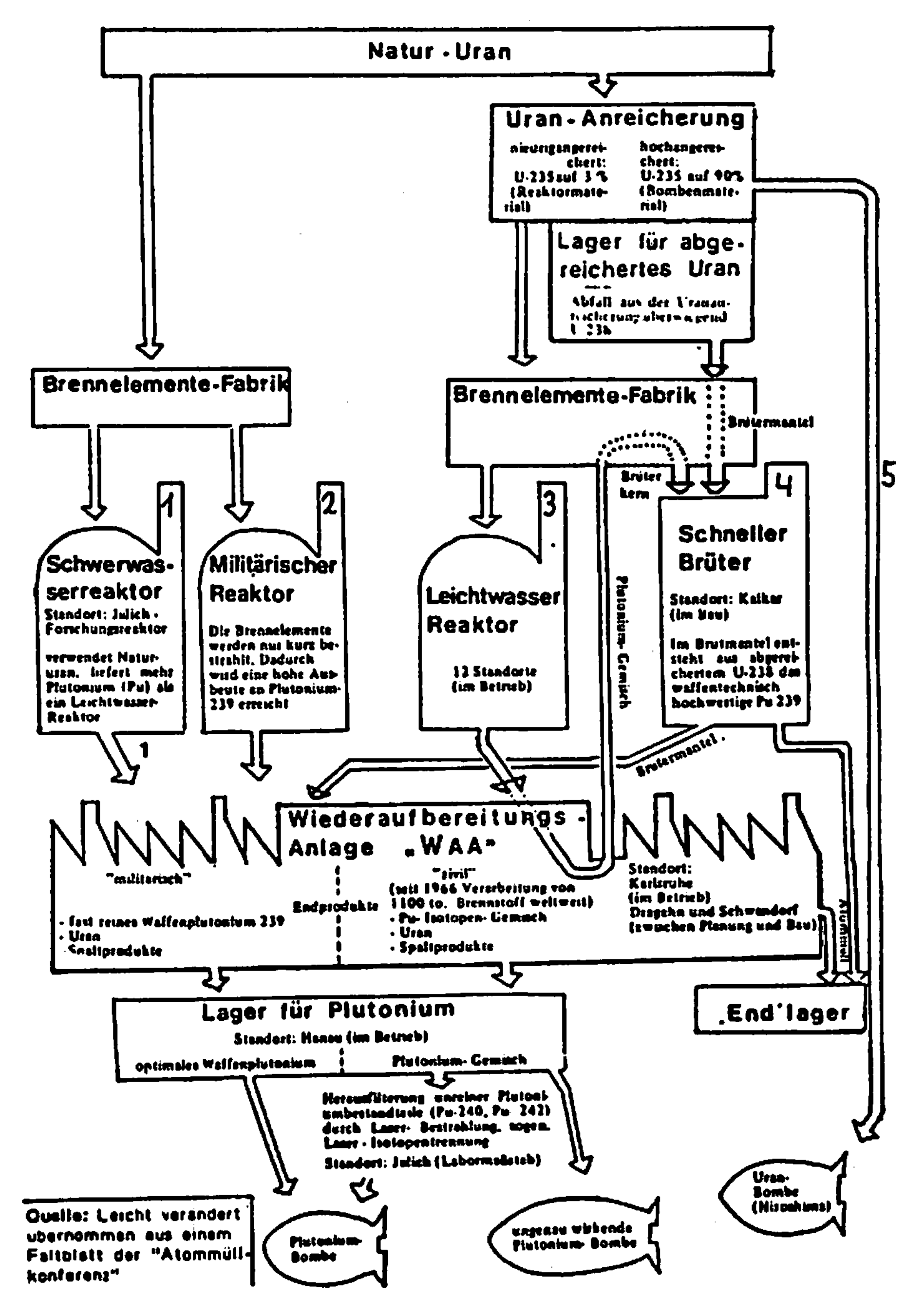
## Das Nuklearquartett

Bergmann, ein beschlagener Kernenergieexperte und Zögling des Ministerpräsidenden Ben-Gurion, tüftelte zusammen mit dem damaligen Staatsekretär im Verteidigungsministerium — Shimon Peres[11] — an Israels Nuklearprogramm. Ben Gurion selbst war der politische Motor. Der vierte Mann im Quartett hieß Moshe Dayan, damals General und später Verteidigungsminister. Ihr gemeinsames Ziel: Israel braucht Atomwaffen, um der arabischen Bedrohung zu begegnen.

Als Bergmann 1966 unter dem Ben-Gurion Widersacher Levi Eshkol (Ministerpräsident von 1963-1969) seinen Posten verlor, saß Dayan bereits als Verteidigungsminister fest im Sattel. Angesichts des Sechs-Tage-Krieges von 1967 brachte er die Theorie der ‚Bombe im Keller' ins Spiel. Atombomben sollten demgemäß arabische Aggressoren von der existentiellen Bedrohung Israels abschrecken.

## Geklautes Uran

Es läßt sich nicht genau verifizieren, ob es überhaupt eine maßgebliche Gruppe von ‚Atompazifisten' gab, die dem Nuklearquartett ernsthafte Probleme bereiten konnte. Jedenfalls existierte ein beträchtliches Hindernis in den 60-er Jahren. Die




Quelle: Leicht verändert übernommen aus einem Faltblatt der "Atommüllkonferenz"

USA hatten bei Levi Eshkol durchgesetzt, Inspektionen in Dimona durchführen zu dürfen. Diese Kontrollbesuche endeten übrigens prompt nach Eshkols Abtritt 1969. Dennoch muß es damals gelungen sein, so berichtete Vanunu, die Inspektoren hinters Licht zu führen. Denn sie stellten niemals irgendwelche Aktivitäten in puncto Wiederaufarbeitung fest. Obwohl Israel bereits heimlich einige Plutoniumbomben produzierte.




Parallel dazu lief der bestens organisierte Diebstahl angereicherten Urans im großen Maßstab. Über den jüdischen Chef der US-Firma *NUMEC* (= Nuclear Materials and Equipment Corporation) gelangten zwischen 1962 und 1965 ca. 100 kg des waffenfähigen Urans nach Israel. Genug für 10 Uranbomben.[12] Adams geht davon aus, daß Israels erste Bombe eine Uranbombe war.[13] Der damalige CIA-Direktor Helms soll bereits 1964 von sog. ‚loft and toss' Übungen israelischer A-4 Düsenjäger berichtet haben: Dabei handelt es sich um typische Flugmanöver, die bei Atombombenabwürfen geflogen werden.[14]

Der Sechs-Tage-Krieg von 1967 zog ein internationales Waffenembargo gegen Israel nach sich. Französische Uranlieferungen stockten. Die Atommächte USA, UdSSR und Großbritannien verhandelten intensiv über einen Vertrag, der die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern sollte. Grund genug, auf eigene Faust Uranvorräte anzulegen. So entstand die Idee, über Mittelsmänner 200 Tonnen konzentriertes Uran[15] in Belgien zu kaufen. Über die deutsche Asmara Chemie (Wiesbaden) ließ man in Brüssel bei der französischen SGM[16] bestellen. Mit der Begründung, man benötige diese gewaltige Menge Uran als Katalysator in einem chemischen Produktionsprozeß, veranlaßte Asmara die Verschiffung zu einer italienischen Tochterunternehmung. Sie sollte das Uran entsprechend aufbereiten. Die französische SGM — gutgläubig und geschäftstüchtig — ging auf den Deal ein.

Am 17. November 1968 stach die ‚Scheersberg A' in See — beladen mit 200 Tonnen Uran, Zielhafen Genua, tatsächlicher Bestimmungsort Dimona! Die europäische Atombehörde EURATOM suchte 7 Wochen vergebens nach der 3,7 Millionen Dollar Lieferung. Erst 1977 kam die Affaire im vollem Umfang ans Tageslicht. Gerichtlich belangen ließ sich niemand, da die heiße Fracht bezahlt war.[17]

Entschlossen trat Levi Eshkol am 18. Mai 1966 vor die Knesset, um Klarheit zu schaffen:

**»Ich habe es bereits früher gesagt und ich wiederhole es hier, daß Israel keine Kernwaffen besitzt und, daß Israel sie nicht als erstes Land in diese Region einbringen wird.«**[18]

Noch unter seiner Ägide als Ministerpräsident stimmte Israel 1968 für die UN Resolution, die den Text des Atomwaffensperrvertrages unterstützte. Den Vertrag selbst unterzeichnete Israel freilich bis heute nicht.[19] Stattdessen soll Eshkols Nachfolgerin Golda Meir dem US-Präsidenten Nixon während eines Staatsbesuchs in Washington 1969 eröffnet haben, daß ihr Land Atombomben besäße. Noch im selben Jahr erklärte sie öffentlich das Gegenteil. Ein gewolltes Verwirrspiel! Dabei hätte sie eigentlich zugeben können, daß Israel auch über Trägerwaffen verfügt. Denn Nixon Vorgänger Johnson ließ im Oktober 1968 freundlicherweise moderne F-4 Phantom Kampfflugzeuge exportieren, obwohl der Kongreß erhebliche Bedenken anmeldete.

## Jom-Kippur-Krieg 1973

Das amerikanische Nachrichtenmagazin ‚Time' offenbarte der ungläubigen Weltöffentlichkeit am 12. April 1976, was die erste Atommacht der Dritten Welt im Jom-Koppur-Krieg mit der erworbenen Nuklearkapazität anzufangen gedachte. Am 8. Oktober 1973 stand Israel kurz vor einer militärischen Niederlage, nachdem die arabischen Nachbarn überraschend angegriffen hatten. Verteidigungsminister Moshe Dayan erklärte Ministerpräsidentin Golda Meir die Lage. Vier Stunden später standen die Phantom F-4 Kampfflugzeuge mit 13 Atombomben einsatzbereit am Flughafen.

Doch innerhalb dieser Zeitspanne wendete sich das Blatt. Die israelischen Streitkräfte gewannen die Oberhand. Die Atombomben wanderten unbenutzt in ihre unterirdischen Bunker zurück. Aber damit nicht genug. Am 13. Oktober, 5 Tage nach dem Vorfall, reagierten die Sowjets auf die alarmierenden Beobachtungen ihres Satelliten COSMOS. Atombomben wurden verladen und in Richtung Ägypten geschickt, wo sie auf SCUD Raketen einsatzfähig gewesen wären. Nixon reagierte mit der Erhöhung der Alarmbereitschaft der gesamten US-Streitkräfte, was Moskau wiederum nicht entging. Zu einer weiteren Eskalation kam es nicht, da die UdSSR ihre Schiffe umkehren ließ. Im Unterschied zur Cuba Krise 1962 erfuhr die Weltöffentlichkeit nichts. Der Time-Bericht blieb auch offiziell unbestätigt.

Seit dem Beinahe-Weltkrieg 1973 wurde es eher ruhig um Israels Nuklearprogramm. Spektakuläre Ereignisse wichen widersprüchlichen Äußerungen israelischer Spitzenpolitiker. Ephraim Katzir, der damalige Präsident, meinte 1974: „Es war stets unsere Absicht, über das Potential für eine Kernwaffenentwicklung zu verfügen. Jetzt haben wir das Potential."[20] Tags darauf kam die Abschwächung der Aussage.

1981 meldete sich Ex-Verteidigungsminister Dayan nochmals zu Wort. Israel

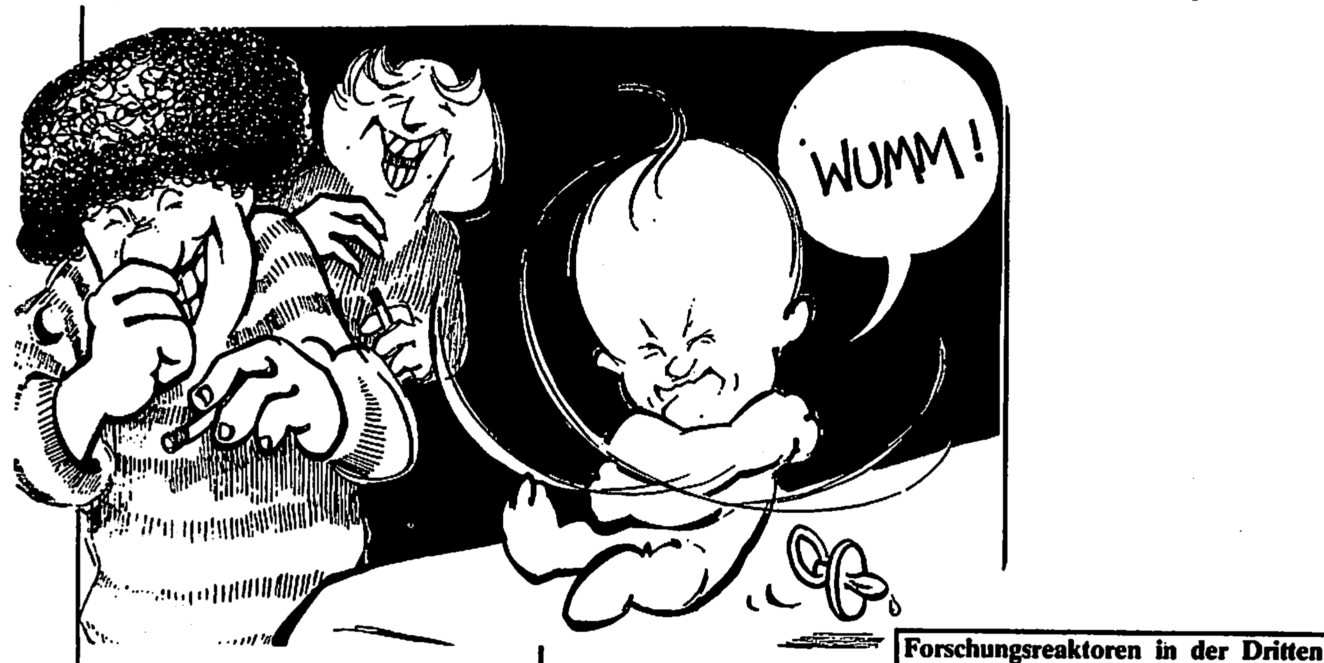



braucht keine fernen Kriege

Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik Deutschland – kritisch betrachtet

*Grafik: Birgit Szuba/Michael Kessler (Tübingen)*

könne innerhalb kurzer Zeit Kernwaffen produzieren, gab er bekannt.[21] 1984 kündigte man an, ein 250 MW Natururan-Schwerwasserreaktor — Spitzname ISDU — solle gebaut werden. Eine Reaktorgröße, die Plutonium für 6-10 Bomben pro Jahr abwerfen würde. Mit diesem Vorhaben stieß Israel international auf taube Ohren. Das heißt: nun ist Eigenbau gefragt. Und das geschah im militärischen Bereich, so Vanunu, schon etliche Jahre.




## Peres-Besuch in Marokko

In diesem Zusammenhang darf man getrost die Friedensoffensive in Marokko sehen. Kleine Randbemerkung: Vanunu ist gebürtiger Marokkaner. Im Juli 1986 besuchte der damalige Ministerpräsident, Peres, den marokkanischen König Hassan.[22] 14 Tage später flogen 11 israelische Offiziere und Abwehrspezialisten ein, um Marokkos Armee im Kampf gegen die Befreiungbewegung POLISARIO zu beraten.[23]

Militärhilfe scheint also kein Tabu zwischen den ehemals verfeindeten Ländern zu sein. Was hat Marokko anzubieten? Immerhin die größten Phosphatreserven der Welt, die aber zum großen Teil im von der POLISARIO kontrollierten Gebiet lagern. Und es sei daran erinnert: Aus Phosphat läßt sich Uran gewinnen; eine entsprechende Fabrik steht seit langer Zeit in Israel.

Will man das ISDU-Projekt durchziehen, benötigt man mittelfristig wesentlich mehr Uran als im eigenen Land vorhanden ist. So erscheint es nicht völlig abwegig, an ein Kompensationsgeschäft Militärhilfe gegen Phosphat zu denken. Darüberhinaus interessiert sich auch Marokko für Nukleartechnik. Ein Forschungsreaktor aus den USA befindet sich sein 1980 in Bau und soll einmal 20 % angereichertes Uran liefern.[24] Mit anderen Worten: Neben militärischen know how kann Israel auch nukleares know how an den Mann bringen. Und in dieser Art von Geschäften besitzt es einschlägige Erfahrungen.

## Hilfe unter Freunden: Israel und Südafrika

Nachdem Dr. Ernst Bergmann 1966 die israelische Atomenergiebehörde verlassen mußte, soll er sich öfters in Südafrika aufgehalten haben. Zum Beispiel im September 1968, wo er sich für den Wissenschaftleraustausch zwischen den beiden Staaten stark machte. Atomtechniker Vanunu bestätigte, daß südafrikanische Wissenschaftler in Dimona ein und aus gingen.[25]

Im Gegenzug half Südafrika als führender Uranexporteur der Welt[26] den bedürftigen Israelis immer wieder mal aus. Spätestens ab 1969 — nach Beendigung der US-Inspektionen — baute man Dimona zu einem 150 MW Reaktor aus, was natürlich auch einen größeren Uranbedarf nach sich zog. Aber nicht nur in diesem Fall konnten die Buren den Freunden im engen Nahen Osten unter die Armen greifen. 1977 hatte Südafrika — nicht zuletzt dank bundesdeutscher Hilfe[27] — soviel angereichertes Uran produziert, daß ein Atomtest vorbereitet werden konnte. Ob nun ein gemeinsam entwickelter Sprengsatz gezündet werden sollte, oder israelische Wissenschaftler den südafrikaner lediglich Hilfestellung leisteten, blieb im unklaren.[28] Es kam auch gar nicht so weit. US-amerikanische und sowjetische Satelliten entdeckten das Gelände in der Kalahari-Wüste. Über Frankreich übte man erfolgreich Druck aus. Frankreich baute nämlich den Südafrikanern einen Leichtwasserreaktor, der erst 1984 ans Netz ging. Mit diesem Faustpfand „überzeugte“ Giscards Crew die sturen Buren, den Atomtest abzublasen. Das Testgelände wurde angeblich trotz allem fertiggebaut.

Zwei Jahre später nutzten südafrikanische Techniker den Status quo in der Sat-

**Forschungsreaktoren in der Dritten Welt (1985)**

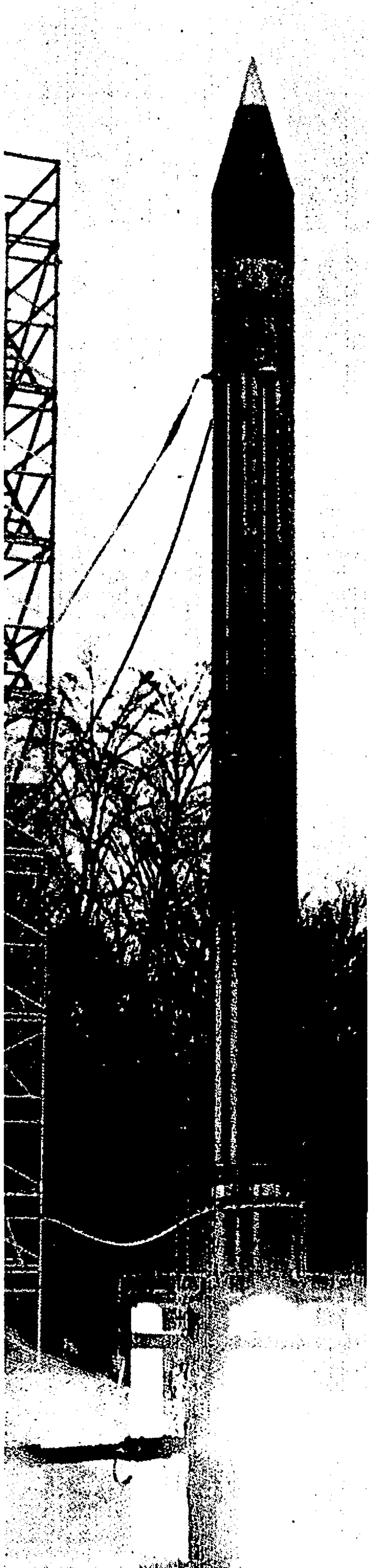
| Land | In Operation | Im Bau | Geplant |
|---|---|---|---|
| Ägypten | 1 | | 1 |
| Algerien | | | 1 |
| Argentinien | 6 | | |
| Bangladesh | | 1 | |
| Brasilien | 3 | | |
| Chile | 2 | | |
| China | 6 | 1 | 1 |
| Ecuador | | | 1 |
| Ghana | | | 1 |
| Indien | 7 | | |
| Indonesien | 2 | 1 | |
| Iran | 1 | | |
| Irak | 2 | | |
| Israel | 2 | | |
| Jamaica | 1 | | |
| Kolumbien | 1 | | 1 |
| Korea Dem. VR | 1 | | |
| Korea, Rep. | 3 | | |
| Libyen | 1 | | |
| Madagaskar | | | 1 |
| Malaysia | 1 | | |
| Marokko | | 1 | |
| Mexiko | 3 | | |
| Nigeria | | | 2 |
| Pakistan | 1 | | |
| Peru | 1 | 1 | |
| Philippinen | 1 | | |
| Sri Lanka | | | 1 |
| Syrien | | | 1 |
| Taiwan | 6 | | 2 |
| Thailand | 1 | | |
| Türkei | 2 | | |
| Uruguay | 1 | | 1 |
| Venezuela | 1 | | |
| Vietnam | 1 | | |
| Zaïre | 1 | | |

telitentechnik sowie in der Seismographie aus. Denn heute wäre es kein Problem mehr, auch kleine Sprengsätze überall auf der Welt zu verifizieren, sprich eindeutig nachzuweisen. Vor über 7 Jahren reichte es dafür noch nicht. Als am 22. 9. 1979 der US-Satelit Vela einen für eine Kernexplosion charakteristischen Doppelblitz über der Antarktis registrierte, entbrannte ein Expertenstreit. Ergebnis: Es konnte kein 100 %iger Beweis erbracht werden. Unklar blieb außerdem, ob es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen Israel-Südafrika handelte.

Nach einem Geheimpapier der US-Regierung von 1985 besitzt Südafrika auch ein Flugzeug, daß Atombomben über größere Entfernung transportieren kann.[29] Damit verfügt das Apartheid-Regime über mindestens zwei Trägersysteme. Panzerhaubitzen des Typs G 6 Rhino können auch taktische Nuklearsprengköpfe verschießen. Der deutsche Rüstungsproduzent Rheinmetall lieferte dazu illegal eine Munitionsfüllanlage, ohne die dieses Artilleriesystem nicht funktionsfähig wäre. Im letzten Jahr kam es in diesem Fall zu Schuldsprüchen gegen die angeklagten Manager: Bewährungsstrafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren sowie Geldstrafen zwischen 3000 DM und 25.000 DM waren dem Gericht die Unterstützung der Atommacht Südafrikas „wert".[30]

Inwieweit Israel, das wie Südafrika den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat, bei den Trägersystemen die Finger im Spiel hatte, bleibt offen. Eines jedenfalls ist sicher: Atomwaffen werden ihren Weg um den Globus gehen. An einer Nichtweiterverbreitung dieser Massenvernichtungsmittel besteht offensichtlich kein ausreichendes Interesse.

**Alexander Spermann (as)**



**Anmerkungen:**

1. FAZ v. 29-12-86 u. Le Monde v. 24-12-86
2. SZ v. 11-11-86
3. DIE ZEIT v. 10-10-86
4. Im folgenden wird von dem konservativen, aber vielleicht realistischeren Plutonium-Bomben-Verhältnis von 8 kg Plutonium pro Bombe umgangen (nicht: 4 kg/Bombe, wie es beispielsweise der STERN praktiziert); vgl. Spector 1984, S. 377, Anm. 62
5. Zum technischen Prinzip: Eine hohle Plutoniumkugel wird mit Lithiumdeuterid und Tritium gefüllt. Das Plutonium wirkt als Zünder und setzt die nukleare Fusion dieser Atom-Brennstoffe in Gang; vg. STERN v. 9-10-86, S. 202
6. Die weiteren großen Fünf sind: Die Mitglieder des Atomwaffensperrvertrages USA, UdSSR, Großbritannien und die Nicht-Mitglieder Frankreich (Atommacht seit 1960) sowie China (Atommacht seit 1964). Indien (Atomtest 1974) soll kein Atomwaffenarsenal besitzen, aber jederzeit in der Lage sein, ein solches aufzubauen.
7. Bei der Phosphatgewinnung fällt sog. Yellow cake (s. Anm. 15) als Abfallprodukt an. Es bedarf aber eines besonderen, relativ aufwendigen Verfahrens, um daraus rentables Uran herzustellen. vgl. Spector 1984, S. 147
8. Adams behauptet, daß bereits ein Jahr nach Baubeginn — im März 1958 — ein erster, erfolgreicher Spionageflug stattfand. Vgl. Adams 1984, S. 147
9. Zum Start eines KKW's benötigt man eine größere Menge Uran, die Israel damals nicht alleine aufbringen konnte. Importiert wurde auch aus Südafrika. Schwerwasser kommt bis heute aus Norwegen! Vgl. NZZ v. 14-11-86
10. vgl. Spector 1984, S. 370, Anm. 6
11. Peres war bis Mitte 1986 israelischer Ministerpräsident und tauschte dann — gemäß einer Koalitionsvereinbarung — das Amt mit Außenminister Shamir vom konservativen Likud-Block
12. Urandiebstähle sind im übrigen nichts ungewöhnliches: In der US-Atombombenfabrik Oak Ridge (Tenessee) kamen in den letzten 35 Jahren 770 KG angereichertes (?) Uran abhanden. Ausreichend für 85 Atombomben! vgl. DIE WELT v. 4-2-84
13. vgl. Adams 1984, S. 156
14. Spector 1984, S. 124
15. Es handelte sich um sog. „Yellow cake", der 80 % Uranoxid ($U_3O_8$) enthält. Daraus läßt sich angereichertes Uran bzw. Natururan herstellen.
16. SGM Société Générale des Minerais
17. SZ v. 24-5-77
18. Spector 1984, S. 123 (eigene Übersetzung)
19. epd Entwicklungspolitik Materialien VI/85, S. 45ff
20. Adams 1984, S. 164 (eigene Übersetzung)
21. Spector 1984, S. 117
22. DIE ZEIT v. 25-7-86
23. taz v. 2-12-86
24. Eisenbart 1984 (Hg.), S. 116
25. STERN v. 9-10-86, S. 203
26. vgl. blätter des iz3w, Nr. 135/86, S. 10ff
27. Weiterführende Informationen in: Cervenka/Rogers 1978 und Erwiderung — Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärischen nuklearen Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika, hrsg. v. Anti-Apartheid-Bewegung, Bonn 1979
28. Spector 1984, S. 301 u. Adams 1984, S. 181
29. antimilitarismus informationen (ami) nr. 1/87, S. 10
30. ami Nr. 6/86, S. 67

**Literaturliste:**

**ADAMS, James:** (1984) The unnutural alliance, London 1984, ISBN 0-7043-2373-7

**CERVENKA, Zdenek/Rogers, Barbara:** (1978), The Nuclear Axis, London 1978, ISBN 0-905290-01-1

**BRZOSKA, Michael/OHLSON, Thomas:** (1986), Arms production in the Third World, A SIPRI book, London und Philadelphia 1986

**EISENBART, Constanze:** (1984) Kernenergie und Dritte Welt, Texte und Materialien der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Reihe A, Nr. 18, Heidelberg 1984

**TRÄGERKREIS der Konferenz (Hg.):** (1986) Atombomben — made in Germany? Köln 1986

**VERHEUGEN, Günter:** (1986) Apartheid, Südafrika und die deutschen Interessen am Kap, Köln 1986

**SPECTOR, Leonard S.:** (1984) Nuclear Proliferation today, Cambridge, Mass. (USA) 1984, ISBN 0-88730-027-8

Zum Autor:
Spector arbeitet seit über 10 Jahren zu diesem Thema. Von 1978 bis 1980 Mitglied des Unterausschusses des US-Senats zu Energie und nuklearer Proliferation; arbeitete wesentlich am Non-proliferation Act der Carter Regierung mit. Momentan Mitarbeiter der Carnegie Stiftung für internationalen Frieden.

# Profit durch Evren und Armut

## Wie deutsche Konzerne in der Türkei Geld verdienen

**Die Republik Türkei als Militärdiktatur, als faschistischer Staat oder zumindest als Scheindemokratie — so und ähnlich werden von den Linken in der Bundesrepublik die politischen Verhältnisse in der Türkei eingeschätzt.**




*Otomarsan: Daimler-Benz-Niederlassung in Istanbul Topkapi.*

In den Publikationen der Internationalismuskomitees und der „Dritten-Welt"-Initiativen tauchen hier und da Berichte über den Schwindel mit der angeblichen Demokratisierung oder über die Unterdrückung der Kurden in Südostanatolien auf. Meistens fehlt dabei nicht der Hinweis auf die Unterstützung der Türkei durch die Bundesrepublik.

Und gerade dieser kritisch gemeinte Hinweis verschweigt das Entscheidende — selbst dann, wenn er mit Zahlen über Militär- und Wirtschaftshilfe exakt belegt ist.

Denn nicht Unterstützung, sondern ökonomische Ausbeutung und Beherrschung und letztendlich daraus entstehende politische Herrschaft sind der Kern der Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei.

Genau besehen geht es also nicht um Unterstützung einer eigenständigen Regierung, sondern um zeitweilige Zahlungen der Bundesregierungen an eine abhängige Junta, die die Aufgabe hat, die wirtschaftliche Ausplünderung der Türkei durch das westdeutsche Finanzkapital zu sichern.

### Erste Indizien

Bei MAN ruhte die Produktion seit 9 Monaten. Seit 9 Monaten standen die Arbeiter im Streik für höhere Löhne, aber auch für eine politische Änderung in dem von einer Wirtschaftskrise, von faschistischen Terrorbanden und einer korrupten Rechtsregierung geplagten Land. Bestreikt wurde da nicht MAN in Nürnberg oder Augsburg, sondern im Jahr 1980 MAN in Istanbul, eine Auslandsniederlassung, die dort LKWs und Busse für den türkischen Markt produziert.

Der Streik der türkischen MAN Arbeiter fand am 12. September ein jähes und erfolgloses Ende.

Das Militär übernahm die Macht. Zusammen mit Massenverhaftungen zehntausender Revolutionäre und Gewerkschafter war eine der ersten Maßnahmen der Junta das Verbot aller Streiks.

Die Arbeiter bei MAN mußten am 14. September die Arbeit wiederaufnehmen. Unter dem Eindruck der Panzer und Bajonette, unter dem Eindruck der Massenverhaftungen kamen sie zurück in den Betrieb. Alle, bis auf die, die nicht mehr konnten, weil sie verhaftet worden waren.

MAN machte sehr bald wieder ansehnliche Gewinne. Höchst ansehnliche sogar: Bei einem investierten Grundkapital von rund 4 Millionen DM strich die MAN-Niederlassung Istanbul von 1981 bis 1985 40 Millionen DM Reingewinn ein.[1]

MAN ist nur eines von vielen westdeutschen Unternehmen in der Türkei. Dort gibt es noch Daimler-Benz, Siemens, die AEG, Hoechst, Bayer, Mannesmann und Bosch, um die Größten zu nennen. Die deutschen Konzerne sind in der Industrie Investor Nummer 1. Im Jahr des Putsches hatten sie 20 Prozent der Auslandsinvestitionen in der Hand, doppelt soviel wie die USA.[2]

Aber selbst das ist nur ein erstes Indiz für die Abhängigkeit der Türkei vom westdeutschen Kapital. 70—80 Prozent der gesamten in der Türkei benutzten Produktionsmittel kommen aus der Bundesrepublik![3] Ohne Maschinenimporte von hier läuft nichts in der türkischen Industrie. Und nicht zuletzt: Die Türkei steht mit einem beträchtlichen Teil ihrer 20 Milliarden Dollar Auslandsschulden bei Banken und bei der Regierung der BRD in der Kreide. Mit rund 5 Milliarden Dollar an Forderungen sind sie zusammen mit den USA die Hauptgläubiger.

All diese Konzerne und Banken wurden nach dem Putsch wieder geschäftig, — umso mehr, je mehr sich die Gefängnisse füllten.

### Ein Parteikassierer setzt sich in Szene

Der Putsch setzte die idealen Rahmenbedingungen zur Erfüllung von Forderungen, die das westdeutsche Kapital schon fast zwei Jahre zuvor auf den Tisch gelegt hatte. Die deutschen Banken forderten von der 1977 pleite gegangenen Türkei die Zahlung der Zinsen und die Industriekonzerne die Stabilisierung der ökonomischen und politischen Situation.

Die Bundesregierung hatte 1979 und 1980 eine Finanzierungsorganisation der OECD-Länder organisiert, um den türkischen Staat, auch im Sinne der strategischen Bedeutung des Landes, am Leben zu erhalten. Verantwortlich im Jahr 1979 war Walther Leisler-Kiep von der CDU. Noch sechs Jahre später wird Kieps Mission im Handelsblatt gefeiert:

„Mancher mag sich noch an die Feuerwehraktion von Walther Leisler-Kiep erinnern", heißt es dort in einer Türkeibeilage am 16. April 85, „der im Frühjahr 1979 als Beauftragter der Bundesregierung die Hauptstädte der westlichen Welt bereiste, um eine internationale Hilfsaktion in Gang zu setzen, mit der die Türkei vor dem wirtschaftlichen Kollaps bewahrt werden sollte ... Unter dem Dach des Türkei-Konsortiums der OECD mußte ein Hilfspaket aus den Beiträgen möglichst vieler Industrieländer, auch Japans, zusammengestellt werden, das dem ‚kranken Mann am Bosporus' wieder auf die Beine helfen sollte. Kieps Aufgabe war nicht leicht. Es mußten hohe Beiträge zusammenkommen, denn das Loch in der türkischen Zahlungsbilanz hatte sich in den zurückliegenden Jahren rapide verschlechtert ... Das erste, was der deutsche Emissär unternahm, war, den über die Türken verärgerten IWF wieder ins Spiel zu bringen." Der IWF war deshalb ärgerlich, weil der damalige Ministerpräsident Ecevit es ablehnte, wirtschaftspolitische Diktate zu erfüllen.

Was wir draus lernen können? Unter anderem, daß ein bläßlicher deutscher Parteikassierer, denn Kiep war nichts anderes als Schatzmeister der Oppositionspartei CDU, immer noch gut genug ist, um einer Regierung in Ankara Mores zu lehren und zu erzwingen, was der IWF vergeblich versuchte.

1980 war es an der Zeit für die Türkei, ihren Part endgültig zu erfüllen. Seitdem verdient nicht nur MAN wieder glänzend: Jedes Jahr fließen rund 400 Millionen DM für Zinszahlungen an westdeutsche Banken und an die Bundesregierung. Und von wegen Türkei„hilfe" — 1986 wird die Türkei 103 Millionen DM aus Bonn bekommen. Aber der Anteil an den gesamten 400 Mio. DM Zinsen, der auf die hiesigen Regierungskassen entfällt, zuzüglich der Tilgungen an die Bundesregierung, macht 203 Mio. DM aus. Die Türkei zahlt also mehr an die Bonner Regierung, als sie erhält.[4]

## Wie ein Putsch Gewinne garantiert

Was speziell das Treiben „unserer" Konzerne in der Türkei angeht, läßt sich das unter Zuhilfenahme von etwas Investitionsrechnung betrachten. Denn woher die Profitraten der Konzerne kommen, wie diese Gewinne erzielt werden, das zeigt deutlicher als alles andere, welche Aufgaben die Diktatur in der Türkei zu erfüllen hat.



*Marschieren für die Sicherheit der Auslandskonzerne: Türkische Luftwaffensoldaten mit westdeutschen G3 bei einer Militärparade in Istanbul, 30. 8. 86*

Ungefähr zur selben Zeit, als letztes Jahr zum ersten mal seit 1980 wieder größere Protestkundgebungen in der Türkei stattfanden und anschließend hunderte von Teilnehmern verhaftet wurden, legte der Vorstand von Daimler-Benz in der Stuttgarter Hans-Martin-Schleyer-Halle seinen Jahresbericht für 1984 vor. Darin zeigte man sich, wie stets in letzter Zeit, zufrieden mit dem Geschäftsverlauf und schüttete eine Dividende über 364 Millionen DM für die Aktionäre aus. Enthalten in diesem Ergebnis sind die Gewinnüberweisungen der Daimler Beteiligung Otomarsan in Istanbul in Höhe von 13 Millionen DM.

Nicht besonders viel auf den ersten Blick. Betrachtet man die 13 Millionen allerdings unter dem Aspekt der getätigten Investitionen, sieht das schon wieder anders aus. Daimler hatte 1985 rund 23 Millionen DM in der Türkei investiert. 13 Millionen auf 23 Millionen ergeben eine Rendite von 57 Prozent! Aber auch das ist nur die halbe Wahrheit, da 1984 gerade das Otomarsan-Kapital erhöht wurde. Bis 1983 hatte Daimler dort 2 Millionen DM angelegt. Auf diese Investition erfolgten sowohl 1982 als auch 1983 Gewinnüberweisungen von 6 Millionen DM. Rendite: 300 Prozent.[5]

„Schauen Sie, wenn hier einer investiert, geht der auf Nummer sicher und macht das in einem Hochinflationsland doch nur, wenn die Investition in zwei Jahren wieder herinnen ist." So die Auskunft eines deutschen Managers über die Art und Weise, wie Investitionen kalkuliert werden.

Was nicht im Daimler-Bericht steht, ist, wie derartige Profitraten[9] mit vollen Militärgefängnissen zusammenhängen. Durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung werden die Arbeitsbedingungen ohne Einschränkung vom Kapital diktiert. Sie lauten: Neun Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche, kein Kündigungsschutz, keine Sozialversicherungen. Der Lohn für diese Arbeit ist heute nur noch die Hälfte von dem wert, was er vor dem Putsch war. Sogar die einzig zugelassene regimetreue Gewerkschaft Türkeis rechnet das vor.

Für einen ungelernten Arbeiter liegt der Lohn bei etwa 60.000 bis 70.000 Lira im Monat. Eine 2 1/2 Zimmer Wohnung in Istanbul kostet 40.000 bis 50.000 Lira. Der Preis für ein Kilo Fleisch betrug im Sommer 86 2000 Lira. Ein Anzug kostet rund 40.000 Lira. Auch für einen besser verdienenden Facharbeiter ist es unmöglich, seine Familie mit dem Lohn allein zu ernähren und zu kleiden. Der Lohn, der solche Profitraten schafft, bedeutet Arbeit nach Feierarbend, den Versuch, sich durch illegalen Kleinhandel ein paar Lira dazuzuverdienen, oder Kinderarbeit bei den Jüngsten der Familie.

Unter solchen Bedingungen arbeiten derzeit 1800 Arbeiter bei MAN, 2000 in den verschiedenen Beteiligungen von Siemens, und 900 bei der AEG. Wie schnell sich diese Zahlen ändern können, zeigt das Beispiel AEG: Im Juli 1986 wurde die Belegschaft dort von 900 auf 600 Arbeiter reduziert. Ein Drittel der Belegschaft wurde auf die Straße gesetzt, weil die AEG derzeit Absatzschwierigkeiten hat. Der fehlende Kündigungsschutz macht den Einsatz von Arbeitskräften so „flexibel" — wie das die westdeutschen Manager dort zu nennen pflegen.

Normalerweise, so denkt man, wird bei einer Investition Geld ins Land gebracht. Der deutsche Investor zahlt Devisen in die Kasse der Zentralbank ein, tauscht sie in Lira, gibt die Lira für Gebäude, Grund und Boden, Maschinen und Arbeitskräfte aus. Tatsächlich sind das von der Wirklichkeit ad absurdum geführte Schulbuchvorstellungen. Was ein deutscher Konzern einbringt ist erstens: Know how. Man läßt sich seine alten Konstruktionspläne für Lastwagen und Busse, die in der BRD so schon lange nicht mehr hergestellt werden, mit so und soviel Lira veranschlagen und hat damit schon den ersten Teil des Grundkapitals eingebracht.



*Aufschwung für die Konzerne — Kinderarbeit und Arbeitslosigkeit für das Volk*

## Profit aus Nichts

Die Serviceleistungen einer faschistischen Regierung beschränken sich nicht auf die Bereitstellung billiger Arbeitskräfte. In der Türkei bestellten die Generäle eine zivile Administration, die eine Wirtschaftspolitik nach Geschmack des Auslandskapitals zu gewährleisten hat. Turgut Özal weiß, was seine Aufgaben sind. Er hat das in seiner ehemaligen Funktion als Sprecher des türkischen Metallarbeitgeberverbandes ebenso gelernt, wie während seiner Zeit als einer der vielen Direktoren bei der Weltbank in Washington, wo ihm die Bedürfnisse des internationalen Finanzkapitals mit letzter Deutlichkeit nahegebracht wurden. Zudem ist der einstige Weltbanker eng verbunden mit den einheimischen Partnern der Auslandskonzerne. Er erhält volle Unterstützung von mächtigen Unternehmerclans, wie beispielsweise Sabancis, und bekam sowohl seinen Finanzminister als auch seinen Public Relations Manager von der Enka Holding, die wiederrum mit dem westdeutschen Baukonzern Dyckerhoff und Widmann verbunden ist.[6] Özal bietet Gewinn für Null-Investitionen an.

Der zweite Teil besteht aus Maschinen. In vielen Fällen werden alte Ausrüstungen aus den Werken der BRD, die bereits steuerlich abgeschrieben und technisch veraltet sind, statt sie zu verschrotten, in die Türkei transportiert und bilden dort den Produktionsapparat für die neue Investition. Und damit auch den zweiten Teil des Grundkapitals. Daß diese Maschinen in der Türkei noch einmal zu 100 Prozent von der Steuer abgeschrieben werden können, versteht sich.

Insgesamt liegt also ein Investitionsaufwand von annähernd Null vor, bestehend aus alten Konstruktionsplänen und alten Maschinen, mit denen hierzulande nicht mehr produziert werden könnte. Je nach Notwendigkeit legt man dann zusammen mit dem türkischen Partner noch etwas Cash drauf. Die Ausgabe von zu viel eigenem Baren wird allerdings vermieden, weil es günstiger ist, sich Finanzierungs-

mittel von der türkischen Regierung zur Verfügung stellen zu lassen.

Auslandsunternehmen erhalten staatliche Vorzugskredite zu Zinsen zwischen 30 und 50 Prozent, während türkische Bauern oder Händler 72 Prozent Jahreszins hinlegen müssen. Selbst für Devisenkredite gilt das. So bekam Daimler-Benz für den Aufbau eines neuen Werkesin Aksaray, südlich von Ankara, kursgesicherte Devisenkredite mit 30 Prozent Zinsen. Bei einer Inflation von über 50 Prozent heißt das, daß Daimler nicht nur keine Zinsen zahlt, sondern real auch noch weniger zurückzahlt, als sie erhalten.

Die Profitraten erscheinen damit noch einmal in einem anderen Licht, da die Investitionen, die solche Profite bringen, nicht annähernd das gekostet haben, was die Angaben über das Grundkapital glauben machen wollen.



## Ein Volk zahlt Tribut!

Solche Geschenke wollen finanziert sein. Während Özal ständig von der Sanierung des Haushalts spricht, werden die Auslandskonzerne mit Milliarden direkt subventioniert und werden zusätzliche Milliarden für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben, die die Investitionsmöglichkeiten in der Türkei verbessern sollen. Der zweite und in seinem Gewicht noch drückendere Brocken, der auf der Türkei lastet, sind die Zinszahlungen. Allein für 1986 waren es 1,6 Milliarden Dollar. Der direkte Service für die Konzerne und diese Zinszahlungen legen dem türkischen Volk eine moderne Form des Tributs auf. Dafür strich die Regierung 1981 und 1982 beispielsweise die Beamtengehälter zusammen.

Schwerwiegender allerdings ist, daß in jedem Haushaltsjahr an den laufenden Ausgaben und vor allem an den Zahlungen für die staatliche Industrie gestrichen wird. Was das bedeutet, zeigt das Beispiel des staatlichen Stahlwerks Iskenderun: Dort waren bis 1981 20.000 Arbeiter beschäftigt. Heute sind es nur noch 14.000 Menschen. Der Rest wurde aus Gründen der Ersparnis entlassen.[7] Damit wird das Heer der Arbeitslosen in der Türkei erweitert, das auf inzwischen 25% an der Erwerbsbevölkerung geschätzt wird.

Es gibt aber auch die direkte Form, Tribut zu erheben. Seit einiger Zeit wird die Steuerspirale wieder angezogen. Damit Steuererhöhungen auch garantiert die Armen treffen, wurden sie in Form einer Verbrauchersteuer, nämlich der Mehrwertsteuer, eingeführt. Ab 1.1.85 werden in der Türkei 10% Mehrwertsteuer erhoben. Die Mehreinnahmen werden trotz Anlaufschwierigkeiten bereits für das erste Jahr auf 3 bis 4 Milliarden DM geschätzt. Und das bedeutet auch Mehreinnahmen für die Kassen der Auslandsbanken.[8]

Daß die so errungene, mit deutschen Panzern und Gewehren abgesicherte Stabilität der Profitmaximierung auf Lob bei den Auftraggebern stößt, verwundert nicht. Der obligate Hinweis auf die Unterstützung der türkischen Diktatur durch die Bundesrepublik verschleiert. Er verschleiert, daß die politischen Verhältnisse in der Türkei genau die Verhältnisse sind, die der ökonomischen Abhängigkeit der Türkei vom Finanzkapital, und dabei in erster Linie vom deutschen Finanzkapital, entsprechen. Es ist nicht so, daß die Herren Kaske, Breitschwerdt und Herrhausen am 12. September mit der Maschinenpistole durch Ankaras Straßen gelaufen wären. Aber der Faschismus in der Türkei ist die logische Folge aus den Investitionen von Daimler-Benz, Siemens und anderer Konzerne, ebenso, wie er die logische Folge der halbjährlichen Zinsforderungen der Deutschen Bank ist. Ist es da sehr gewagt, zu behaupten, daß das nicht die Diktatur des Herrn Evren ist, sondern die Diktatur aus den Konzernzentralen in München, Frankfurt und Stuttgart?

Alle frommen Wünsche nach Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte helfen nichts. Wenn Bundespräsident Weizäcker als erstes westliches Staatsoberhaupt nach Ankara fliegt und damit die bundesdeutsche Wertschätzung für Evren und Özal dokumentiert, wenn er andererseits einige kritische Anmerkungen macht und die weitere (wieso „weitere"?) Demokratisierung anmahnt, hat das höchstens den Charakter einer Schmierenkomödie. Weizsäcker, der ehemalige Boehringer-Manager, sagt natürlich nicht, was das Problem bei der „Demokratisierung" ist. Das Großkapital hält nämlich nichts davon, sondern geht für Maximalprofit über Leichen. 1933 in Deutschland, 1980 in der Türkei und wenn es nötig sein wird, auch wieder bei uns.

Demokratie in der Türkei läuft nicht über die Zulassung einiger Parteien, die an der ökonomischen und politischen Abhängigkeit nichts ändern können und nichts ändern wollen. Demokratie läuft auch nicht über die Veranstaltung von Wahlen zu einem Parlament, das nur vor dem Hintergrund von Gewerkschaftsverboten und dem Verbot der freien politischen Betätigung existiert.

Demokratie in der Türkei hat die Enteignung des ausländischen Finanzkapitals und die Kontrolle der Produktion durch die türkischen Arbeiter und Bauern zur Vorraussetzung, damit Schluß ist mit deren Unterdrückung und der Transferierung der Reichtümer des Landes in die Kassen der Banken und Konzerne. Dieses ausländische Finanzkapital ist unser Inländisches. Hier wie da: Der Gegner ist derselbe.

**Charles Pauli** ist Diplom-Volkswirt in Regensburg, Themenschwerpunkt: Naher Osten

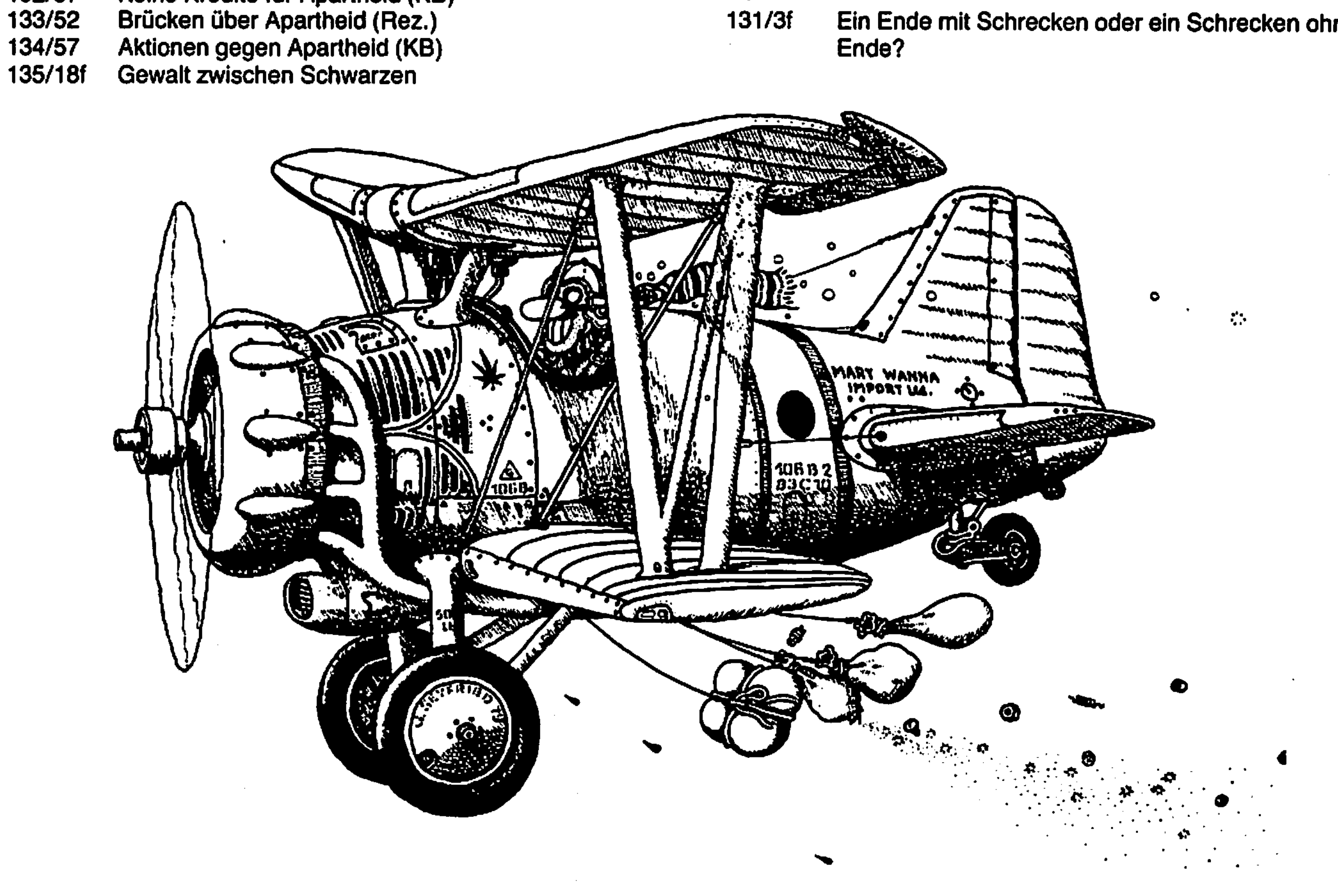
**Anmerkungen:**
1. MAN 1985 Yili Faaliyet Raporu.
2. Rainer Werle, „Modell" Türkei — Ein Land wird kaputtsaniert, S. 204.
3. Handelsblatt 8.9.86.
4. IMSF — Materialien anläßlich des Kölner Kongresses vom 31.5./1.6.86.
5. Daimler-Benz Geschäftsberichte 1983 und 1984.
6. Trade with Turkey, Rönesans, Istanbul April 1985, sowie Handelsblatt Beilage „Türkei" v. 3. 10. 84.
7. Handelsblatt 10.11.84.
8. OECD Economic Surveys „Turkey" 1985 S. 20.
9. Die hier errechneten Größen sind *nicht* identisch mit der Profitrate $p = \frac{m}{c+v}$. Sie entsprechen näherungsweise einer Rendite auf das Grundkapital oder der Eigenkapitalrendite. Ihre Höhe läßt aber den zweifelsfreien Schluß zu, daß auch die Profitraten extrem hoch sind.

blätter des iz3w

# Register der Nummern 131 - 138
## Jahrgang 1986

Das vorliegende Register gliedert sich in einen Länderteil und ein Sach- und Namensregister. Die Stichworte sind jeweils alphabetisch geordnet. Die Verweis-Ziffern setzen sich zusammen aus der Nummer der jeweiligen Ausgabe (vor dem Schrägstrich) und der jeweiligen Seitenzahl; bei mehrseitigen Artikeln über zwei oder mehrere Seiten mit dem Zusatz „f".
Im Länderteil wurden auch jene Artikel aufgenommen, die überwiegend einen Themenbezogenen Sachverhalt behandeln, allerdings nur, soweit dies am Beispiel eines bestimmten Landes dargestellt wurde.
Namen von Personen und Organisationen wurden nur dann ins Register aufgenommen, wenn sich ein Artikel wirklich ausführlich damit befaßte; Namen von Organisationen wurden dann nicht ins Register aufgenommen, wenn sich ihre Arbeit ausschließlich auf ein Land bzw. eine Region bezieht und die entsprechenden Artikel deshalb im Länderregister leicht aufzufinden sind (z.B. PLO — Palästina).
Rezensionen sind mit dem Hinweis „Rez." gekennzeichnet. Autor, Titel, Erscheinungsort und Erscheinungsjahr sind unter dem Stichwort „Rezensionen" unter der jeweiligen Nummer im Sachregister aufgeführt.
Erstmals wurden auch die Meldungen aus der Rubrik „Kurz belichtet" aufgenommen, sie sind mit dem Zusatz „KB" gekennzeichnet.

## Länderregister



MARY WANNA
IMPORT UA.

## Sach- und Namensregister

# Zahlen und verhungern




## Die sozialen Folgen der internationalen Verschuldung

Die internationale Verschuldung der Entwicklungsländer hat 1986 die gigantische Größenordnung von 1.000 Milliarden US-Dollar erreicht. Viele Länder stehen als solche am Rande des Bankrotts und sind vom politischen Zerfall bedroht. Hießen die entwicklungspolitischen Ziele in den siebziger Jahren noch Wachstum, Modernisierung und Industrialisierung, so geht es in den achtziger Jahren in einer zunehmenden Zahl von Ländern nur noch um das nackte Überleben.

Die Zuspitzung der „Dauerkrise" in den Entwicklungsländern in der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftskrise markiert das endgültige Scheitern des Modells von Entwicklung, das die Entwicklung in den meisten Entwicklungsländern in den Nachkriegsjahrzehnten bestimmt hat. Mit diesem Modell, welches auf Entwicklung durch Integration in den Weltmarkt setzte, welches an der Nachfrage, die vom Weltmarkt ausging (einschließlich der Nachfrage einer kleinen einkommensstarken Schicht in den Entwicklungsländern selbst), und nicht am Bedarf der Masse der Bevölkerung orientiert war, und welches, wurde es nicht „freiwillig" praktiziert, vielen Ländern oktroiert wurde, waren ausländische Kreditfinanzierung, Gewinntransfer und Kapitalflucht ins Ausland, Verschuldung und wachsende Einkommensungleichheit, Verarmung und Verelendung unvermeidlich verbunden.

In der Landwirtschaft ging die Steigerung der exportorientierten „traditionellen" (Kaffee-, Tee-, Baumwolle-, Bananenerzeugung etc.) und nichttraditionellen (Futtermittel-, Fleisch-, Obst- und Gemüseerzeugung etc.) Produktion, für die ein ständig wachsender Anteil an der landwirtschaftlichen Kulturfläche beansprucht wurde, und der in erheblichem Ausmaß tropischer Regenwald, Savannen und Feuchtgebiete zum Opfer gefallen sind, zu Lasten der landwirtschaftlichen Produktion für den Inlandsbedarf, die stagnierte, abnahm oder gänzlich verdrängt wurde. Die Exportorientierung war im übrigen mit einem Strukturwandel verbunden, dessen Merkmale Rückgang der klein- und mittelbäuerlichen Produktions- und Betriebsformen, Zunahme des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes und des „Agrobuisiness", kapitalintensive Produktionsmethoden und wachsende Abhängigkeit von importierten Vorleistungen und Freisetzung von Arbeitskräften waren.

Die Industrialisierungsmuster der Importsubstitutionsindustrialisierung, welche an der Nachfrage einer einkommensstarken, kaufkräftigen inländischen Minderheit orientiert war, und der Exportindustrialisierung, welche auf den Weltmarkt gerichtet ist, haben mehr oder weniger die industrielle Entwicklung in den Entwicklungsländern in den Nachkriegsjahrzehnten bestimmt. Beide Prozesse — nur scheinbar paradox auch die sogenannte Importsubstitutions industrialisierung - haben sowohl die Importabhängigkeit (zum Beispiel von Vorleistungen, Halbfabrikaten, Technologie), als auch die Abhängigkeit von Exportmärkten ansteigen lassen. Durch beide Prozesse ist traditionelle handwerkliche und kleinindustrielle Produktion verdrängt worden. Von Ausnahmen in wenigen Ländern abgesehen, haben beide Prozesse keine komplexen, integrierten, für die Versorgung der Masse der Bevölkerung geeigneten Industriestrukturen und -kapazitäten entstehen lassen. Für beide Prozesse ist jedoch ein großer Teil der inländisch verfügbaren Investitionsmittel und der im Ausland aufgenommenen Kreditmittel verbraucht worden.

**Die wirtschaftliche und soziale Lage der Entwicklungsländer hat sich — von Ausnahmen abgesehen — in der ersten Hälfte der achtziger Jahre drastisch verschlechtert:**

- **Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion für den Inlandsmarkt und -verbrauch, darunter insbesondere die Nahrungsmittelproduktion, stagniert oder ist zurückgegangen;**
- **die Investitionen sind in vielen Ländern auf das niedrigste Niveau der Nachkriegsperiode gesunken;**
- **der Subsistenzsektor, in dem ein großer Teil der Bevölkerung sein Auskommen durch Selbstversorgung sucht, ist weiter zurückgedrängt worden; in vielen Regionen ist die ländliche Subsistenzökonomie zerstört; die betroffenen Menschen sind zur Abwanderung gezwungen;**
- **die Umwelt ist weitreichend geschädigt; vielerorts übersteigen die Schädigungen das Ausmaß in den Industrieländern;**
- **die Zahl der arbeitslosen und einkommenslosen, der obdachlosen, unzureichend ernährten, hungernden und sozial ungeschützten Menschen hat zugenommen.**

Die Akteure der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung durch Integration in den Weltmarkt und entsprechend einer den Imperativen des Weltmarktes und nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung tragenden Entwicklung waren vor allem transnationale Unternehmen in Kooperation mit dem internationalen öffentlichen und privaten Bankensystem und in Kooperation mit der jeweils nationalen Bourgeoisie.

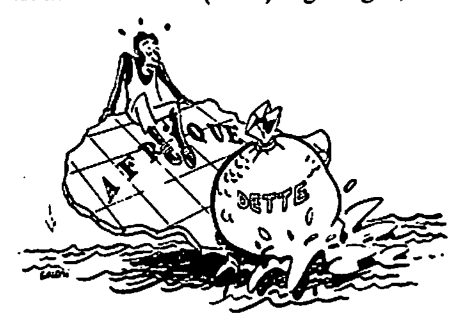
Die Export- und Importorientierung und -expansion, die in den sechziger und siebziger Jahren den Entwicklungsländern hohe Zuwachsraten der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, dem Auslandskapital hohe Profite und der Inlandsbourgeoisie hohe Provisionen und Renten bescherte (die zum großen Teil über Gewinntransfer und Kapitalflucht ins Ausland abflossen) und die für den Rest der Bevölkerung außer Versprechungen und Entbehrungen kaum etwas zu bieten hatte, hat am Ende ihres Booms den Entwicklungsländern eine weitgehend ruinierte landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion, soweit sie der Versorgung der Inlandsbevölkerung diente, eine verstärkte wirtschaftliche Abhängigkeit und eine gigantische Verschuldung hinterlassen. Die internationale Wirtschaftskrise, der Rückgang der Weltnachfrage in der Krise und der Rückgang der Nachfrage gerade auch nach Waren und Dienstleistungen, deren Produktion in Entwicklungsländern in der Boomphase expandiert worden ist, und der drastische Preisverfall scheinen das Modell der Entwicklung durch Integration endgültig ad absurdum zu führen.

## 2. Die internationale Verschuldung

Nur etwa ein Drittel der Kredite, die die Entwicklungsländer im Ausland aufgenommen haben und die zu der internationalen Verschuldung von gegenwärtig insgesamt 1.000 Milliarden US-Dollar geführt haben, sind in den Entwicklungsländern für investive Zwecke verfügbar gewesen, wie Fachleute schätzen. Ein weiteres Drittel der Kredite ist für konsumtive Zwecke — zum Teil essentielle, zum Teil parasitäre Konsumtion — und ein letztes Drittel der Kredite ist für Gewinntransfer, Kapitalflucht, Zinszahlungen und Umschuldungen verbraucht und mißbraucht worden.

Für den Schuldendienst mußten die Entwicklungsländer 1985 131 Milliarden US-Dollar, davon 72 Milliarden US-Dollar für Zinszahlungen und 59 Milliarden US-Dollar für Tilgungsleistungen, aufwenden. 1986 werden die Zinszahlungen 73 Milliarden US-Dollar und die Tilgungsleistungen 64 Milliarden US-Dollar betragen (insgesamt 137 Milliarden US-Dolar) und 1987 werden die Zinszahlungen auf 74 Milliarden US-Dollar und die Tilgungsleistungen auf 65 Milliarden US-Dollar (insgesamt 139 Milliarden US-Dollar) ansteigen.[1] Innerhalb von zehn Jahren, von 1978 bis 1987, werden die Entwicklungsländer für den Schuldendienst 1.095 Milliarden US-Dollar aufgebraucht haben, darunter allein für Zinszahlungen 583 Milliarden US-Dollar.[2]

Für Zinszahlungen und Tilgungsleistungen wird eine ständig steigende Quote des Bruttoinlandsprodukts der Entwicklungsländer verbraucht. Diese Quote ist von vier Prozent im Jahr 1980, als das Geschätzte Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer insgesamt 2.144 Milliarden US-Dollar betrug, auf sechs Prozent im Jahr 1982 angestiegen, als das Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer auf 2.054 Milliarden US-Dollar gesunken war (nicht zuletzt auch als eine Folge des Schuldendienstes).[3] Die Schuldendienstquote der Entwicklungsländer insgesamt ist auf 27 Prozent (1986) angestiegen, das




heißt 27 Prozent aller Erlöse aus dem Export von Waren und Dienstleistungen müssen für die Zahlungen von Zinsen und Schuldentilgung aufgebracht werden.[4] Einzelne Länder müssen bis zu 10 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts und bis zu 50 Prozent der jährlichen Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufbringen, was wiederum bedeutet, daß ein beträchtlicher und wachsender Anteil der öffentlichen Einnahmen dieser Verwendung zufließt. Längst sind die Entwicklungsländer insgesamt allein aufgrund des Schuldendienstes zu Nettokapitalexporteuren geworden. Dem Jahresbericht 1985 der Interamerikanischen Entwicklungsbank ist zu entnehmen, daß allein Lateinamerika in vier Jahren, von 1982 bis 1985, ein Nettokapitalabfluß von insgesamt 100 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen hatte, was den Mittelzufluß aus allen Quellen in den acht vorhergehenden Jahren übersteigt.

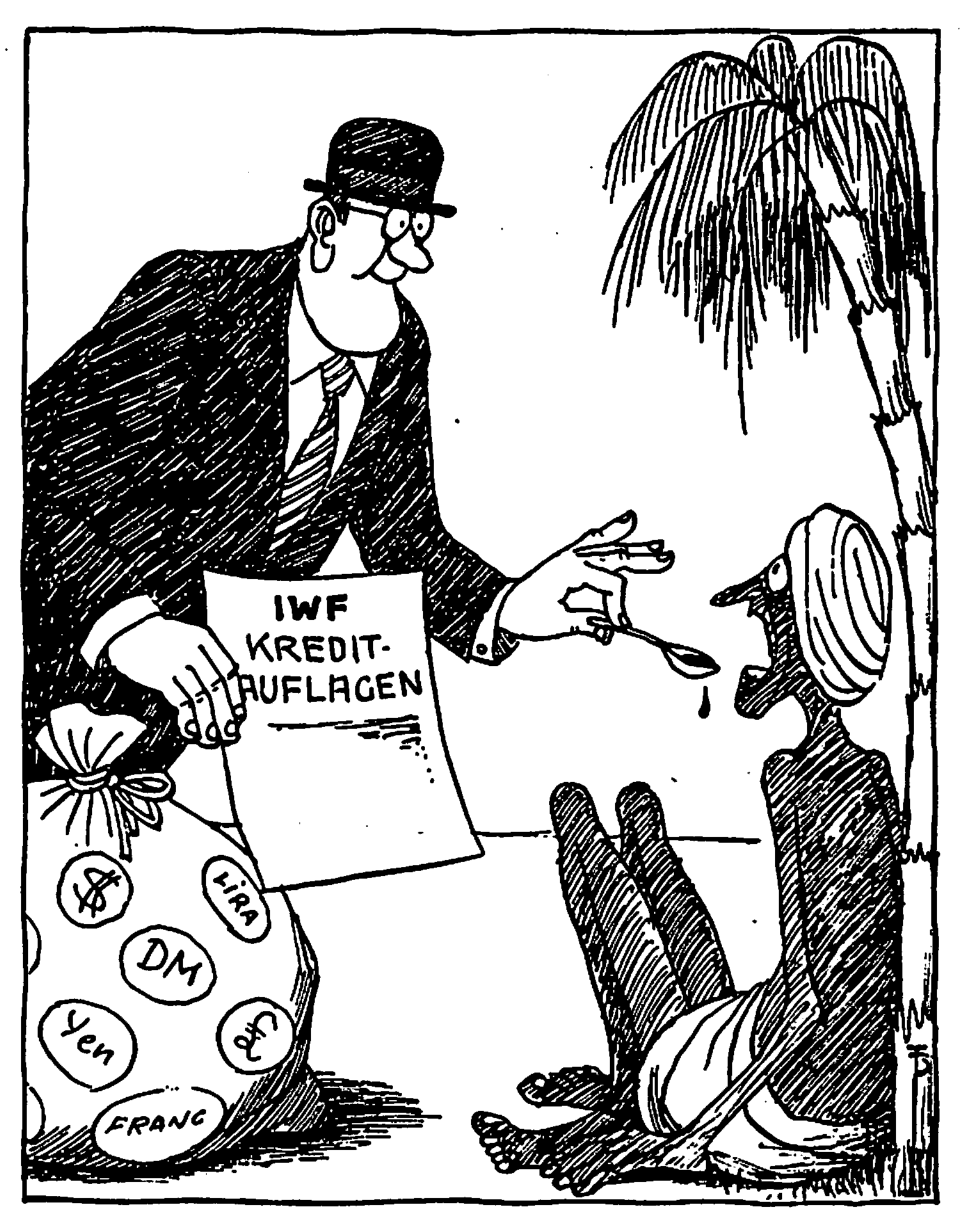
Eine große und zunehmende Zahl von Ländern ist trotz solcher immensen Transferzahlungen für den Schuldendienst nicht in der Lage, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen (die sinkende Nachfrage auf den Weltmärkten und Preisverfall haben ein ihriges dazu beigetragen). Um dann drohende Sanktonen abwenden zu können, um den Zahlungsverpflichtungen nachkommen und um ein Minimum an lebensnotwendigen Importen finanzieren zu können, sind weitere Kreditaufnahmen unvermeidlich. Von den neuen Mittelaufnahmen fließen nach Angaben der Organisation für wirtschafliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegenwärtig 80 Prozent zur Ablösung alter Kredite zurück, wobei die neuen Kredite nur zu wesentlich schlechteren Konditionen zu erhalten sind. Die internationale Verschuldung nimmt unvermeidlich zu.

## 3. Die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds

Zu Neuausleihungen und Umschuldungen ist das internationale private Bankensystem seit langem nur dann bereit, wenn sich die kreditsuchenden Länder vorher mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) über die Bedingungen für einen sogenannten Bereitstellungskredit (dessen Volumen in den meisten Fällen eher unbedeutend ist) geeinigt haben, was in der Regel heißt, daß die Länder in einer solchen Zwangssituation keine andere Wahl haben, als zu Kreuze zu kriechen und die vom IMF diktierten Bedingungen zu akzeptieren. Fast alle hochverschuldeten Entwicklungsländer und damit die Mehrheit der Entwicklungsländer haben in den vergangenen Jahren angesichts nicht erfüllter und nicht erfüllbarer Zahlungsverpflichtungen und angesichts drohender Sanktionen, die von der Behinderung von Exporten bis zur Verweigerung lebensnotwendiger Importe reichen und unmittelbar katastrophale Auswirkungen einschließlich des ökonomischen und politischen Zusammenbruchs zur Folge haben könnten, den Canossagang zum IMF angetreten. Der IMF befindet sich damit den kreditsuchenden Ländern gegenüber — im Zusammenspiel mit dem internationalen privaten Bankensystem — in einer in der Welt einzigartigen Machtposition, ohne dafür allerdings auch nur den Hauch einer demokratischen Legitimation zu besitzen.

Die Auflagen, die der IMF an die Gewährung von Bereitstellungskrediten knüpft und deren Einhaltung in Absichtserklärungen (letter of intent) der Regierungen der kreditsuchenden Länder zugesichert werden muß und mit dem Instrument der ratenweisen Kreditauszahlung oder Auszahlungsverweigerung erzwungen werden kann, sind nur allzu gut bekannt. Ungeachtet der unterschiedlichen historischen, politischen und ökonomischen Bedingungen der einzelnen kreditsuchenden Länder verlangt der IMF mit stupider Uniformität die Erfüllung eines

fast immer identischen Katalogs von Auflagen:
- Die Landeswährung ist abzuwerten;
- der Handels- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland ist zu liberalisieren;
- das inländische Kreditangebot ist einzuschränken;
- die öffenlichen Einnahmen und Ausgaben sind umzuverteilen: Subventionen zur Verbilligung von Grundnahrungsmitteln, Transportleistungen und zugunsten von sonstigen Sozialleistungen sind zu reduzieren und zu streichen; Steuersenkungen und sonstige finanzielle Anreize (und Subventionen) zugunsten von privaten Investoren sind zu gewähren;
- öffentliche Haushaltsdefizite sind zu begrenzen;
- die öffentliche Beschäftigung ist einzuschränken;
- öffentliche Unternehmen sind zu privatisieren;
- Lohnerhöhungen sind zu begrenzen oder zu verhindern;
- Preiskontrollen sind aufzuheben;
- Zahlungsrückstände beim Schuldendienst sind zu beseitigen;
- die wirtschaftliche Entwicklung ist verstärkt auf den Export von Waren und Dienstleistungen zu orientieren.




Innerhalb von fünf Jahren, von 1981, bis 1985, haben 70 Entwicklungsländer, die mit ihren Schuldendienstzahlungen in Verzug geraten waren, Umschuldungsverhandlungen mit dem IMF aufnehmen müssen. Nach Einschätzung von Buisiness International Corporation (einer weltweit tätigen Unternehmensberatungsorganisation) werden im Jahr 1987 allein zehn von 16 lateinamerikanischen Ländern zu Umschuldungen gezwungen sein werden.[11]

Wie sich die Auflagenpolitik des IMF im einzelnen auswirkt, mögen die nachstehenden Beispiele illustrieren:

1979 leitete die Regierung der Elfenbeinküste auf Druck des IMF eine Austeritätspolitik ein, die zu einer Reduzierung der öffentlichen Arbeiten um 40 Prozent führte und die Zahl der Staatsbetriebe von 36 auf sieben zurückgehen ließ.

Ghana mußte 1985 ein Anpassungsprogramm akzeptieren, das noch im gleichen Jahr dazu führte, daß in den öffentlichen Betrieben (Parastatals) 27.000 Beschäftigte entlassen wurden, und für 1986 eine Abnahme der Beschäftigung im öffentlichen Dienst um fünf Prozent, ungefähr 10.000 Beschäftigte, vorsieht.

Im September 1984 hat Marokko, um einen Bereitstellungskredit in Höhe von 320 Millionen US-Dollar zu erhalten, ein Stabilisierungsabkommen mit dem IMF geschlossen (das vierte seit 1978), welches ein drastisches Sparprogramm, einen Subventionsabbau, einen Einstellungsstop im öffentlichen Dienst, Drosselung der öffentlichen Investitionen und Steuererhöhungen vorsah.

Im Herbst 1983 mußte Sambia, welches Ende 1982 Auslandsschulden von ungefähr 4,5 Milliarden US-Dollar und „Transferrückstände" in Höhe von ungefähr 700 Millionen Kwacha (1 K ~ 1 US-Dollar) hatte, um einen Bereitstellungskredit in Höhe von 211,5 Millionen US-Dollar zu erhalten, ein Auflagenprogramm akzeptieren, das unter anderem vorschrieb, die Landeswährung um 20 Prozent abzuwerten, die Importe zu liberalisieren, Nahrungsmittelsubventionen drastisch zu kürzen, Preiskontrollen aufzuheben und eine „Lohngrenze" einzuführen.

Um die Jahreswende 1984/85 verpflichtete sich die Regierung der Philippinen, um einen Bereitstellungskredit vom IMF in Höhe von 615 Millionen Sonderziehungsrechten zu erhalten, in einem letter of intent (mittlerweile dem 18.) an den IMF zu einem Auflagenprogramm, das, wie seinerzeit die Neue Züricher Zeitung schrieb,[8] auch im Falle der Philippinen die „Standardmedizin" vorsah, nämlich Abbau aller Devisenbeschränkungen, massive Kürzungen der Staatsausgaben einschließlich der staatlichen Investitionsvorhaben und drastische Steuererhöhungen verbunden mit einer staatlich geförderten „Lohnmäßigungspolitik".

Im August 1985 verpflichtete sich die Regierung der Dominikanischen Republik in einem Abkommen mit dem IMF, um einen Bereitstellungskredit in Höhe von 76 Millionen US-Dollar zu bekommen und um für einen Teil der Auslandsschulden eine Umschuldung zu erreichen, zu einer drastischen Abwertung der Landeswährung und zu einer Erhöhung der Preise für Brennstoffe (Transporttarife) und andere Konsumgüter um 80 Prozent.

Zu den Bedingungen, die Jamaika akzeptieren mußte, um im Herbst 1983 einen Bereitstellungskredit in Höhe von 180 Millionen US-Dollar zu erhalten, gehörten eine Abwertung des Jamaica-Dollar um 57 Prozent, eine Erhöhung der Preise unter anderem für Nahrungsmittel, Busfahrten, Medikamente und Waschmittel um 45 Prozent und eine Erhöhung der Preise für Trinkwasser um 60 Prozent. Zwei Jahre später verpflichtete sich die Regierung Jamaikas in einem weiteren Anpassungsprogramm, bei dem es um einen neuen Bereitstellungskredit in Höhe von 120 Millionen US-Dollar geht, zu weiterer Austeritätspolitik, die unter anderem eine drastische Senkung der öffentlichen Ausgaben, eine Einschränkung des Kreditangebots und einen weiteren Rück-




gang der öffentlichen Beschäftigung vorsieht.

Kolumbien mußte sich 1984 gegenüber dem IMF in einem solchen Ausmaß zu einer Reduzierung der öffentlichen Ausgaben verpflichten, daß, wie Latin America Weekly Report schreibt, der Kürzung selbst Programme zur Bekämpfung der Malaria, die in Lateinamerika als vorbildlich galten, zum Opfer gefallen sind:

The malaria eradiction programme (SEM) offers a good example of the impact of reduced spending on public welfare. SEM's budget has been slashed more than half, and it does not have sufficient money to cover salaries or drugs and insecticides. Health ministry statistics show that the annual increase in new cases of malaria has jumped from 23.000 two decades ago to 500.000 today, with an average 2.000 deaths per year.[9]

Anfang des Jahres 1983 wurde Mexiko einmal mehr (und nicht zum letzen Mal) gezwungen, ein Auflagenpaket des IMF zu akzeptieren, das nach Einschätzung der Vereinigung der Unternehmen der Verarbeitenden Industrie in Mexiko die Beschäftigung der Betriebe bis auf unter 50 Prozent absinken lassen werde.

Der IMF selbst hat niemals einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß seine Auflagenpolitik und seine Anpassungsprogramme (die gelegentlich euphemistisch Sanierungs- und Stabilisierungsprogramme genannt werden) zunächst und vor allem darauf zielen, eine „gesunde Zahlungsbilanzentwicklung" zu erreichen, die es jeweils erlaubt, den Schuldendienstverpflichtungen der Länder auf Dauer nachkommen zu können. Der IMF selbst beschönigt insofern nicht, daß die Auflagenpolitik vor allem Gläubigerinteressen und nicht dem Interesse der Schuldnerländer dient. Auflagen und Anpassungsprogramme müssen jedoch auch als im Interesse des jeweiligen Schuldnerlandes liegend legitimiert werden. Dies geschieht durch das vage Versprechen, daß eine Politik, die dazu beitrage, die „Zinszahlungskapazität" eines Landes zu erhöhen und das „Vertrauen in die Wirtschaft" des Landes wieder ansteigen zu lassen, langfristig wieder ausländisches Kapital zufließen lassen würde, was wiederum zu einer Zunahme von Beschäftigung, Investitionen, Produktivität und Produktion führen würde.[10]

Hunderte von Anpassungs-, Sanierungs- und Stabilisierungsprogrammen, die Entwicklungsland für Entwicklungsland verordnet worden sind und nach wie vor verordnet werden, waren und sind also erklärtermaßen vor allem darauf gerichtet, die Kapazität der Länder zur Zahlung von Zinsen an ausländische Gläubiger oder an Inländer mit ausländischen Bankguthaben (zum großen Teil Fluchtkapital, das wiederum an die Schuldnerländer ausgeliehen worden ist) zu erhöhen.

Diesem allem anderen übergeordneten Ziel ist die Produktion, Verteilung und entsprechend auch Konsumtion in den Etnwicklungsländern anzupassen, ungeachtet der damit verbundenen drastischen und oft lebensbedrohlichen Beeinträchtigung der Lebenslage der Menschen. Ging es dem IMF früher noch darum, durch Anpassungsprogramme die Stabilisierung von Wechselkursen und den Abbau von Handelsbilanzdefiziten zu bewirken, so zielt die Auflagenpolitik des IMF seit Mitte der siebziger Jahre nur noch auf die Verbesserung der „Kreditwürdigkeit" der Länder, also letztlich auf die Möglichkeit der weiteren Erhöhung der Auslandsverschuldung der schon hochverschuldeten Länder.

Von unmittelbaren entwicklungspolitischen Zielen, wie der Erhöhung der inländischen Beschäftigung und der Realeinkommen und der Erhöhung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion für den Inlandsbedarf und -verbrauch, ist in den Anpassungsprogrammen des IWF nicht einmal mehr ansatzweise die Rede. Unverhohlen wird gefordert, daß die Armen den „Gürtel noch enger schnallen" sollten, um die Zinszahlungskapazität und Kreditwürdigkeit der Länder zu erhöhen. Unverhohlen wird zugegeben, daß die Erfüllung der Auflagen sinkende Kapazitätsauslastung, Produktionsrückgang und steigende Arbeitslosigkeit zum Ergebnis haben könnte.[15]

## 4. Die wirtschaflichen und sozialen Auswirkungen der Anpassungspolitik

Entsprechend sehen auch die Ergebnisse langfristiger Anpassungspolitik aus. Fast alle Länder, die sich um die Erfüllung der jeweiligen IMF-Auflagen bemüht haben, sind damit nur in immer größere ökonomische Schwierigkeiten geraten. Das gilt sowohl für diejenigen Länder, die noch vor Jahren als „Wirtschaftwunderländer" gepriesen wurden, wie zum Beispiel Brasilien und Mexiko, Nigeria und die Philippinen (Marco's „neue" Gesellschaft), und die heute die am höchsten verschuldeten Länder der Dritten Welt sind, als auch für Länder, deren Misere nun schon seit vielen Jahren andauert, wie das zum Beispiel in Bolivien, Zaire und Bangladesh der Fall ist. Und das gilt sowohl für Länder, die den Anpassungsprogrammen nur mit Widerstand und zögernd nachgekommen sind (wie zum Beispiel Sambia), als auch für solche Länder, die sie bereitwilligst und ohne Einschränkung zu erfüllen versucht haben (wie zum Beispiel Jamaika unter der Regierung Seaga).

Die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, die Beschränkung des inländischen Kreditangebotes und die Lohnminderungen haben in der Regel zu einem drastischen Rückgang der Binnennachfrage geführt, was unvermeidlich einen gesamtwirtschaflichen Rückgang von Produktion und Investitionen (ungeachtet zeitweiliger Zuwächse in der Exportproduktion) ausgelöst hat. In Lateinamerika sind die Investitionen (bereinigt) von 187 Milliarden US-Dollar im Jahr 1980 auf 124 Milliarden US-Dollar im Jahr 1985 und damit unter das schon 1974 erreichte Niveau gesunken.[12] Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika berichtet, daß die industriellen Kapazitäten in Afrika im Jahr 1985 im Durchschnitt insgesamt nur zu 25 Prozent ausgelastet waren.[13] Das durchschnittliche pro-Kopf-Sozialprodukt ist in Afrika von 1980 bis 1984 um mehr als zehn Prozent gesunken. Auch für die hochverschuldeten Länder Südostasiens werden rückläufige Wachstumsraten nicht nur aufgrund der nachlassenden Exportnachfrage, sondern auch aufgrund der stagnierenden

und abnehmenden Inlandsnachfrage berichtet.

Die Abwertung der Landeswährungen oder die Freigabe der Wechselkurse ist in der Regel mit einer massiven Verteuerung gerade auch essentieller Importe (zum Beispiel Nahrungsmittel und Maschinenersatzteile) verbunden, während auf der anderen Seite angesichts des Verfalls der Preise für viele Exportgüter und -leistungen der Entwicklungsländer keine Erhöhung der Exporterlöse zu verzeichnen ist. Der auferlegte Abbau von Importrestriktionen hat dennoch in vielen Ländern zu einer Zunahme von Importen geführt, und, soweit es sich dabei nicht nur um Luxuswaren handelte, wirkte sich die Importzunahme vielerorts zu Lasten der Nachfrage nach Waren aus der inländischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion aus.

Die durchaus vorhersehbaren und vorhergesehenen negativen Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz wurden vom IMF häufig gemeinsam mit der Weltbank scheinbar dadurch aufgefangen, daß den Ländern zur Importfinanzierung zusätzlich Darlehen angeboten wurden. So hat zum Beispiel Marokko 1984 im Rahmen seiner Vereinbarungen mit dem IMF vom Oktober 1983 und in Erfüllung der Auflage zur Importliberalisierung ein Weltbankdarlehn in Höhe von 150 Millionen US-Dollar erhalten. Ausdrücklich sollte das Weltbankdarlehn dazu dienen, „Marokkos Zahlungsbilanz durch die Importlockerung nicht einer brüsken Neubelastung auszusetzen".[14] Das Ergebnis dieser darlehnsfinanzierten Importlockerung ist unvermeidlich aber nichts anderes als die weitere Verschuldung des schon sehr hochverschuldeten Landes. Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode!

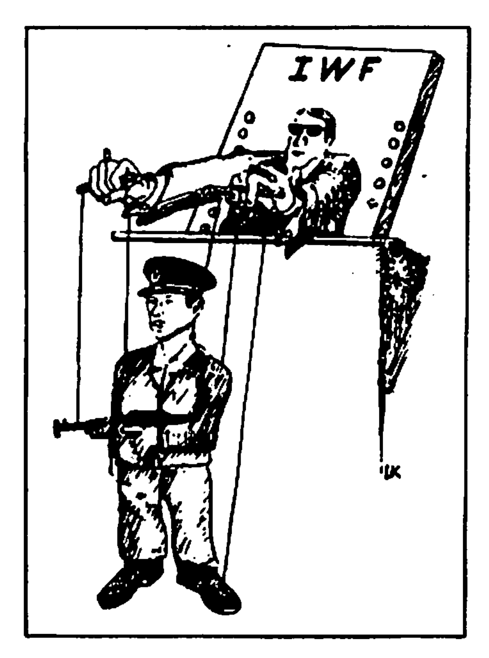
Die Liberalisierung des Zahlungsverkehrs hat nicht nur den Gewinntransfer erleichtert und entsprechend ansteigen lassen, sondern vor allem auch die Kapitalflucht.

Die generelle Exportorientierung hat dazu geführt und führt dazu, daß die Fähigkeit der Entwicklungsländer, sich aus der inländischen Produktion von Waren und Dienstleistungen selbst zu versorgen, weiter abgenommen hat und noch weiter abnimmt und ihre Abhängigkeit von lebenswichtigen Importen weiter zugenommen hat und weiter zunimmt.

Natürlich ist nicht einmal das vom IMF durch Auflagenpolitik angestrebte Ergebnis, für das all die Opfer zu bringen sind, nämlich die Gesundung der Zahlungsbilanz und entsprechend die Erhöhung der Kreditwürdigkeit, auch nur in einem einzigen der hochverschuldeten Länder, die sich seit Jahren den IMF-Auflagen unterworfen haben, erreicht worden.

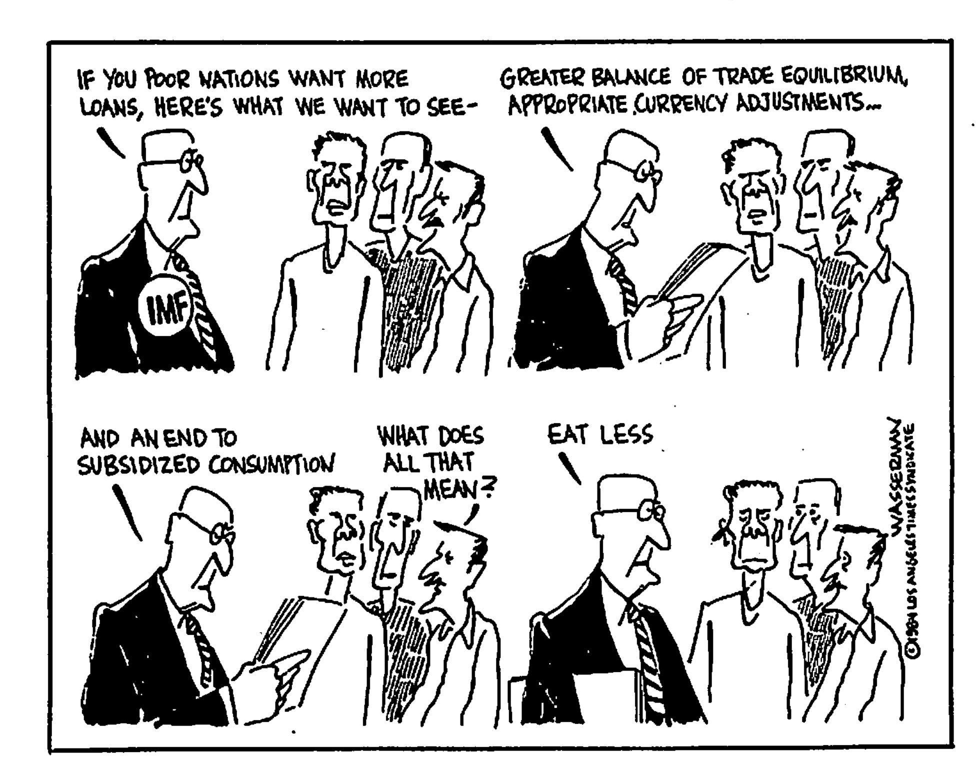
Was durch IMF-Auflagen und IMF-Anpassungsprogramme in den Entwicklungsländern tatsächlich erreicht worden ist und erreicht wird, ist allgemein eine Umverteilung zuungunsten der Armen und Besitzlosen und zugunsten der Reichen und Besitzenden und damit im Ergebnis eine noch extremere Einkommensverteilung. Was ferner erreicht worden ist und erreicht wird, ist allgemein eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen für transnational operierende Unternehmen. Was schließlich in vielen Fällen tatsächlich erreicht worden ist und erreicht wird, ist die Sicherstellung der Verzinsung des an die Entwicklungsländer ausgeliehenen Kapitals einschließlich der Verzinsung des in die Entwicklungsländer als Darlehen „ausgeliehenen" Fluchtkapitals. Erreicht worden ist und erreicht wird allerdings auch die ökonomische Schwächung der Entwicklungsländer und damit ihre zunehmende Abhängigkeit und ihre stärkere Einbindung in die gegebene internationale Wirtschaftsordnung und in die gegebene Struktur der internationalen Arbeitsteilung.

Der Internationale Währungsfonds vertritt nicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, das Interesse von Nationen, Staaten oder Ländern und auch nicht das




Interesse einer Gruppe von Ländern (Industrieländer) gegenüber einer anderen Gruppe von Ländern (Entwicklungsländer). Der Internationale Währungsfonds vertritt das Interesse des internationalen Bankensystems, konkreter, das Interesse von Kapitalanlegern aus Industrie- und Entwicklungsländern bei den internationalen Banken, und das Interesse von Unternehmen, konkreter, von Investoren, die Expansionsmöglichkeiten in den Entwicklungsländern suchen. Der Internationale Währungsfonds vertritt kein Sachinteresse und kein Länderinteresse, sondern ein Klasseninteresse, wobei die Angehörigen dieser Klasse in den Industrie- und Entwicklungsländern zu Hause sind. Diese Interessenvertretung geht vorwiegend zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Sie trägt nicht zur Erhöhung der allgemeinen gesellschaftlichen Wohlfahrt bei; sie trägt nicht einmal zur Ausdehnung und Stabilisierung des internationalen Handels zum gegenseitigen Vorteil bei.

Die Politik des Internationalen Währungsfonds liegt auch nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen in den Industrieländern.




## 5. Die Kritik nimmt zu

Die Kritik an der Auflagenpolitik des IMF hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Es sind nicht nur Stimmen aus der Dritten Welt, die die Knebelung durch den IMF als eine neue Form des Kolonialismus verurteilen, die den Ländern nur die Alternative lassen

„die Schulden zu bezahlen und die Kinder verhungern zu lassen" — so der pakistanische Finanzminister Mahbud Ul Haq auf der Jahrestagung des IMF im Herbst 1985 in Seoul. Es gibt mittlerweile unzählige Analysen der um Einsichten und nicht um Rechtfertigung bemühten Sozialwissenschaft in der Dritten und Ersten Welt, in denen seit Jahr und Tag die negativen Folgen der IMF-Politik für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt, aber auch für die Stabilität des Welthandels und des internationalen Zahlungsverkehrs aufgezeigt werden. Mittlerweile nimmt auch in der politischen Diskussion in den Indstrieländern die Skepsis gegenüber den Aktivitäten des IMF zu.

Der Gemeinsame Wirtschaftsausschuß des Kongresses der Vereinigten Staaten stellt in seinem Jahresbericht 1986 fest, daß die Politik des IMF und die sie unterstützende Politik der Reagan-Regierung nicht nur den Entwicklungsländern, sondern ebenso den amerikanischen Arbeitern geschadet habe:[15]

In response to the buildup of debt, it has been the policy of the United States and other creditor nations to deal with the debt crisis by loan reschedulings, IMF stabilization missions, and other practices to encourage debt repayment through a combination of domestic austerity and rapid export growth. While this solution might have worked in a growing world economy, the recession in the United States and high world interest rates made this approach bad for the U.S. economy, bad for the economies of the third world, and potentially dangerous for the international economic system as a whole.

It was bad for us because the strategy forced Latin American coutries to reduce their imports from the United States. ... By some estimates, the United States has lost about 800,000 jobs as a direct result of the Latin American debt crisis, reducing our national output by as much as 1 percent. ...

Austerity and export promotion have also been bad for the vast majority of Latin American debtors. Per capita income in the debtor countries has fallen by 20 percent from its 1980 level, putting incredible strains on the fragile democracies which are beginning to emerge in the region. And, although the debtors as a group are poor countries by world standards, they have been paying back about $ 30 billion to $40 billion a year in net-resource transfers, or an amount equivalent to 6 percent of their GNP. These net capital transfers prevent the development of internal markets in these countries, stifle domestic investment, and severely constrain economic growth in the region."

Zu einem scharfen Kritiker der Auflagen- und Austeritätspolitik des IMF hat sich das Mitglied des US-Senats und Mitglied seinen Finanzausschussen, Bill Bradley, gemausert, dessen Handschrift auch in dem Bericht des Gemeinsamen Ausschusses zu erkennen ist. In einem Artikel für die Washington Post schrieb Bradley über den Zusammenhang zwischen den Wirkungen der Anpassungsprogramme und der Verelendung in Lateinamerika:[16]

„Obsessed with debt collection, the administration endorsed austerity programs that offered a trickle of emergensy lending if debtors cut consumption and investment to the bone. Growth in Latin America was already faltering. Austerity threw the region into recession.

Latin countries could no longer feed their poor or invest in their future. Mexican real wages fell 30 percent. Argentina's investment in health, education and infrastructure fell to zero, Malnutrition spread in Brazil even as it forced itself to become a grain exporter to the world. ...

The success may have been, in relative terms, a windfall for the banks. But it proved disastrous vor U.S. farmers, factory workers an exporters."

Selbst in Kreisen des Big Buisiness werden Zweifel laut, daß die IMF-Politik der Weisheit letzter Schluß sei. Buisiness International Corporation — ein Seismograph der Interessen der großen Unternehmen — beurteilte die IMF-Politik kürzlich wie folgt:

„The IMF's orthodoxy has been discredited by recent results and calls for a more growth-oriented approach are mounting. Moreover, Peru's unwillingness to deal with the Fund, Brazil's refusal to abide its requirements and Mexico's crushing failure to make it through the home stretch of a three-year agreement have greatly weakened the Fund's credibility."

Gefruchtet hat die Kritik bisher nicht. Wieweit insbesondere die liberale Kritik bereit ist, ihren Einsichten Taten folgen zu lassen, hat im übrigen schon immer auf einem anderen Blatt gestanden.

Soweit den zugänglichen Informationen über die Verhandlungen auf der Jahrestagung des IMF im Herbst 1986 in Washington zu entnehmen ist, zeichnet sich nicht ab, daß der IMF, im Zusammenspiel mit dem internationalen Bankensystem und gestützt durch die Regierungen der sogenannten Fünfer-Gruppe (Vereinigte difizierung seiner Politik gegenüber den Bundesrepublik und Japan), zu einer Modifizierung seinrr Politik gegenüber den Schuldnerländern gewillt wäre. Es gibt lediglich das Bemühen, den IMF aus dem Schußfeld der Kritik herauszubringen und ihn mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Der mit viel Getöse auf der 1985er Jahrestagung des IMF präsentierte Plan des amerikanischen Finanzministers zur Lösung der Schuldenkrise, der sogenannte Baker-Plan, der die Weltbank mehr in den Vordergrund rückt, stellt einen solchen Versuch dar, einerseits der Kritik am IMF den Stachel zu nehmen und andererseits im neuen Gewande von der Auflagenpolitik keinen Deut abzuweichen. sondern sie allenfalls noch zu verschärfen.

Der Baker-Plan enthält den Vorschlag, in einem Zeitraum von drei Jahren neue Kreditmittel in Höhe von 27 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, wovon die Weltbank 8 Milliarden US-Dollar und das Privatbankensystem den Rest aufbringen sollen. Diese Mittel sollen den hochverschuldeten Ländern, denen das Wasser bis zum Hals steht, unter noch verschärften Auflage, von Fall zu Fall und in eher homöopatischen Dosen zur Verfügung gestellt werden.

Ist allein die Summe von insgesamt 27 Milliarden US-Dollar, verteilt über drei Jahre, jährlich also allenfalls zehn Milliarden US-Dollar, angesichts der Schuldendienstzahlungen der Entwicklungsländer von jährlich mehr als 125 Milliarden US-Dollar lächerlich gering und können zusätzliche Kredite, was zusätzliche Verschuldung heißt, zu Weltbankbedingungen, sprich zum Marktzins, das Verschuldungsproblem nicht lösen, sondern nur noch vergrößern, so steckt der Pferdefuß in den Bedingungen der Gewährung, über

die Business International Corporation sich dahingehend äußerte, daß sie noch weit über bisherige IMF-Auflagen hinausgehen würden:[18]

„The structural changes outlined in the proposal go beyond current IMF-type reforms to Reagan-style free market moves, including privatizing the economy, allowing free market pricing, encouraging direct foreign investment, liberalizing trade further and revising the tax system."

Es sind auch gewichtige Stimmen in den Industrieländern zu hören, die die Kritik der Entwicklungsländer an den untragbaren Zinslasten teilen, und die zugleich darauf hinweisen, daß eine Senkung der Zinslasten oder ein Verzicht auf Verzinsung auch unter den gegebenen Bedingungen durchaus im Bereich des Möglichen liegt. So schrieb Anatole Kaletsky in der Financial Times, daß eine teilweise oder gänzliche Einstellung der Zinszahlungen seitens der Entwicklungsländer sicherlich die Gewinne der Banken sinken lassen würde, die Banken in ihrer Substanz aber nicht gefährden würde.[19] Selbst die Weltbank, die rigoros auf marktübliche Verzinsung besteht und deren Rückflüsse aus Entwicklungsländern ihre Ausleihungen in diese Länder seit längerem übersteigen, kann nicht umhin festzustellen, daß eine Einstellung der Schuldendienstzahlungen einzelner Länder oder auch der Entwicklungsländer insgesamt das Bankensystem nicht gefährden würde, da — so die Begründung — die Ausleihungen an Entwicklungsländer nur drei bis vier Prozent des Kreditvolumens der Geschäftsbanken ausmachen würden.[20]

Wenn, wie andere meinen, der Verzicht auf Rückzahlung der Kredite zum Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems führen müßte, dann ergibt sich daraus nur umsomehr die Notwenditkeit, zumindest auf die Verzinsung der Kredite zu verzichten. Selbst wenn nur ein Teil der Zahlungen, die die Schuldnerländer für den Zinsendienst zu leisten haben, für die Tilgung der Kredite verfügbar wäre, würde eine Rückzahlung der Kredite in einer absehbaren Zahl von Jahren möglich sein. Eine Aussetzung der Verzinsung würde also sowohl einen Abbau der Schulden der Entwicklungsländer möglich machen, als auch die Gefahr eines Zusammenbruchs des Bankensystems bannen, die manche als Folge einer Nichtrückzahlung der Kredite befürchten.

Die Kritik an der Anpassungspolitik des IMF und der Regierungen der Gläubigerländer übertreibt nicht, wenn sie davon spricht, daß diese Politik den Schuldnerländern nur die Möglichkeit lasse, „zu zahlen und zu verhungern". Das Problem der internationalen Verschuldung hat sich inzwischen in der Tat derart zugespitzt. Es geht in den globalen Auseinandersetzungen unserer Tage daher auch vor allem darum, ob sich die Politik der Stärke, die das „Zahlen und Verhungern" für Zins und Zinseszins erzwingt, weiter durchsetzt oder ob es auf dieser Welt noch eine Chance für eine Politik der Vernunft gibt, die der weiteren Ausplünderung und Verelendung der verschuldeten Länder Einhalt gebietet — im Interesse menschenwürdiger Lebensbedingungen in der Dritten Welt und im Interesse der Überlebens der Menschen weltweit.

## Schlußfolgerungen für die gewerkschaftliche Arbeit

Bisher hat die Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern auf die IMF-Auflagen und Austeritätspolitik und ihre Folgen politisch eher hilflos reagiert. Protestdemonstrationen, Hungerrevolten und spontane Streiks sind in vielen Ländern an der Tagesordnung. Von wirksamer politischer Aktion zur Abwendung der sozialen Folgen von Anpassungsprogrammen kann jedoch kaum die Rede sein. Die Gewerkschaften in Entwicklungsländern und, in Solidarität und Kooperation mit ihnen, die Gewerkschaften in Industrieländern haben hier eine unmittelbare politische Aufgabe zu erfüllen.

Es geht nicht nur um die Abwendung der sozialen Folgen der Austeritätspolitik, sondern es geht ebenso um die Verhinderung der Austeritätspolitik als solcher. Insofern kann es keinen Zweifel geben, daß die Gewerkschaften den Auflagen Widerstand entgegensetzen, die eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten zur Folge haben und im Namen der Durchsetzung der Auflagen und Anpassungsprogramme des IMF von den Beschäftigten Zustimmung verlangt zu:

- Einstellungsstop und Beschäftigungsabbau,
- Lohneinfrierungen und Reallohnminderung,
- Einschränkung von Sozialleistungen,
- Beschneidung von Arbeitnehmerrechten,
- Kürzung von Subventionen für Nahrungsmittel, Transportkosten etc.

Die Gewerkschaften in Entwicklungsländern und in Industrieländern können in diesem Bemühen nur erfolgreich sein, wenn sie sich zu verstärkter Kooperation fähig zeigen. Die Zuspitzung der Verschuldungskrise sollte für die Arbeiterbewegung in den Industrieländern Anlaß sein, stärker als bisher und durchaus auch in ihrem eigenen Interesse den Angriff auf die Lebensbasis der Masse der Bevölkerung in der Dritten Welt mit abzuwehren.

**Otto Kreye und Alexander Schubert**

**Alexander Schubert und Otto Kreye**
Alexander Schubert ist chilenischer Staatsbürger. Er arbeitet als Privatdozent am Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin. Otto Kreye ist Leiter des Starnberger Instituts zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e.V..

**Anmerkungen**

1. Vergleiche International Monetary Fund, World Economic Outlook, April 1986. Washington 1986, S. 250.
2. Ebenda.
3. Vergleiche zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts: United Nations National Accounts Statistics: Analysis of Main Aggregates, 1982. New York 1985, S. 5
4. IMF, a.a.O., S. 250.
5. Vergleiche Inter-American Development Bank. Economic and Social Progress in Latin America. 1985 report. Washington 1986.
6. ECOSOC, a.a.O., S. 5.
7. Business International, 29. September 1986, S. 312.
8. Neue Zürcher Zeitung, 23. Januar 1985.
9. Latin America Weekly Report. 10. Mai 1985, S. 5.
10. Vergleiche zur Begründung der IMF-Auflagenpolitik zum Beispiel Mohsin S. Kahn und Malcolm D. Knight, Fund-Supported Adjustment Programmes and Economic Growth. International Monetary Fund, Occasional Paper No. 41, Washington 1985.
11. Vergleiche Mohsin S. Kahn und Malcom D. Knight, a. a. O., S. 5-7: „The decline in the growth rate is a necessary part of the adjustment to eliminate underlying inbalances in the economy. — ... — It is clear, however, that during the adjustment process a decline in the domestic credit may be associated with a reduction in capacity utilisation and a possible rise in unemployment...".
12. Vergleiche Inter-American Development Bank, a.a.O.
13. Vergleiche Nachrichten für Außenhandel, 9. Januar 1986
14. Vergleiche Nachrichten für Außenhandel, 27. Juni 1986
15. Congress of the United States, Joint Econimic Committee, The 1986 Joint Economic Report. Washington 1986, S. 122-123.
16. Zitiert nach International Herald Tribune, 8. Oktober 1986.
17. Business Latin America, 2. Oktober 1985, S. 135.
18. Business Latin America, 11. Dezember 1985.
19. Vergleiche Anatole Kaletsky, Who put the crisis in debt? Financial Times, 20. Februar 1986.
20. Vergleiche Nachrichten für Außenhandel, 1. April 1986.

(Übersetzung d. Red.)
„Als Antwort auf die steigende Verschuldung zielte die Politik der USA und anderer Gläubigerländer auf Schuldenmanagement durch Umschuldungen, Stabilisierungsprogramme des IWF und andere Maßnahmen, die die Rückzahlungsfähigkeit durch eine Kombination von Kürzungen der öffentlichen Haushalte und schnellem Exportwachstum unterstützen sollte. Während diese Lösung in einer wachsenden Wirtschaft möglicherweise funktioniert haben könnte, ließen die Rezession in den USA und weltweit gestiegene Zinsen diesen Ansatz für die US-Wirtschaft und die Ökonomien der Dritten Welt nachteilig werden und machten ihn für das internationale Wirtschaftssystem als ganzes potentiell gefährlich.
Er war schlecht für uns, weil diese Strategie die Länder Lateinamerikas zwangen, ihre Importe aus den USA zu drosseln... einigen Schätzungen zufolge sind in den USA ca. 800.000 Arbeitsplätze als direkte Folge der lateinamerikanischen Schuldenkrise verlorengegangen, was unsere Inlandsproduktion um ca. 1 % verringert hat...
Sparprogramme und Exportförderung brachten auch der überwältigenden Mehrheit der lateinamerikanischen Schuldner Nachteile. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den Schuldnerländern seit 1980 um 20 % gefallen, was unglaubliche Belastungen für die zerbrechlichen Demokratien mit sich brachte, die in dieser Region entstanden. Und obwohl die Schuldnerländer als Gruppe gemessen an den Weltstandards arme Länder sind, haben sie pro Jahr ca. 30-40 Mr. US $ als Netto-Ressourcen-Transfer zurückgezahlt, einen Betrag, der ca. 6 % ihres BSP ausmacht. Diese Netto-Kapital-Transfers verhindern die Entwicklung internationaler Märkte in diesen Ländern, ersticken die inländischen Investitionen und verhindern ein Wirtschaftswachstum in dieser Region."

(Übersetzung d. Red.)
„Besessen vom Eintreiben der Schulden verabschiedeten die Regierungen Sparprogramme, die eine minimale Kreditgewährung in Notfällen anboten, wenn die Schuldner Konsum und Investitionen drastisch kürzten. Das Wachstum in Lateinamerika stockte bereits. Die Austeritätspolitik warf diese Region in die Rezession. Länder Lateinamerikas konnten ihre Bevölkerung nicht länger ernähren oder für ihre Zukunft investieren. Die Reallöhne fielen in Mexiko um 30 %. Argentiniens Investitionen in Gesundheitwesen, Bildung und Infrastruktur fielen auf Null. Unterernährung breitete sich in Brasilien noch aus, während das Land zu einem Getreideexporteur wurde...
Der Erfolg mag relativ gesehen für die amerikanischen Banken ein Glücksfall gewesen sein, für die Farmer, Fabrikarbeiter und Exporteure der USA erwiesen sich die Maßnahmen als katastrophal."

(Übersetzung d. Red.)
„Die Orthodoxie des IWF wurde durch neuere Ergebnisse in Mißkredit gebracht und ruft nach einem mehr wachstumsorientierten Ansatz. Zudem haben Peru's Unwillen, mit dem IWF zu verhandeln, Brasiliens Weigerung, sich an die Anforderungen zu halten und Mexiko's vernichtender Fehler, mit einer Dehnung auf ein Drei-Jahres-Abkommen aus der Krise zu kommen, die Glaubwürdigkeit des IWF stark geschwächt."

(Übersetzung d. Red.)
„Die strukturellen Änderungen, die sich in den Vorschlägen abzeichnen, gehen hinter die laufenden üblichen Auflagen des IWF zurück zu freien Marktbewegungen à la Reagan, die die Privatisierung der Wirtschaft einschließen, freie Marktpreise erlauben, zu ausländischen Direktinvestitionen ermutigen den Handel weiter liberalisieren und das Steuersystem revidieren."




**INTERVIEW mit zwei Südafrikanerinnen, die in Basisorganisationen der UDF arbeiten, u.a. im United Womens Congress (UWCO). Die Namen werden aus Sicherheitsgründen nicht genannt.**

Frage: *Ihr seid in Basisorganisationen aktiv und damit von den Auswirkungen des Ausnahmezustands direkt betroffen. Wie könnt ihr eure Arbeit noch fortsetzen?*

Es ist alles sehr schwierig geworden, denn Massentreffen sind heute unmöglich und wir treffen uns nur noch in kleinen Gruppen und auch dann muß es spontan organisiert sein, damit die Polizei davon nichts merkt. Wir treffen uns mit anderen Aktivisten im Untergrund, aber wir können keine Flugblätter mehr verteilen oder mit Lautsprechern durch die Townships fahren. Um aber an der Basis arbeiten zu können, brauchen wir die großen Treffen, auch um den Leuten sagen zu können, was geplant ist, z.B. ob ein Mietboykott stattfinden soll oder nicht. Es ist selbst für die Vertreter der Organisationen schwierig geworden, sich zu treffen, denn der Termin muß so lange wie möglich geheimgehalten werden und auch die Orte des Treffens müssen ständig gewechselt werden.

Wir müssen mit Hilfe unserer Leute Herrn Botha etwas Feuer unter dem Hintern machen, damit er den Ausnahmezustand aufhebt. Sonst gibt es wirklich keinen Ausweg für uns.

*Gibt es immer noch so viele Spitzel in den townships, die der Polizei z.B. von geplanten Treffen berichten?*

Oh ja, sie sind überall und wir müssenuns deshalb oft bei symphatisierenden Leuten in weißen Wohngebieten treffen.

*Es sah doch so aus, als ob der Staat trotz Massenverhaftungen und brutaler Vorgehensweise die Lage im Land nicht mehr in den Griff bekommt. Hat sich das jetzt geändert?*

Sie verhaften nicht nur unsere Führer, sondern auch Leute, die nur ein Begräbnis organisieren. Meine Freundin P. aus Nyanga Bush (eine der zerstörten Siedlungen bei Crossroads — d. Übers.) wurde bei einem solchen Anlaß von der Polizei verhaftet und im Gefängnis gefoltert. Die Polizei wollte von ihr wissen, wer die Anführer seien, die den Leuten erzählten, daß sie ihre Mieten nicht bezahlen sollten. Als P. herauskam, war sie psychisch krank, doch sie sagte, daß wir weitermachen müßten, daß wir unseren Mietboykott fotsetzen sollten.

*Geht der Mietboykott im westlichen Kap weiter?*

Ja, er geht weiter und wir bezahlen in unseren townships seit fast einem Jahr keine Miete mehr. Bisher ist noch nichts passiert, aber wir wissen nicht, was der Staat vorhat. Normalerweise werden Boykotteure nach 2—3 Monaten aus ihren Häusern geworfen. Mama (Albertina) Sisulu sagt, daß der Mietboykott landesweit stattfinden solle, aber wir wissen nicht, wie erfolgreich er in anderen Landesteilen praktiziert wird. Es ist sehr schwierig, den Mietboykott unter dem Ausnahmenzustand fortzuführen, aber wir haben einige sehr starke Führer, die die Sache voranbringen. Viele von ihnen sind allerdings schon verhaftet oder leben im Untergrund und ich fürchte, daß es wieder so werden könnte wie in den 60er Jahren.

*Gibt es aber heute nicht viel mehr Basisorganisationen und v.a. die immer stärker werdenden Gewerkschaften?*

Ja, ich stimme dir zu, aber ich sehe noch das Problem der hohen Arbeitslosigkeit, die die Gewerkschaften schwächt.

*Kapstadt, insbesondere Croassroads wurde in diesem Jahr durch die Vigilantes (konservative schwarze Schlägertrupps), die bei euch nach ihren Armbinden „Witdoeke" genannt werden, bekannt. Kennt ihr Leute, die heute zu den „Witdoeke" gehören?*

Ja, eine frühere Freundin von mir arbeitet heute mit ihnen zusammen.

*Weißt du warum?*

Nein, ich habe nie wieder mit ihr gesprochen. Oh, ich fürchte mich vor ihr. Manche Leute gehören zu den „Witdoeke", weil sie so (durch die Unterstützung des Staates — d. Übers.) Essen für ihre Kinder kaufen können. Es ist schrecklich! Die „Witdoeke" arbeiten mit der Polizei und dem Militär zusammen. Sie werden von ihnen beschützt, bezahlt und mit Waffen versorgt. Durch die weiße Armbinde machen sie sich erkenntlich und sie waren es, die unsere Häuser und Zelte in Nyanga Bush, Portland Cement, KTC usw. niederbrannten. Polizisten und Soldaten waren immer dabei. Wenn sie einen „Comrade" (Mitglied einer progressiven Organisation — zumeist UDF) mit einer Waffe sehen, schießen sie sofort, aber an die „Witdoeke" wurden mindestens 200 Gewehre und Revolver verteilt.

*Die Auseinandersetzungen in Crossroads und Umgebung werden von staatlicher Seite und oft auch im Ausland als Auseinandersetzung zwischen Schwarzen bezeichnet*

*oder als Kampf der Väter gegen die Söhne. Es hieß, daß Jugendliche den Boykott weißer Geschäfte durchsetzen wollten und Leute, die dagegen verstießen, gezwungen hätten, ihr gekauftes Fischöl o.ä. auszutrinken. Wie kam es in Kapstadt zur Geburt der „Witdoeke"?*

Als der Konsumentenboykott ausgerufen wurde, wurden wir gebeten, nicht in weißen Geschäften einzukaufen, sondern nur in unseren kleineren Geschäften in den townships. Wer dagegen verstieß, wurde bestraft, aber es spielte dabei weder eine Rolle, ob diese Person ein „Comrade" war oder nicht, noch ob die Person jung oder alt war. Wenn sich jemand nicht daran hält, was die Leute beschlossen haben, wird er dafür bestraft.

Zur Unterscheidung zwischen „Comrades" und „Fathers" (Witdoeke) kam es, als Mr. Ngxobongwana (Bürgermeister von Crossroads) im Gefängnis war und Führer in Crossroads von den Leuten verlangten, daß sie 25 Rand (ca. 23 DM) pro Haus für für die Freilassung von Ngxobongwana bezahlen sollten. Ngxobongwana bekam aber kostenlos einen Rechtsanwalt, und manche Leute, die bezahlt hatten, bekamen ihr Geld zurück, andere jedoch nicht. Die Jugendlichen waren deshalb sehr erbost über ihre Führer und wollten wissen, wofür das Geld gebraucht wurde und wo es jetzt sei. Führer in New Crossroads (einer nahe Crossroads gelegenen township, die aus Steinhäusern besteht — d. Übers.) flüchteten vor den Jugendlichen und verbündeten sich mit den Führern in (Old) Crossroads. Sie wurden „Väter" genannt und kämpften gegen die Jugendlichen. So begann alles. Die „Väter" waren keine wirklich alten Leute, sie wurden nur Väter genannt.

*Hat der Staat an diesem Punkt dann eingegriffen, um die Leute gegeneinander auszuspielen und endlich den größten Teil des Crossroad-Komplexes zu zerstören, damit die Leuta nach Khayelitsha (neu entstandene, fast 40 km außerhalb Kapstadts liegende township) umsiedeln?*

Ja, und dann kam noch etwas dazu. Mr. Tois (Toy?), der Führer der Wellblechsiedlung Portland Cement, die an Crossroads angrenzt, beantragte Geld beim Western Province Council of Churches (Kirchenrat im Westkap), um Baumaterial für die neue Siedlung kaufen zu können. Er war nach den Kämpfen in Nyanga Bush nach Portland Cement gekommen, um hier neu aufzubauen. Das Geld wurde ihm vom Kirchenrat gewährt, gelangte aber in die Hände eines Schatzmeisters, der das Geld mißbrauchte. Diese Sache verursachte zusätzliche Spannungen.

*Wie kam es, daß die „Väter" (Witdoeke) um Ngxobongwana einen so starken Zulauf hatten, daß am Ende 7.000 von ihnen die Siedlungen um (Old) Crossroads zerstören konnten?*

Wir haben gehört, daß manche von ihnen von Site C (einer Siedlung bei Khayelithsha — d. Übers.) rekrutiert wurden. Der Führer dort ist Mr. Hoza, der schon immer mit der Gruppe von Ngxobongwana zusammenarbeitete. Viele Leute fühlen sich Hoza und Ngxobongwana verbunden; besonders Ngxobongwana genoß ein hohes Ansehen, weil er in den Jahren zuvor die Weißen zwingen konnte, Zugeständnisse an ihn zu machen (z.B. den Bau von New Crossroads). Er war wie ein Bulldozer und wir dachten damals, wir müßten ihn zu unserem Führer wählen.

Die Leute von Crossroads haben immer noch Vertrauen in diesen Mann und glauben an das, was er sagt. Sie können sich nicht vorstellen, daß er Unrecht hat und folgen ihm fast blind. Es kam also zu einem Bündnis der Witdoeke in (Old) Crossroads und Site C. Die ersten, die von ihnen vertrieben wurden, waren die Comrades in (Old) Crossroads, die vorher mit Mr. Ngxobongwana zusammengearbeitet hatten. Sie leben heute als Flüchtlinge überall in den townships.

*Wie sehen die Machtverhältnisse zwischen Comrades und Witdoeke in den townships heute aus?*

Die Witdoeke leben heute in (Old) Crossroads, aber in den townships sind sie keine Gefahr. Unsere Sorge ist der Ausnahmezustand, weil er Treffen zwischen Organisationen und Massentreffen unmöglich macht. Wir können nicht einmal Begräbnisse abhalten — selbst wenn die Toten nicht Opfer von Polizei und Militär sind.

*Wie sieht es mit der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Befreiungsbewegung aus? Arbeiten beispielsweise die UDF und Azapo zusammen? Gibt es in der täglichen Arbeit eine Annäherung zwischen den Pan-Afrikanisten und der Congress-Bewegung?*

Meine Sorge dabei ist die Erfahrung, die wir mit den „Peoples Courts" (Volksgerichten) in unseren townships gemacht haben. Die Leute versuchten in den Straßen Jugendliche dafür zu gewinnen, damit sie etwas zu tun haben. Aber während sie Jugendliche für die Volksgerichte organisierten, versuchten sie auch, ihre Ideologie durchzusetzen und das war wenig hilfreich für die Errichtung der Gerichte, wie wir sie uns vorgestellt hatten. Bisher arbeiten PAC und Charteristen nicht gerade eng zusammen, aber bei unseren Beerdigungen merken wir, daß wir den gleichen gemeinsamen Feind haben: die Polizei und das südafrikanische Militär. Wir können nicht gegen unsere eigenen Leute, unser eigenes Volk kämpfen. Wir müssen zusammenarbeiten bis zum Tag unserer Freiheit und dann werden unsere Führer die Sache klären.

**Herbert Jauch** hat im Rahmen eines Projekts des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) ein halbes Jahr lang an der Betreuung von Familien politischer Gefangener in Südafrika mitgewirkt.

Interview

# Kaste, Kommunikation und Kultur

**G. Ramesh, 28 Jahre, ist Mitglied einer Gruppe linker Journalisten und Schriftsteller in Südindien. Die Gruppe fand sich Ende der 70er Jahre als Theatergruppe unter dem Namen „Pareeksha" (Experiment) zusammen. Ramesh spricht bei diesem Interview, das im Oktober 1986 in Madras/Tamil Nadu geführt wurde, über Probleme und Perspektiven der undogmatischen Linken in Indien.**

**Frage:** *Du kommst aus einer Brahmanenfamilie. Obere Kaste und Klasse — die Unterdrücker. Wie bist du zum Marxisten geworden?*

**Ramesh:** Die Jugendlichen haben seit dem Gandhiismus zwei Möglichkeiten: Die eine ist, ihre Kaste zu verlassen und zu vergessen. Die andere ist, die Brahmanentradition fortzusetzen. Nach der Unabhängigkeitsbewegung entstand hier in Tamil Nadu die tamilische Drawida-Bewegung. Sie begann als eine Anti-Kasten- und Anti-Brahmanenbewegung. Vor etwa 20 Jahren weitete sie sich aus zu einer nationalistisch-tamilischen Bewegung, nicht jedoch zu einer nationalen Befreiungsbewegung. Die Bewegung zog viele brahmanische Jugendliche an, die Anhänger des Säkularismus und des tamilischen Nationalismus waren. Ich kam diesen Weg. Durch die politische Arbeit, viel Lesen und Reisen kam ich dann Ende der 70er Jahre zum Marxismus. Dieser Weg ist ziemlich gewunden gewesen. Auch heute, als Marxisten, experimentieren wir mit neuen linken Gedanken und Systemen, nationalen Befreiungsbewegungen, Ökologiebewegungen etc.

Mein heutiges Engagement baut auf einer starken Identifikation mit dem indischen Volk und einem Gefühl des Zusammenbruchs der etablierten Strukturen unserer Gesellschaft auf. Dazu kommt die innere Rebellion gegen die herrschende Kaste, aus der ich komme. Zu meiner Bramahnenfamilie habe ich gesagt: Für Leute wie euch ist in meiner Gesellschaft kein Platz. Wenn ihr euch nicht ändert, werde ich der erste sein, der euch zu gegebener Zeit das Haus anzündet. Als politisch engagierter Journalist und Schriftsteller beschäftige ich mich jetzt damit, wie wir ein Engagement mit der Perspektive eines Klassenkampfes aufbauen können. Die Hauptaufgabe ist, die Unternehmer- und Geschäftsinteressen in der Öffentlichkeit zu entblößen.

*Du arbeitest zur Zeit bei „United News of India" (UNI), einer indischen Presseagentur. Wie sind die Arbeitsbedingungen in der Agentur? Kannst du als Linker deine Interessen dort durchsetzen?*

Wenn wir über die Presse in Indien sprechen, müssen wir die Presse-Barone erwähnen, die knallharte geschäftliche Interessen haben. Sie sind gleichzeitig Besitzer zum Beispiel von Auto-, Immobilien-, Alkoholfirmen. Nachrichten, oder besser: Das Filtern von Nachrichten dient ihren Interessen. Als jemand, der die letzten vier Jahre in der Presse gearbeitet hat, in einer der führenden englischsprachigen Zeitungen Südindiens „Deccan Herald" und jetzt in UNI muß ich sagen: Das ganze Gerede von „nichtgebundenen Medien" (non-aligned-media) ist Unsinn. Es sind die Medien der herrschenden Klassen in diesem Land und anderswo in der Dritten Welt. Diese Tatsache wird ganz deutlich zum Beispiel bei der Berichterstattung des Bhopal Desasters im Dezember 84 oder bei den Anti-Sikh-Ausschreitungen im Oktober 84 in Delhi. Die von den Medien eingenommene Position ist entweder unengagiert oder in Unterstützung der Unterdrücker und Ausbeuter. Sie erweisen der Öffentlichkeit mit ihrer Art der Berichterstattung einen schlechten Dienst. Mindestens 6000 Menschen wurden in Bophal getötet, die Leute schluckten die Regierungszahlen von 2000. Es gab Massengräber und Massenbestattungen am Ufer des Narmada Flussen bei Bhopal. Die Zeitungen machten nie eine unabhängige Erhebung, sie gaben einfach die Regierungszahlen weiter. Das gleiche passierte während der Anti-Sikh-Unruhen nach der Ermordung von Indira Gandhi: Es wurde ein „chemischer Krieg" gegen die Sikhs geführt, sie wurden mit Kerosin und Phosphor übergossen und angezündet. Aber selbst Wochen nach den Zwischenfällen hörten wir nicht viel darüber von der etablierten Presse. Erst langsam erfuhren wir durch kritische Medienmenschen, Bürgerrechtler und linke Aussteiger aus den Parteien mehr über das Ausmaß der Ausschreitungen und über die Verantwortlichen, welche Minister und Kongreßmitglieder dahinter steckten. Selten genug gibt es auch einmal mehr Hintergrundinformationen.

Seit ungefähr zehn Jahren, seit der Notstand durch Frau Gandhi erklärt wurde, haben wir in Indien eine Tradition des „Investigative-Journalismus" (Nachforschungs-journalismus, die Verf.). Diese Art des Journalismus hat die Fantasie der Leute beflügelt, aber heute mangelt es an dem nötigen Engagement der Berichterstattung. Der Investigative-Journalismus hat seine Grenzen, er berührt nicht da, wo es wirklich schmerzt.

Zur Freiheit der Presse: Sowohl in der Agentur als auch in der Zeitung, in der ich früher gearbeitet habe, gibt es keinerlei Freiheit für einen engagierten Journalisten. Es ist unmöglich, eine Sache dort aufzugreifen und auszufechten. Bestimmte Dinge müssen immer unausgesprochen bleiben. Wenn man zum Beispiel über die Wasserknappheit und -krise in Madras berichtet, darf man niemals schreiben, daß 5% der Bevölkerung 95 % des Wassers der Stadt verbrauchen. Obwohl es eine nackte Tatsache ist, kann man es nicht drucken lassen. Besonders während der regelmäßig stattfindenden Wasser-Aufstände in Madras würden wir diese Sache gerne veröffentlichen. Ebenso die Wohnproblematik: Die Immobilienhaie verschlingen Spielplätze, Höfe von öffentlichen Gebäuden, Parks und so weiter. Wir können nicht aussprechen, daß sie die Stadt kaputtmachen. Wir dürfen solche Fragen — für wen die Häuser gebaut werden, ob wir solche Häuser brauchen — nicht stellen. Das gleiche hinsichtlich der Bürgersteig- und Slumbewohner. Es sind diese Menschen, die als Bauarbeiter die Städte, ihre Gebäude und Straßen aufbauen. Aber man darf nicht öffentlich fragen, warum sie selbst dann von diesen Plätzen vertrieben werden. Wenn man solche Fragen stellt, wird das als „Standpunkt einnehmen" betrachtet. Als ob das andere neutral wäre! Im Namen der Neutralität fordern die Zeitungen den Status Quo, bewußt und vorsätzlich. In der Agentur ver-

suche ich, soviel wie irgendmöglich unterzuschieben.

Ein anderes Beispiel: Die gesamte journalistische Vereinigung hier in Tamil Nadu empfindet die Forderung der Tamilen Sri Lankas nach „Eelam", einem unabhängigen Staat, als gerechtfertigt. Aber in unseren Artikeln müssen wir schreiben: „Für eine gerechte politische Lösung des ethnischen Konfliktes in Sri Lanka". Eine andere Sprache wird als „politische" betrachtet. Die Sichtweise ist uns vorgegeben und wir haben diese nur voranzubringen, indem wir die „richtigen" Nachrichten bringen. Wenn du dazu außerstande bist, mußt du kündigen. Nicht nur, daß du deinen Job verlierst, du wirst nie wieder einen im Medienbereich finden. UNI und PTI (Press Trust of India, die Verf.), die zwei indischen Presseagenturen, wurden während des Notstandes zusammengelegt und der Massenzensur durch die Regierung unterworfen. Später wurden sie wieder getrennt, aber die Zensur geht weiter — als Selbstzensur.

In den indischsprachigen Zeitungen gibt es zusätzliche Probleme wie Unterdrückung von Gewerkschaftsrechten, niedrige Löhne, schlechte Behandlung von Journalisten. Deshalb nutzen viele Journalisten ihren Job, um politische und auch kriminelle Kontakte aufzubauen, zur Polizei, zu Politikern. Journalisten, muß ich sagen, nehmen eine Menge Bestechungsgelder und Begünstigungen an. Das wirft ein schlechtes Licht auf uns, aber auch auf die Gehaltsstrukturen.

*Gibt es unabhängige linke Medien?*

Wir haben eine Zeitung, die durch die kommunistische Partei in Delhi herausgegeben wird: „The Patriot". Auch die zwei anderen kommunistischen Parteien, CPI/M und CPI/ML und auch sozialistisch und gandhianisch orientierte Gruppen geben Zeitschriften heraus. Die Zeitschriften der kommunistischen Gruppen sind Parteiorgane mit internationalen „Haken" (engl. „hooks" = Haken, Sichel, die Verf.). Die werden überwiegend unter den Kadern verkauft, kaum im Volk. In Kerala gibt es eine alternatives Nachrichtenmagazin, in Karnataka eine oder zwei Zeitschriften, in Tamil Nadu keine — außer einem gescheiterten Versuch von uns. Generell kann man sagen, daß die Situation in den südindischen Staaten besser ist als im Norden, Bengalen und eventuell noch Maharashtra mal ausgenommen. Im Süden ist das Vorlesen von Zeitungen sehr verbreitet, die Leute hören zu, was vorgelesen wird. Das ist bei der großen Zahl von Analphabeten ein wichtiger Aspekt.

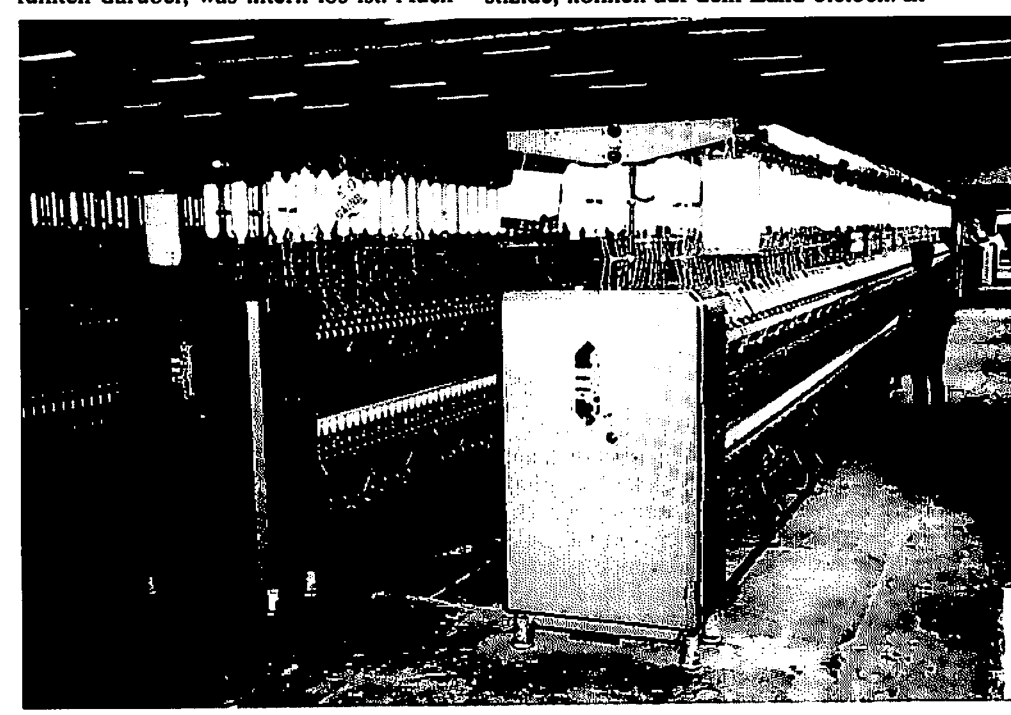
In Tamil Nadu hatten wir vor vier Jahren eine engagierte Zeitschrift, genannt „Emtharikida" gestartet, die 14-tägig erschien. Wir haben vier Ausgaben herausgebracht und fanden, daß die Leute empfänglich sind für alternative Berichterstattung und Politik, z.B. Dialoge zwischen CPI/ML, Gandhianern und Sozialisten, zu verschiedenen Themen: Landarbeiterbewegungen, städtische Wohnungsprobleme, Umwelt. Wir verkauften 15.000 Exemplare der ersten Ausgabe. Die Verbreitung konnte über die nächsten Ausgaben aufrechterhalten werden. Dann ging uns das Geld aus. Wir wurden durch die Agenten des Verteilungsnetzes um unser Geld betrogen. 1985 brachten wir noch einmal ein Wochenmagazin heraus. Dieses Mal veröffentlichten wir sechs Ausgaben, über 60.000 Rupies (ca. 10.000 DM, die Verf.) gingen dabei drauf. Lassen wir das... Jetzt haben wir kein Geld mehr oder irgendwelche Quellen, die mobilisiert werden könnten. Nicht, daß die Leute nicht interessiert wären, um über ihre eigenen Anliegen zu sprechen. Die Leute sind bereit, zu lesen und zu abonnieren. Vielleicht müssen wir unsere Vorgehensweise ändern, unsere Strategie überdenken, um neue Ressourcen und eine andere Infrastruktur zu schaffen.

*Wie machst du deine Recherchen, zum Beispiel wenn du, wie im Moment, einen Artikel über Atomkraftwerke vorbereitest?*

Das ganze geschieht heimlich, um Widerstand und Unterdrückung zu vermeiden. Auch beim Kaiga AKW in Karnataka machten wir zu Beginn alles heimlich. Freunde im Atomenergie-Establishment begannen zu reden, weil sie sich schuldig fühlten darüber, was intern los ist. Auch Leute in Bombay, wo sicht das Atomforschungszentrum Bhabha befindet und in Delhi sind gewillt zu reden, über Bedienungsprobleme, Gefahren des Durchschmelzens, den wahren Zustand von Verseuchungen. Wir brauchen diese Leute dringend, andernfalls würden wir überhaupt nichts rauskriegen. Dazu müssen wir Vertrauen und Sympathie aufbauen, ein harter Job. Natürlich geben wir die Quellen unserer Informationen nicht preis. Wir müssen bei unserer Arbeit auch allerhand Gesetze umgehen, beispielsweise das Nationale Sicherheitsgesetz. Es ist ein sehr schwierigens Arbeiten, man kann verraten werden.

*Auf welcher Grundlage siehst du Chancen für eine Massenprotest-Bewegung in Indien?*

Die Zahl der Bürgerinitiativen und sozialen Aktionsgruppen nimmt zu, die gesellschaftlichen Widersprüche nehmen ebenfalls zu. Die Gruppen müssen zusammen kommen, um die Hauptwidersprüche in der Gesellschaft zu nutzen. Unsere Menschen werden durch den technologischen Fortschritt überrannt. Die Mehrheit unseres Volkes wird marginalisiert, an den Rand gedrängt. Der Lebensunterhalt der breiten Massen ist bedroht, die Umwelt ist feindlich geworden: Fabriken, eine seltsame Konsumkultur, massive Verstädterung. eigentlich sind wir bodenständig, jetzt werden wir zu Nomaden gemacht. Die Menschen der unteren Schichten werden durch die ökonomische Situation gezwungen, Nomaden zu werden. Ihre traditionellen Strukturen in den Dörfern sind zerstört, sie können dort nicht mehr bleiben. Die Landwirtschaft ist dominiert vom Finanzkapital. Nur diejenigen mit viel Geld, für Investitionen in Düngemittel und Pestizide, können auf dem Land bleiben. In



Tamil Nadu gibt es eine riesige Reservearmee landloser Arbeiter, meistens Harijans („Unberrührbare“, die Verf.). Sie kommen in die Städte, siedeln sich dort an, werden Bürgersteigbewohner, manchmal selbst da vertrieben. Das Nomadentum durchzieht jetzt das gesamte Land. Auch der Zugang zu Wasser wird immer mehr erschwert. Wir haben wegen der ökologischen Zerstörung — die mit der sogenannten Entwicklung während der letzten drei Jahrzehnte gebracht wurde — entweder große Dürren oder viele Überflutungen.

Die Atmosphäre ist sehr gefühllos geworden, desensibilisiert. Den Bedürfnissen und Forderungen der Menschen wird kein Gehör geschenkt. Die Lösung dieser Probleme wird immer noch in den nationalen Bewegungen gesehen, der politische Kampf findet zwischen den verschiedenen indischen Nationen und der Zentralregierung statt, nicht zwischen den Klassen. Man kämpft für eine Veränderung der föderativen Struktur. Eine neue Föderative Indische Union — ein Land, viele Nationen — das ist es, was ich in den nächsten 10 bis 15 Jahren heraufkommen sehe. Keine wirkliche Revolution. Ich wünschte mir eine veränderte, breitere Struktur in Richtung einer Föderation, in der die verschiedenen Gruppen und Nationen selbst mehr über ihr Schicksal bestimmen können. Und einen breiten Klassenkampf zwischen den marginalisierten Massen — eingeschlossen Harijans, Stammesbevölkerung, landlose Arbeiter, Handwerker, verarmte städtische Facharbeiter, Arbeitslose — und den etablierten Strukturen, die auch die organisierte Arbeiterschaft und ihre Repräsentanten, auch die etablierten kommunistischen Parteien miteinschließen. Die CPI sagt immer noch, daß Indien eine Nation sei, die CPI/ML sagt zumindest, daß es viele Nationalitäten in einem Land sind, die CPI/ML-Gruppen erörtern die Nationalitätsfrage noch bedeutend besser. Aber es gibt keine Perspektive dieser Parteien hinsichtlich Leben, Umwelt, Ökologie. Diese Themen bleiben den linken, undogmatischen Gruppen und Personen überlassen.

*Gibt es bei eurer politischen Arbeit Kommunikationsprobleme zwischen den Intellektuellen und der breiten Bevölkerung?*

Die Naxaliten-Bewegung (militante maoistische Bewegung, die Verf.) wurde in den 60er und 70er Jahren von Teilen der städtischen Mittelschicht genährt. Sie lösten sich aus ihrer Schicht und arbeiteten unter den ländlichen Armen. Auch heute noch ist das möglich. Aber generell ist die städtische Mittelschicht heute sehr nah an der herrschenden Klasse. Besonders ihre Jugendlichen sind extrem Establishment-orientiert. Zeitweilig sehr militant, aber völlig fehlgeleitet. Die Mittelschichts-Jugendlichen, die für mehr Stellen auf die Straße gehen, fragen nie nach der Qualität der Arbeit. Ob sie für den Rest ihres Lebens ein Bankangestellter oder Manager bleiben sollten. Sie sehen nicht den Unterschied zwischen Job und Arbeit, kreativer Arbeit.

Das gleiche gilt für die Studenten, die zur Zeit für die Rücknahme der Reservierungsquoten für die unterpriviligierten Kasten an Universitäten und Ausbildungsinstitutionen kämpfen, besonders in Gujarar und Andra Pradesh. Die Studenten sind sehr militant in der Unterdrükkung der niedrigkastigen Studenten. Letztendlich steht dahinter, daß man Vergünstigungen für die eigenen Kasten erkämpfen will. Pressure Groups im Status Quo... Die grundlegende Frage, warum dieses Ausbildungssystem, das alle unsere Studenten kastriert, überhaupt so fortgeführt werden soll, wird nie gestellt. Wenn man Fragen bezüglich Jobs und Arbeit stellt, kommt bei den Leuten, die idiotische, unkreative und hoffnungslose Arbeiten verrichten, sofort Angst und Verunsicherung auf. Deshalb stellen sie solche Fragen überhaupt nicht. Das Fehlen jeglicher Perspektive wendet sich schnell gegen die engagierten Leute.

Normalerweise ist es sehr leicht, mit unseren Menschen hier zu kommunizieren und in Kontakt zu kommen. Letztendlich ist unsere Kultur eine symbolische. Die Menschen sind immer bereit, auf Rufe zu antworten. Ich kann ein Beispiel aus dem Alltag erzählen, das Symbol des Steins anstelle einer Person: Wenn man in einer Kinoschlange steht, legt man einfach einen Stein hin. Verschiedene Steine bedeuten, daß verschiedene Personen dort stehen. Dann gehen die Leute weg, trinken Tee, lesen Zeitung, kommen zurück und fordern ihren rechtmäßigen Platz ein. Sie streiten ein bißchen, zum Schluß versöhnen sie sich und bekommen irgendwo einen Platz. Alles was man sagt, wird von allen Ecken und Enden überdacht. Alles was man sagen könnte, wird durch Leute antizipiert. Die meisten unserer Menschen können nicht lesen, aber sie können beobachten und zuhören. Sie sind in ihrer eigenen Art und Weise höchst gebildet, wenn auch nicht alphabetisiert. Leider verschwindet die kulturelle Tiefe im Volk allmählich. Die visuellen Medien haben alles überrannt und tiefe Eingriffe in die Sinne der Menschen vorgenommen.

Hier in Indien ist der Film das mächtigste und dominante Medium. Alles, was im Film gesagt oder gezeigt wird, ist irgendwie die „Wahrheit“. Die Ausrichtung des Films ist so, daß nur Volkstümelei und sehr grobe Vereinfachung von komplexen Sachverhalten gefördert wird. Die Erzählstrukturen im Film sind — bis auf wenige Ausnahmen — immer für das Establishment. Das Hauptmedium, in dem Kommunikation möglich wäre, hat die Menschen korrumpiert. So wälzen sich die Menschen zur Zeit wie Büffel in ihrem eigenen Matsch. Aber sie sind Experimenten gegenüber aufgeschlossen, vielleicht sind es die Intellektuellen, die nicht bereit sind zum Experimentieren. Ihnen fehlen oft die geistige Courage und auch die Ressourcen. Das indische Volk ist bereit zuzuhören, sich selbst zu befreien, aber die Medien, die geschaffen wurden, dienen nicht ihren Interessen.

*Du würdest also nicht sagen — wie das viele tun — daß Indien ein hoffnungsloses Land mit hoffnungslosen Menschen ist?*

Die Stärke unseres Volkes liegt in unserer kollektiven symbolischen Existenz. Mit den verschiedenen Nationalitäten innerhalb Indiens haben wir ein reiches, buntes symbolisches Leben, in dem nichts ausdrücklich ausgesprochen werden muß. Selbst eine leichte Geste reicht aus. Die Übergänge zwischen Wirklichem und Unwirklichem sind fließend. Das ist nur möglich, wenn das symbolische Leben am Leben erhalten bleibt. Die Menschen sind sehr geschickt und aktiv. Sie haben neue Fertigkeiten erlernt und alte beibehalten. Bauern, Weber, Handwerker — sie sind sich ihres Potentials als geschickte Geschöpfe bewußt. Wir sind hoffnungsvoll, daß es uns gelingen wird, ein Forum zu schaffen — in unserer Gruppe sind Leute aus der Filmbranche, dem Theater, Architekten und Ingenieure — in dem wir vermitteln können, was die Menschen wirklich wissen müssen: Hintergründe zur Wohnungspolitik, industrielle Umweltverschmutzung, städtisches Transportwesen, Atomkraftgefährdung, Giftmüll. Wir haben — insbesondere im Zusammenhang mit Bhopal — angefangen, Fragen zu stellen: Ob wir diese Art von Lebensstil überhaupt brauchen, mit dem massenhaften Gebrauch von Pestiziden und Düngemitteln. Wir müssen uns aus dem Joch der multinationalen Konzerne befreien. Konzerne und ihre Giftstoffe werden über uns ausgekippt. Wir stellen auch Fragen bezüglich des allopathischen medizinischen Systems (Schulmedizin, die Verf.). Warum gibt es die staatliche Unterstützung ausschließlich für dieses System? In Karnataka kämpften wir Schriftsteller und Journalisten zusammen mit den Bewohnern gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes. Wir brachten den „Deccan Herald“ dazu, Artikel gegen die Nuklearbosse zu schreiben. Die Atomenergiebehörde wird das Atomkraftwerk trotzdem bauen, aber immerhin mit sehr großer Verspätung.

Ich kann überhaupt nicht sagen, daß Indien ein hoffnungsloses Land ist.

**Biggi Wolff** *führte das Interview im Oktober 1986 in Madras/Indien*

# „Wenn wir an das Leben unseres Volkes denken, müssen wir stark sein"

**G. ist Tamile aus Sri Lanka und führendes Mitglied der Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front (EPRLF), einer marxistisch-leninistisch orientierten Befreiungsorganisation. Die EPRLF ist eine der fünf größeren Organisationen, die politisch und militärisch für „Eelam", einen unabhängigen Staat für die 2,5 Mio. Tamilen auf Sri Lanka kämpfen. Das letzte Mal trafen wir uns — wenn auch heimlich — 1984 in Sri Lanka. Im Oktober 1986 sprachen wir mit ihm in Madras/Südindien. G. ist 32 Jahre alt und seit 8 Jahren im Befreiungskampf.**

Frage: *Welche Ereignisse haben Dich dazu bewogen, Dich dem militanten Kampf anzuschließen?*

G.: 1971 nahm ich an einer Studentendemonstration gegen die Beschränkungen bei der Universitätszulassung teil. Tamilen in Sri Lanka müssen eine höhere Punktzahl als Singhalesen im Abitur nachweisen, um zur Uni zugelassen zu werden. Bei dieser Demonstration wurde ich von der Polizei zusammengschlagen. 1974 fand die 4. Tamilische Internationale Konferenz in Jaffna, im Norden Sri Lankas, statt. Dabei wurden neun Tamilen durch Schüsse der Polizei getötet. Das machte insbesondere uns Jugendliche sehr betroffen. Erstmalig kamen da bei mir nationale Gefühle auf, die ich vorher nicht gehabt hatte. Wir dachten an das „tamilische Volk".

Von 1974 an habe ich dann an vielen gewaltfreien Aktionen und Demonstrationen teilgenommen, ohne jedoch Mitglied einer Gruppe zu sein. 1975 begann ich ein Studium in Mathe/Physik an der Uni in Jaffna. Einige Genossen der TELO (Tamil Eelam Liberation Organisation; damals eine völlig andere als die heutige TELO, die Verf.) führten politische Schulungen an der Uni durch. 1976 hatte ich mich stärker in die TELO eingearbeitet, es gab einige progressive Elemente in der Organisation. Wir führten Diskussionen mit Migliedern der Kommunistischen Partei in Jaffna. Zu dieser Zeit wußten wir noch wenig über Marxismus/Leninismus, wir waren hauptsächlich von der Idee der Befreiung unseres Volkes angezogen.

1976 verließ einer unserer Genossen, Padhmanabha (er ist heute Generalsekretär der EPRLF und Oberbefehlshaber ihres militärischen Flügels, der People's Liberation Army/PLA, die Verf.), Sri Lanka und ging nach London. Als er nach Eelam zurückkam, hatte er durch die Eelam Revolutionary Organisation (EROS) militärisches Training durch eine ausländische Befreiungsorganisation erhalten. Er kam zu uns und sprach über EROS. Wir hatten




*Beendet das Abschlachten der Tamilen*

sehr große Hoffnungen, daß wir durch die ausländische Unterstützung alle Möglichkeiten wie militärisches Training und Solidarität erhalten könnten. Zusammen mit mir verließen fast alle Genossen die TELO, die damit erlosch und wir schlossen uns EROS an. 1977 verließ ich die Uni und arbeitete mit tamilischen Flüchtlingen, die nach den Unruhen aus den Teeplantagen in den Norden und Osten Sri Lankas geflohen waren. Wir unterhielten Flüchtlingslager und Kollektivfarmen im Vavuniya Bezirk und trainierten einige der Jugendlichen dort. Ich hatte volles Vertrauen in den Befreiungskampf.

*Du bist seit mehr als acht Jahren im Untergrund. Was für ein Leben führst Du? War es schwer, das „normale" Leben aufzugeben?*

Nein, wir warteten nur auf eine Gelegenheit, um für den Befreiungskampf zu arbeiten. Wenn Du — so wie wir — soviel Vertrauen in einen solchen Weg hast, dann machst Du Dir keine Sorgen mehr um das Studium oder ähnliches. Wir widmen uns voll dem Kampf. 1977 — meine Eltern wußten noch nichts Genaues über meine politischen Aktivitäten — ging ich nur noch zum Examen zur Uni. Ich bestand es, denn meine Freunde waren erstklassige Studenten, ich konnte alles durch sie lernen. 1978 wurde ich zusammen mit einigen Genossen unter dem Verdacht verhaftet, den Polizeiinspektor Bastiampillai und einige andere CID-Inspektoren (= Criminal Investigation Department) umgebracht zu haben. Ich war drei Monate im Gefängnis. Damals wurde noch nicht so wie heute in den srilankischen Gefängnissen gefoltert. Wir mußten nackt sitzen, wurden verhört und geschlagen. Sie konnten uns nichts nachweisen. Damals mußte man noch eine Anklage vor Gericht machen, nicht wie heute, wo die Leute willkürlich verhaftet und jahrelang ohne Anklage inhaftiert werden. So mußten sie uns nach drei Monaten wieder freilassen. Im Gefängnis machte ich eine Prüfung für mein Studium. Der Prüfer mußte ins Gefängnis kommen. Ich bestand, denn im Gefängnis konnte man gut lernen, keine Ablenkungen. Nach meiner Entlassung arbeitete ich voll für den Befreiungskampf. Ich schaltete mich in die Arbeit mit den Opfern des Wirbelsturms in Batticaloa an der Ostküste ein. Wir führten politische Schulungen durch.

Die Arbeit mit den Wirbelsturm-Geschädigten verschaffte uns eine gute Basis im Osten, etwa 100 Genossen arbeiteten damals mit mir in dieser Gegend. Es entstanden überall kleine Basislager. Wir trainierten einige interessierte Jugendliche, einige von ihnen bauten dann neue Trainings-Camps auf. Wir gaben ihnen ein Grundlagen-Training, körperlich, ideologisch, an einheimischen Waffen. Geld bekamen wir von Sympathisanten. 1979 gab es einen Bruch in der Londoner Zentrale von EROS, danach spalteten wir uns auch in Eelam. 1980 arbeiteten 90 Mitglieder in einer Konferenz in Indien das 1. politische Programm für die neue Organisation, die EPRLF, aus.

Nach meiner Verhaftung blieb ich im Untergrund. Ich änderte meinen Namen. Unsere Taktik war, legal — in der Arbeit mit den Wirbelsturm-Geschädigten — und gleichzeitig im Untergrund zu arbeiten. Damals war der Geheimdienst Sri Lankas ziemlich unerfahren, nicht wie heute. Aber wir waren trotzdem sehr vorsichtig, denn einige unserer Genossen waren ermordet aufgefunden worden. Einige andere Jugendliche wurden verhaftet und auch nach mir befragt. Auf öffentlichen Plätzen blieben wir nie länger als 15 Minuten.

Wir nahmen Kontakt zur Bevölkerung auf, politisierten Leute und trainierten einige von ihnen. Zu dieser Zeit wußten meine Eltern über mich Bescheid, aber sie konnten nichts machen. Sie baten mich nur, mein Studium abzuschliessen. 1979 gab es aufgrund interner Probleme eine kurze Unterbrechnung in unserer Arbeit. So ging ich kurz zurück an die Uni und schloß 1980 mein Studium ab.

Durch EROS hatte ich viel über Marxismus und Leninismus erfahren und ein besonderes politisches Verständnis bekommen. Seitdem habe ich mich voll dem politischen Leben gewidmet. Ich denke an all die anderen Dinge — Job, Karriere, mich zu etablieren — nicht mehr. Ich denke nur an mein Volk und an den Befreiungskampf. Nach der Abspaltung von EROS waren wir weniger Leute. Einige nahmen uns nicht ernst, sie sagten, wir seien kleine Jungen und was wir überhaupt machen wollten. Aber wir haben diese Schwierigkeiten überwunden. Durch meine politische und militärische Arbeit habe ich einige Erfahrungen gekriegt. Ich würde gerne mehr studieren, politische Wissenschaften oder Philosophie, um die Verhältnisse noch besser verstehen zu können, als es zu einem früheren Stadium möglich war. Aber ich habe keine Zeit, diese Wünsche in die Tat umzusetzen.

*Welche Art der Zusammenarbeit kannst Du Dir mit der bundesdeutschen Linken vorstellen?*

Zunächst die Propaganda, sei es durch demokratische, liberale oder revolutionäre Organisationen. Sie sollten die legitimen Gründe unseres Kampfes anerkennen. Sie müssen Druck auf ihre Regierungen ausüben, damit die srilankische Regierung nicht mehr unterstützt wird. Dann politische Diskussionen und Informationen. Indem sie uns Berichte verschaffen, z.B. über Waffenlieferungen an das Regime in Colombo. Wir müssen Gebrauch machen vom technologischen Vorsprung der westlichen Länder. Wir müssen uns die Wissenschaft aneignen und sie für unsere Entwicklung nutzen, um über die Organisation des Feindes Informationen zu bekommen. Diese Art von Arbeit kann gut von der Solidaritätsbewegung übernommen werden. Dann die finanzielle Unterstützung, Flüchtlingshilfe, soziale Hilfen. Und dann könnte man auch an weitergehende Aktivitäten denken.

*Wie ist die psychische Verfassung Eurer Genossen? Ist es ein „Krieg ohne Tränen"?*

Sehr wichtig sind die menschlichen Beziehungen in der Organisation, die Freundschaft unter den Genossen. Darauf baut die politische Entwicklung auf. Man muß



*Flüchtlingslager für Tamilen aus Sri Lanka mit Zyklonschutzbau in Südindien*

seine Genossen und sein Volk lieben, nur dann können wir die Massen politisieren, ihnen die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft verständlich machen.

Wenn ein aufrechter, erfahrener Genosse umkommt, berührt uns das persönlich und auch die Arbeit der Organisation. Ein Mensch ist ein Mensch, immer. Wir können eine Person nicht einfach durch eine andere ersetzen. Siva und Nithi und einige andere Genossen — ihr Tod machte uns sehr betroffen. Besonders Nithis Tod traf mich sehr, aber ich weinte damals nicht, als ich von seinem Tod erfuhr. Selbst heute kann ich seine Fotos noch nicht ansehen. Ich kannte auch Nithis Familie. Selbst bei der Beerdigung konnte ich nicht sprechen. Ich stand ihm sehr nahe, aber ich konnte an jenem Tag nichts über ihn sagen, ich konnte einfach nicht. Im Guerillakampf müssen wir jederzeit mit dem Tod rechnen. Wenn wir an das Leben unseres Volkes, an die Sache, für die wir kämpfen, denken, müssen wir stark sein. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

*Wenn zwischen der srilankischen Regierung und der TULF (Tamil United Liberation Front) eine „Zwischenlösung" am Verhandlungstisch, unterhalb eines separaten Staates, ausgearbeitet wird — wie würdet Ihr Euch verhalten?*

Die Brutalität der srilankischen Streitkräfte gegen die unschuldige Zivilbevölkerung betrifft auch uns, jeden Tag sterben die Menschen. Im Moment gehen die Verhandlungen zwischen der bürgerlichen TULF und der srilankischen Regierung weiter. Aber eine solche Art von Lösung, über die sie sprachen, will unser Volk nicht, es will eine bessere Lösung. Die Menschen haben kein Vertrauen mehr in die TULF, daß sie für eine gerechte Lösung kämpft. Die Menschen haben ihr Leben und ihren Besitz verloren, jetzt gibt es kein Zurück mehr zum früheren Stadium. Der Wille unseres Volkes ist zu kämpfen, das ist jetzt Realität. Ich muß meine Gesellschaft auch loben. Selbst die konservative Mittelschicht mit ihrem kleinbürgerlichen Charakter mit so vielen Beschränkungen — Mitgift-, Kasten-, Feudalsystem — sogar diese Leute wollen eine bessere Lösung. Sie wollen die srilankischen Streitkräfte zurückschlagen. Obwohl sie manchmal besorgt sind über den Weg unserer Organisation und sie eine kritische Einstellung gegenüber einigen unserer Methoden haben, unterstützen sie die Befreiungsbewegung uneingeschränkt. Wenn wir uns politisch weiterentwickeln, können wir unsere Probleme lösen. Nach dem Pogrom 1983 waren wir mit dem praktischen Problem konfrontiert, gleichzeitig politisch und militärisch arbeiten zu müssen. Wir brauchten Feldarbeiter und Ausbilder im Lager. Erst jetzt sind wir richtig dabei, uns politisch weiterzuentwickeln.

Sicherlich, ich habe Dir immer gesagt, ich möchte in meinem Heimatland sein, in meinem Volk. Das ist das erste und wichtigste in meinem Leben. Die Frage ist, ob die Situation für uns sicher ist. Wir befinden uns auf dem revolutionären Weg, auf diesem Weg haben wir viele Freunde und viele Feinde. Wir müssen sehr vorsichtig sein, es hängt auch davon ab, welcher Art diese „Zwischenlösung" sein wird. Ich bin sicher, daß ich immer als Marxist/Leninist arbeiten werde, für die Befreiung Sri Lankas. Ich kann mir keine andere Art von Arbeit vorstellen.

*Welche Gefühle hast Du gegenüber den Tamilen, die als Flüchtlinge z.B. in der BRD in Sicherheit auf eine Lösung in Sri Lanka warten?*

Das ist ein gesellschaftliches Problem. Wir müssen die tamilischen Jugendlichen für die Befreiung einsetzen, das ist die Hauptsache. Alles andere ist völlig unnötig, überflüssig. Sie zu kritisieren bringt nichts ein. Im westlichen Ausland ändern die Leute sich, einige zum Guten, andere zum Schlechten. Wir haben uns diesem Problem zu stellen. Manche denken, das westliche Leben sei reicher. Sie haben mehr Geld, sie glauben, daß sei soziale Entwicklung. Aber das ist doch keine wirkliche Lebensfreude. Wenn es eine Lösung, „Eelam", gibt, werden wir sie alle auffordern, zu kommen, um für die Entwicklung unserer Gesellschaft zu arbeiten. Sie können dann in ihrem Volk anwenden, was sie im Ausland gelernt haben. Mit unserer ganzen Kraft und Anstrengung werden wir sie auffordern, für einen sozialistischen Aufbau in Eelam zu arbeiten.

Jeder fühlt es: Unser Platz ist in Eelam, die Tamilen hier in Indien genauso wie die in der BRD.

*Das Interview führten*
**Biggi Wolff/Wolfgang Berger**

*Ausbildung der tamilischen Guerilla*

# Über die Aushöhlung eines Grundrechts

## oder: weshalb dieses Thema aktueller denn je ist




Will man der Propaganda der Bundesregierung und der Landesregierung glauben, so überschwemmte bis Oktober ein „Asylantenstrom" die Bundesrepublik, genauer gesagt: „diesen unseren Staat". Zwar sind es derzeit weniger Flüchtlinge, die kommen. Doch hat sich im Prinzip nichts geändert: „Wirtschaftsasylanten", die von unserem Wohlstand schmarotzen wollen, fallen über uns her und rauben uns den letzten finanziellen Spielraum in den öffentlichen Kassen.

### Regierungslügen

Nichts, aber auch gar nichts davon ist richtig. Richtig ist vielmehr, daß in den Jahren 1933 bis 1945 ca. 800.000 Menschen aus dem Nazi-Deutschland flohen und Schutz (Asyl) in anderen Ländern fanden. Richtig ist weiterhin, daß auf Grund dieser Erfahrung im Grundgesetz ein Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte aufgenommen wurde (Art. 16 Abs. 2 Satz 2), als Verpflichtung zur Solidarität gegenüber Menschen, denen es genauso geht wie den Hunderttausenden von Juden, Sinti/Roma, Homosexuellen, Linken, Christen usw., die vom Hitler-Regime der Vernichtung zugeführt werden sollten. Richtig ist schließlich, daß es in der Bundesregierung ca. 130.000 Asylberechtigte gibt und etwas mehr als 100.000 Asylbewerber.

Falsch sind die Angaben der Bundesregierung, in der Bundesrepublik befänden sich über 600.000 Flüchtlinge. Diese Propagandazahl kommt nur zustande, wenn man, wie dies Innenminister Zimmermann tut, die deportierten Zwangsarbeiter aus der Hitler-Zeit dazurechnet, ebenso wie die beträchtliche Zahl der wieder in die Heimat zurückgekehrten Asylberechtigten, die Kontingentflüchtlinge mitzählt und die Asylbewerber, die einen Zweitantrag stellten, doppelt rechnet, bzw. 6-fach, weil man annimmt, daß jeder Asylbewerber zwei Familienangehörige mitgebracht hätte...

Falsch ist deshalb auch die Behauptung, daß die Bundesrepublik europaweit pro Bevölkerungsanteil am meisten Flüchtlinge aufgenommen hätte. Es ist vielmehr das Gegenteil richtig, wie die statistisch vergleichbaren Zahlen des UNO-Flüchtlingskommissars zeigen. Danach sind in Somalia 13,6 % der Bevölkerung Flüchtlinge, im Iran 4,7 %, im Sudan 3,6 %. In Schweden sind es 1,1 %, in der Schweiz 0,5 %, in Frankreich 0,3 % und last not least sind in der Bundesrepublik, ebenso wie in Großbritannien und Dänemark 0,2 % der Einwohner Flüchtlinge.

Falsch ist also wohl auch, daß wir als eines der reichsten Länder der Welt nicht in der Lage wären, weitere Flüchtlinge bei uns aufzunehmen. Richtig ist vielmehr, daß unsere Regierungen hierzu nicht den politischen Willen haben, daß sie den Auftrag des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz nicht ernst nehmen.

### Täter und Opfer

Aber genug der Rechthaberei. Ziel dieses Artikels ist es nicht vor allem, Recht zu haben, sondern über die augenblickliche Asylpolitik zu informieren und viele Menschen dazu zu motivieren, sich für die Flüchtlinge zu engagieren. Dies ist dringender denn je. Die Welt wird tatsächlich gerade von einer Flüchtlings„welle" überzogen, die kaum Vergleiche in der Geschichte kennt. Nach Angaben des UNO-Flüchtlingskommissars sind zur Zeit weltweit ca. 15 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie sind auf der Flucht vor den Bürgerkriegen im Libanon oder in Eritrea, sie fliehen als Tamilen vor dem Vernichtungsfeldzug der Singhalesen in Sri Lanka, sie fliehen als kurdische Unabhängigkeitskämpfer oder als Linke vor der immer noch diktatorischen türkischen Polizei, sie fliehen vor der Verheizung im iranisch-irakischen Krieg oder vor dem durch Khomeini religiös fanatisierten Mob...
Es gibt auch Hunger- und Krisenflüchtlinge. Doch die schaffen es selten bis zu uns, sondern bleiben in Flüchtlingslagern der Nachbarländer hängen, in Ländern, für die es tatsächlich ein Flüchtlingsproblem gibt, wie z.B. Somalia oder der Sudan. nach Europa kommen nur ca. 5 % der weltweit Heimatvertriebenen.

Was treibt diese Menschen aus ihrer Heimat? Bei genauem Hinsehen stellen wir fest, daß die Gründe zumeist in der Politik der Industriestaaten, wie z.B. der Bundesrepublik, zu suchen ist: Im Krieg zwischen Iran und Irak wird auf beiden Seiten mit deutschen Waffen gekämpft. Getötet werden Iraner und Iraki — verdienen tut z.B. daran die Oberndorfer Firma Heckler und Koch. Die Türkei erhält gerade die nächste Zusage für Leopard-Panzer — als Gegenleistung für den Verzicht auf Freizügigkeit, die den türkischen Bürgern eigentlich nach dem Assoziierungsabkommen mit der EG zustehen wüïe, und als Gegenleistung für die Übernahme der Tiefflugübungen, die für die bundesdeutsche Bevölkerung (zu Recht) unerträglich wurden. Man kann und muß die bundesdeutsche „Entwicklungs-



*Asylantenheim in Hamburg*

hilfe" und unsere Welthandelspolitik einmal genau unter die Lupe nehmen — und wird feststellen, daß diese Politik dazu führt, daß autoritäre Regierungen in der 3. Welt gestützt werden, daß der soziale Unterschied in diesen Ländern immer größer wird, daß wir gegenüber diesen Ländern immer reicher werden, daß wir an Elend, Verfolgung, Krieg und Not in der 3. Welt nur eine daraus folgende Last zu tragen haben: den Profit.

Und nun kommen Flüchtlinge hierher und wollen ein ganz klein wenig von den Brotkrumen abhaben, die uns vom Tisch fallen! Jetzt sind hier Leute, die bei uns Schutz vor der von uns mitzuverantwortenden Verfolgung suchen! Ein solches Anspruchsdenken ist wirklich überzogen!?

So mancher Bundesbürger wird vielleicht sagen: „Was kann ich dafür? Laßt mich mit dem Zeugs und mit den Asylanten in Ruh!" (der Begriff ‚Asylant' ist übrigens nicht zu empfehlen, man assoziiert dazu gleich: Simulanten, Spekulanten, Querulanten... man kann auch Flüchtlinge sagen, oder je nachdem Asylbewerber, -suchende od. -berechtigte). Der Bundesbürger hat nicht Unrecht. Doch hat die Mehrheit dieser Bürger die Regierung gewählt, die derart Politik macht. Jeder von uns profitiert von den „günstigen" Handelsbedingungen für die Bundesrepublik. Außerdem muß ich zurückfragen: „Wer hat etwas gegen die ausbeuterische Bundespolitik in der 3. Welt getan, wer tut etwas dafür, daß diese Länder militärisch, politisch usw. von uns in Ruhe gelassen werden?"

## Die Unmöglichkeit, in die Bundesrepublik zu kommen, und die Leichtigkeit, wieder rauszufliegen

Keine Ruhe finden die dort politisch Verfolgten. Für sie ist es schon fast unmöglich, aus dem Land zu kommen. Erforderlich ist dafür ein Visum (nicht nur für die Einreise in die Bundesrepublik). Und dieses Visum erhält man zumeist nur auf der Botschaft in der Hauptstadt, insbesondere vor den Botschaften steht Polizei... Die einzige Chance, ohne Visum in die Bundesrepublik zu kommen, bestand über das sog. „Loch" Berlin. Dieses „Loch" gestopft zu haben, ist der fragwürdige Erfolg unseres SPD-Bruders Johannes. Gelangt ein Flüchtling, vielleicht nach Bezahlung von mehreren Tausend Mark, an eine Fluchthilfeorganisation, die falsche Papiere besorgte (die Ausbeutung der Flüchtlinge durch sog. Schlepperorganisationen ist nur durch Aufhebung der Visumspflicht zu stoppen), in die Bundesrepublik, so ist dieser hier noch lange nicht in Sicherheit. Wer länger als 3 Monate auf seiner Flucht in einem anderen Land war, der wird an der Grenze (und dem wird der Antrag) als „unbeachtlich" abgewiesen. Oder: Wer die Einlegung eines Rechtsmittels[1] verpaßte, z.B. weil der den deutschen Bescheid nicht verstand, oder nicht mit unserem Rechtssystem zurechtkommt, der ist abgelehnt. Die Beschneidung des Rechtsschutzes[2] durch das Asylverfahrensgesetz tut das übrige, um trotz politischer Verfolgung einen Asylbewerber ablehnen zu können.

Kommt es zum Gerichtsverfahren, so ist dies noch lange keine Gewähr für eine richtige Entscheidung. Die Verfolgung der Tamilen durch die Singhalesen wird vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) nicht anerkannt. Folter in der Türkei ist nach Ansicht von Gerichten kein Asylgrund. Ja, es gibt ein Gericht, das OLG Lüneburg, das noch keinen Asylbewerber anerkannt haben soll. Diese Rechtsprechung verwundert nicht, wenn man sich die Erkenntnisquellen der Gerichte ansieht: Gutachten werden nicht eingeholt von unabhängigen Organisationen wie Amnesty International, sondern vom Auswärtigen Amt. Dieses hat i.d.R. kein gesteigertes Interesse, es sich durch präzise Schilderungen der Zustände in den Ländern mit den dortigen Regierungen zu verderben.

Jetzt wird den Asylbewerbern vorgeworfen, sie verschleppten das Verfahren. Das Gegenteil ist richtig. Die Flüchtlinge haben ein starkes Interesse, möglichst bald Gewißheit zu haben, ob sie in der Bundesrepublik bleiben können. Schuld an den langen Verfahren sind die Regierungen. So schreien z. B. Bayern und Baden-Württemberg am lautesten nach Verfahrensverkürzungen, doch dauern hier die Verfahren am längsten (30 und 23 Monate durchschnittlich). Als in Berlin kilometerlange Schlangen von Asylsuchenden im Fernsehen zu sehen waren, standen in Frankfurt Aufnahmelager leer. In Berlin wurden derzeit 3 Beamte eingesetzt, um die Flüchtlinge „abzufertigen". Oder: Als jetzt eine ableh-



*Palästinensische Flüchtlinge im Libanon*

nende Asylentscheidung des BverwGs Berlin erging, legte der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten gegen Hunderte von Anerkennungen Berufung ein — was ein weiteres Verschleppen der Verfahren um Jahre bedeutet.

## Abschreckung in Sammellagern und Gemeinden

Während der Zeit des Asylverfahrens versucht man, insbesondere in Baden-Württemberg, durch schlechte Lebensbedingungen Asylbewerber „freiwillig" zur Ausreise zu bewegen. Dieses Abschreckungskonzept sah zunächst ausschließlich die Unterbringung in Sammellagern vor: zusammengepfercht mit vielen Flüchtlingen anderer Sprache, Nationalität und Religion auf engstem Raum, zur Untätigkeit verurteilt durch Arbeitsverbot und Kochverbot(!), entmündigt durch das „Sachleistungsprinzip" und 70 DM Taschengeld im Monat (für Fahrkarten, Rechtsanwalt, persönliche Bedürfnisse, Toilettenartikel usw.) wurden und werden Bewohner von Sammellagern seelisch zermürbt und kaputtgemacht. Teilweise wurde die Sozialhilfe gekürzt, weil die Bedürfnisse von Flüchtlingen aus der 3. Welt nicht denen eines Deutschen entsprachen, teilweise wurden die mit Arbeitsverbot belegten Asylbewerber zu „gemeinnütziger" Zwangsarbeit für 1 oder 2 DM pro Stunde verpflichtet. Um es nochmals klar zu sagen: Die Asylbewerber, die ohne zu arbeiten auf unseren Straßen „herumlungern", würden gerne arbeiten, so daß sie „uns nicht auf der Tasche liegen müßten", doch sie sind gezwungen, öffentliche „Hilfe" in Anspruch zu nehmen.

Als die Sammellager trotz all dieser Abschreckungsmaßnahmen nicht weiter überfüllt werden konnten, wurden die Flüchtlinge ab Herbst 1985 auf die Gemeinden über 10.000 Einwohner verteilt. Das Land versucht aber über finanziellen Druck die Gemeinden dazu zu bringen, auch dort Sammellagerbedingungen für die Flüchtlinge zu schaffen: Die Gemeinden erhalten nur 250 DM pro Jahr für Verwaltungs- und Sozialbetreuungskosten. Unterbringungskosten werden nur erstattet für 4,5 qm pro Asylbewerber.[3] Unangemeldet werden oft vor dem Rathaus die zugewiesenen Asylsuchenden abgeliefert. Leider richtet sich die Aggression wegen dieser Politik nicht gegen die Landesregierung, sondern oft genug gegen die Flüchtlinge. Die Gemeinden stehen oft vor fast unlösbaren Unterbringungsproblemen und greifen dann nicht selten zur schlechtesten Lösung: In Wohncontainern aus Blech werden die Flüchtlinge verstaut — 3 pro Kiste.

Während Gemeinden über 10.000 Einwohner gezwungen werden, Asylbewerber unterzubringen, ist es Gemeinden unter 10.000 Einwohnern verboten, Flüchtlinge aufzunehmen. Auch Privatpersonen ist es verboten, durch Zurverfügungstellen von Wohnraum Flüchtlingen zu helfen, es sei denn, die Gemeinde willigt ein.

## Die neuesten Verschärfungen

Eigentlich sollte man glauben, daß es genug der Drangsalierung von Flüchtlingen ist. Weit gefehlt. Die CDU-Regierungen haben sich die Asylsuchenden ausgesucht, um auf deren Rücken Wahlkampf zu machen. Mit dabei war wieder Baden-Württemberg, als es gemeinsam mit Bayern und Berlin im Herbst 1985 eine Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes einbrachte: Flüchtlingen aus Gebieten, wo wirtschaftliche Not, Krieg oder Bürgerkrieg herrscht, soll grundsätzlich kein Asyl mehr gewährt werden. Das Arbeitsverbot soll verbindlich für alle Länder auf 5 Jahre ausgeweitet werden. Selbst anerkannte Asylbewerber sollten durch 2-jährige Überprüfung ihrer Berechtigung dauernd Angst vor einer drohenden Ausweisung haben usw..

In Reaktion auf diese Bundesratsinitiative einigten sich die CDU und die FDP am 23. Juli 1986 auf Verschärfungen, die noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden sollen: Nachfluchtgründe, also Asylgründe, die erst durch politische Betätigung in der Bundesrepublik entstanden, sollen generell nicht mehr anerkannt werden. Wer sich länger als 3 Monate in einem anderen Land aufhielt (und sei es ein so gastfreundliches wie Baden-Württemberg), der wird zurückgeschickt. Weitere Bundesratsvorschläge wurden von den Koalitionspartnern übernommen.

Den nächsten Schlag versetzte die Bundesregierung, als sie am 26. 8. die Visumspflicht für die noch fehlenden Hauptherkunftsländer einführte: Libanon, Syrien, Ghana, Pakistan und Bangladesh. Flugverkehrsunternehmen, die Flüchtlinge ohne Papiere transportieren, wird nicht nur der Entzug der Landeerlaubnis angedroht, sie haben auch eine Buße zu bezahlen und müssen für die Kosten der Rückführung der Flüchtlinge sorgen. Privatunternehmen werden also per Strafandrohung zu Polizeiaufgaben herangezogen... im Dienste des Asylmißbrauchs durch die Bundesregierung. Die Visumserteilung wird noch strikter gehandhabt. Außerdem heißt es in dem Beschluß der Bundesregierung: „Das Auswärtige Amt wird sich gegenüber den Heimatländern von Abzuschiebenden fortgesetzt bemühen, etwaige Abschiebungshindernisse zu beseitigen. die Herkunfts- und Haupttransitländer sollen für eine Zusammenarbeit in der Flüchtlingsproblematik gewonnen werden." Mit anderen Worten: Statt Flüchtlingen Schutz zu bieten gem. Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG mauschelt die Regierung mit den Verfolgerstaaten über die Abschiebung. Wie dies konkret aussieht, wissen wir aus einigen Fällen in der Türkei: der türkische Geheimdienst MIT wurde rechtzeitig von deutschen Behörden über Abschiebungen informiert, um die abgelehnten Asylbewerber sofort vom Flughafen abholen zu können.

Auch das Land ließ sich nicht lumpen: Da ca. 1/4 der abgelehnten Asylbewerber Zweitanträge stellt — nicht grundlos, wie wir oben sahen — beschloß sie, auch am 26.

8. 1986: Einrichtung einer zentralen Ausländerbehörde für die Entscheidung über Folgeanträge in Karlsruhe, Wohnsitzpflicht aller abgelehnten Bewerber in der ZAST Karlsruhe, Einrichtung einer zentralen Abschiebestelle beim Regierungspräsidium in Stuttgart. Wieder in anderen Worten: Zweitantragsteller werden in Karlsruhe konzentriert, um schneller abgelehnt und dann zentral abgeschoben werden zu können — unter Ausschluß von Anwälten, Bekannten und kritischer Öffentlichkeit. Die ersten derartigen Schnellabschiebungen — an einem Tag Schnellanhörung, am nächsten ab in die „Heimat" — sind schon angelaufen.

Am 3. 10. 86 sorgten insbes. die CDU-regierten Länder bei der Innenministerkonferenz in Saulgau für die nächste Schweinerei: Entgegen der Regelung des § 14 AuslG, der auch abgelehnten, aber aus anderen als politischen Gründen bedrohten Flüchtlingen de facto den Aufenthalt gestattet (ca. 1/3 der Ablehnungen), sollen Flüchtlinge auch in Krisengebiete abgeschoben werden (soweit ist auch die SPD einverstanden). Nicht abgeschoben werden nur diejenigen, deren Verfolgung „wesentlich über das Maß dessen, was in dem Staat allgemein oder von einer bestimmten Volks- oder Religionsgruppe allgemein zu erdulden ist," hinausgeht. Bei geringfügiger Strafbarkeit können selbst solche Leute abgeschoben werden. Diese seit Oktober praktizierte Regelung hätte für die vor dem Nazi-Faschismus flüchtenden Juden durchweg die Abschiebung und den Tod in Deutschland bedeutet, da die „Endlösung" die übliche Behandlung von Juden war. Angewendet werden soll dieser „Kriterienkatalog" der CDU-Länder zunächst auf Libanesen, dann aber auf Iraner(!) und Tamilen(!).

Als voläufig letzter Hammer kam am 13. 11. 1986 die oben dargestellte Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes durch den Bundestag. Die Asylhetze ist aber noch lang nicht zu Ende. Zwar haben die Asylbewerber, die über Ost-Berlin kommen, drastisch abgenommen (75 im Oktober 86) dank der SPD-Lochstopf-Politik, doch läßt sich die CDU diesen Wahlkampfrenner nicht so leicht vom Butterbrot nehmen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, daß insbesondere in Baden-Württemberg in der nächsten Zeit mit massenhaften Abschiebungen zu rechnen ist.

Sollte Asylpolitik irgendwann einmal kein Thema mehr für die etablierten Parteien sein, so nur, wenn es das Asylrecht de facto nicht mehr gibt. Hierzu muß nicht das Grundgesetz geändert werden. Wie wir gesehen haben, ging es bis heute auch ohne diese Verfassungsänderung.

Die CDU verfolgt mit ihrer Asylhetze ganz bewußt eine Wahlkampfstrategie: Durch Ausgrenzung, Entrechtung und Diskriminierung der ohnehin schon schutzlosen Gruppe der Asylsuchenden lenkt sie unter geschickten Ausnutzung und Förderung alter nationalistischer Gefühle in der Bevölkerung von den wirklichen Problemen ab: Für Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, für atomare Bedrohung, Waldsterben und Umweltzerstörung sind sicher nicht die Flüchtlinge verantwortlich, sondern die Regierung. Mit Arbeitsverbot einerseits (Schmarotzer, Taugenichtse) und andererseits dem Argument, die Ausländer nähmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg (Wirtschaftsasylanten), werden die Flüchtlinge für die real existierende und berechtigte Existenzangst vieler Bürger verantwortlich gemacht. In Bayern war dieses Wahlkampfkonzept schon erfolgreich. Parallelen aus der deutschen Geschichte drängen sich auf.

Mit einer an die deutsche Identität appellierenden Politik, mit offenem oder aber verdecktem Rassismus sollte in Deutschland nicht wieder Politik gemacht werden können. Deshalb sind alle demokratisch und solidarisch denkenden Deutschen aufgefordert, sich für die reale Wiedereinführung des Asylrechts einzusetzen, gegen die ausländer- und asylfeindlichen Tendenzen in diesem unserem Land zu kämpfen.

Wir sind aufgefordert, innerhalb, aber insbesondere außerhalb der Parlamente uns zu engagieren für:

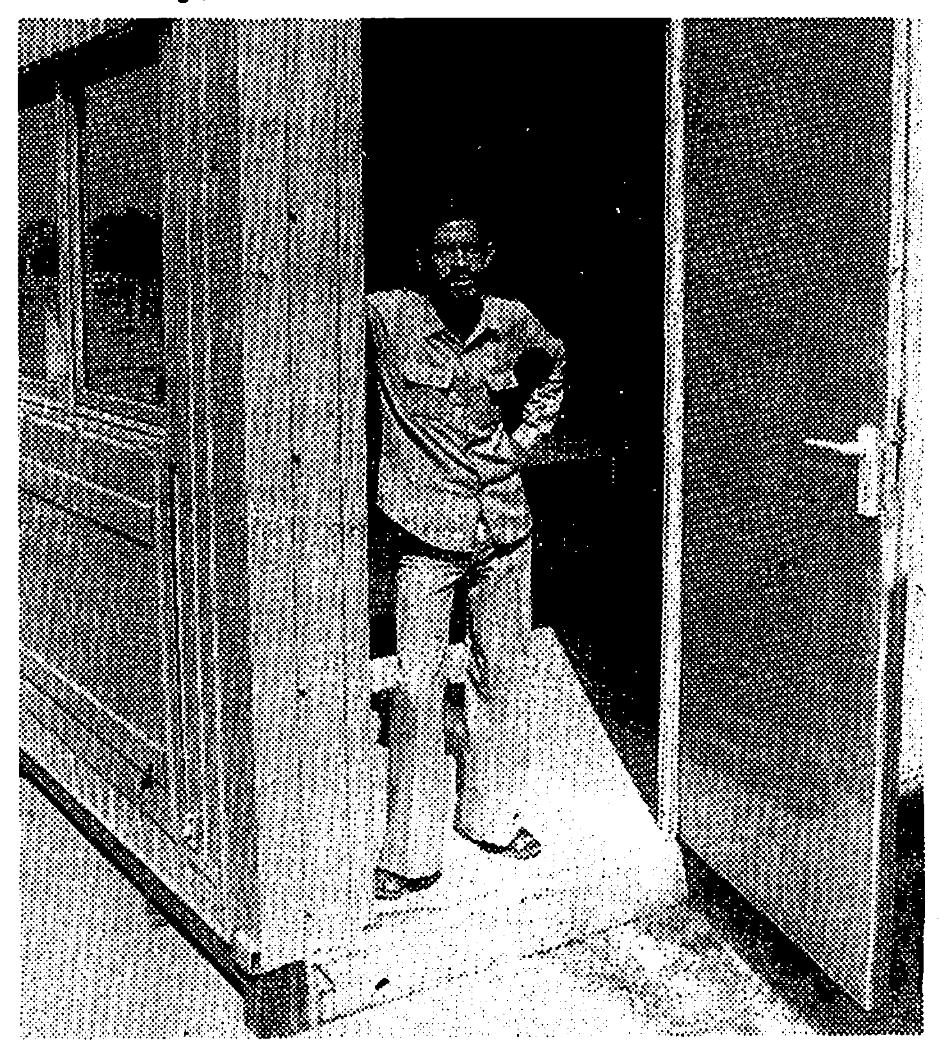
— Aufhebung der Visumspflicht,
— Freizügigkeit statt Residenzpflicht,
— menschenwürdige Lebensbedingungen für Flüchtlinge,
— kein Arbeits- und Ausbildungsverbot und
— Auflösung der Sammellager und der ZAST.

Insbesondere auf kommunaler Ebene müssen wir uns für humanere Lebensbedingungen für die Flüchtlinge einsetzen, müssen wir den Kontakt und den Austausch zwischen Deutschen und Flüchtlingen suchen. Neben der konkreten Flüchtlingsarbeit und der politischen Auseinandersetzung wird es zunehmend wichtig, bedrohte Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen, zu schützen. Dies entspricht zwar nicht dem Gebot der Regierung und der Gesetze, wohl aber dem Gebot der Menschlichkeit.

**Thilo Weichert**

Anmerkungen
1. eine Woche bei sogenannten „offensichtlich unbegründeten" Anträgen; für Deutsche gelten überall 4 Wochen Rechtsmittelfrist
2. kein Widerspruchsverfahren, Entscheidungskompetenz bei einer Person, Beschränkung des Rechts auf Berufung und Revision
3. zum Vergleich: Ausländische Arbeitnehmer können ausgewiesen werden, wenn sie nicht 12 qm Wohnraum pro Person nachweisen können

**Thilo Weichert ist parlamentarischer Berater der grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg im Bereich Innenpolitik. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Ausländer, Asyl.**



*,Wohn'container in Berlin*

# „Angst, einfach Angst...“

## Interview mit den Organisatoren der Fluchtburg Berlin

**Die Aktion „Fluchtburg Berlin“ wird hauptsächlich von dem Ausländerbereich der alternativen Liste Berlin organisiert, erhält Unterstützung aber über dieses Spektrum hinaus. In der Geschäftsstelle der AL wurde ein Büro eingerichtet, in dem die Aktion nicht nur organisiert wird, sondern auch Flüchtlinge beraten werden. Dort wurde das nachfolgende Interview Anfang Januar 1987 geführt.**

Die Situation für die Flüchtlinge aus dem Libanon hat sich in Berlin seither verschlechter. Nachdem der Innensenator von Berlin, Kewenig, im Oktober 86 beschieden hatte, daß die Lage im Libanon sich soweit beruhigt hätte, das nunmehr Abschiebungen in den Libanon vorgenommen werden könnten, verfügte er im Dezember 86 einen neuerlichen Abschiebestop. Um den zu begründen fuhr er für knapp drei Tage nach Beirut. Zu bezweifeln ist, daß man sich in dieser Zeit ein Urteil bilden kann. Als sicher kann gelten, daß der Abschiebestop schon vorher beschlossene Sache war.

Von dem Beschluß vom Oktober 86 wären nicht nur die Pendler und straffällig gewordene Flüchtlinge aus dem Libanon betroffen gewesen, sondern auch alle Libanesen, die bisher den Status der ‚Geduldeten‘ besaßen.

Kewenigs Androhung, abzuschieben, löste unter den Flüchtlingen aus dem Libanon Angst und Verwirrung aus, die auch auf Nichtbetroffene übergriff. Dazu ein Organisator der Aktion: „Wir wissen natürlich nicht, wieviele Flüchtlinge das Land freiwillig verlassen haben, weil sie die Schikanen und den Terror ihnen gegenüber nicht mehr ausgehalten haben.“

Nachdem der UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen im Dezember gegen die Abschiebung eines sechzehnjährigen Palästinensers intervenierte und auch die Einschätzung der deutschen Botschaft gegen eine Abschiebung sprach, wurde der neuerliche Abschiebestop verhängt. Bei der Aktion Fluchtburg Berlin mutmaßt man als Grund auch die Absicht des Innensenats, der gewonnenen Aufmerksamkeit und der Unterstützung für die Aktion den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Das erste Gespräch, dem das abgedruckte Interview zugrunde liegt, wurde noch während dieses zweiten Abschiebestops geführt. Obwohl sich die Lage dadurch entspannt hatte, kamen immer wieder Flüchtlinge zur Beratung, klingelte unentwegt das Telefon. Eine Organisatorin: „Das ist noch harmlos gegenüber dem Andrang nach der Aufhebung des Abschiebestops — da war hier der Teufel los.“



*Zerstörte Häuserzeile in Beirut*

Drei Tage später wurde der Abschiebestop aufgehoben. Aus Berlin wird wieder abgeschoben.

**Frage:** *Wie hat Innensenator Kewenig im Oktober 86 seine Entscheidung begründet, in den Libanon abzuschieben?*

**Antwort:** Er ist ja Anfang Oktober 86 in den Libanon gefahren, für zweieinhalb Tage. Und nachdem er wieder hier in Berlin war, ließ er verlauten, daß sich die Lage im Libanon beruhigt hätte; Beirut sei eine Stadt am Mittelmeer, wie andere Städte auch, außer, daß da ein paar Leute mit Maschinengewehren rumlaufen.

Als Argument für eine Abschiebung hat er weiter angeführt, daß seine Gesprächspartner im Libanon ihm versichert hätten, den Flüchtlingen könne im Libanon nichts passieren. Schon aus dem Grund, daß es dort für die unterschiedlichsten Gruppen jeweils Kantone gäbe, wobei die Flüchtlinge eben nur die richtigen Gruppen mit den dazugehörigen Kanton aussuchen müßten.

Abgesehen davon, daß es innerhalb dieser Kantone nicht unbedingt friedlich zugeht und deren Grenzen zum Teil umkämpft sind, ist die Frage: Wie kommen die Flüchtlinge dahin? Der Flughafen Beirut ist ja die zentrale Drehscheibe bei Abschiebungen in den Libanon, und wie soll man von da aus z.B. in den Norden kommen, ohne durch gefährliches Gebiet zu fahren? Z.B. müßten Palästinenser dann durch Amal-Patroullien durch. Das ist schlichtweg unmöglich. Oder, daß die Flüchtlinge dann eben über irgendwelche Häfen in den Libanon kommen sollen — geht auch nicht, weil zur Zeit kein Hafen von See aus zugänglich ist.

**Frage:** *Welche Personengruppe wäre von den Auswirkungen dieses Beschlusses betroffen?*

**Antwort:** Betroffen sind von dieser Entscheidung all die libanesischen Flüchtlinge, die bisher den Status von Geduldeten hatten, d.h., deren Asylantrag zwar rechtskräftig abgelehnt worden ist, die aber aus humanitären Gründen bisher nicht abgeschoben worden sind. Einen Rechtsanspruch auf Duldung gibt es nicht, die Entscheidung darüber liegt also ausschließlich beim Senat.

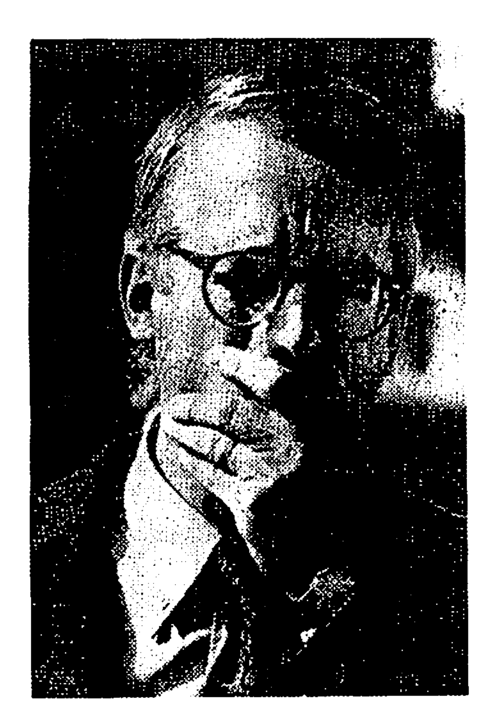
Palästinenser oder Kurden, soweit sie nicht Straftäter oder Pendler sind, sind von der Entscheidung bisher nicht betroffen.

**Frage:** *Wieviel Menschen sind das ungefähr, die jetzt mit einer Abschiebung rechnen müssen?*

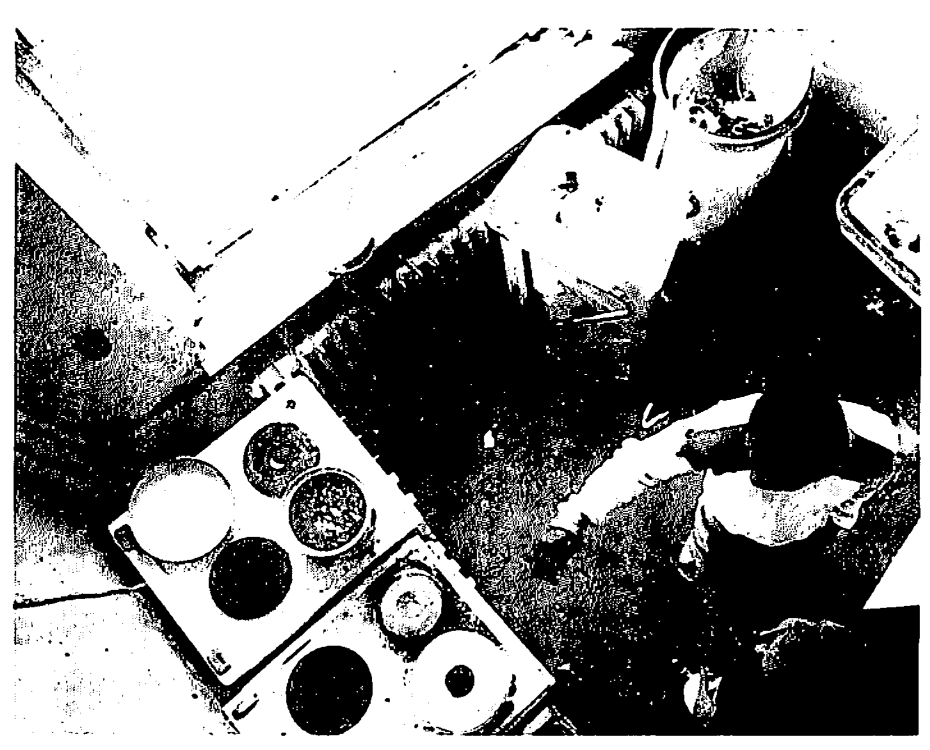
**Antwort:** So um die 500 Personen, aber die Zahlen schwanken. Einmal wird gesagt, es wären 370 Familien, dann wieder, es wären 470 Einzelpersonen, also, genaue Zahlen kann man vom Senat nicht bekommen. Und über die Flüchtlinge selber ist es auch sehr schwierig, Informationen darüber zu bekommen, nicht nur, weil sie über ganz Berlin und alle Heime verstreut leben, sondern weil auch noch nicht alle so eine ‚Ausreiseforderungsandrohung' bekommen haben.

**Frage:** *Wie war deren Reaktion auf den Beschluß, ihnen die Duldung zu entziehen?*

**Antwort:** Die erste Reaktion war natürlich Angst, sehr große Angst, jetzt in den Libanon abgeschoben zu werden. Und viele wußten auch nicht, was sie nun machen sollen, was da genau auf sie zukommen wird, wie die ganze Prozedur abläuft hier in Berlin. Die haben sich zum Teil gar nicht mehr getraut, zu den Meldefristen auf die Behörde zu gehen, aus Angst, dort festgenommen und dann in ein Flugzeug gesetzt zu werden. Und diese Angst hat



*Kewenig, Innensenator*



*Küche in einem Asylantenwohnheim*

auch übergegriffen auf Leute, die eigentlich nichts zu befürchten haben, die aber verunsichert sind und oft auch nicht wissen, wer nun wovon betroffen ist. Das merkt man hier in der Flüchtlingsberatung oft, z.B. war neulich ein Palästinenser hier, dem nichts passieren konnte, der aber einfach panische Angst hatte, zur Polizei zu gehen.

**Frage:** *Ist die Initiative zu der Aktion ‚Fluchtburg Berlin' von den Betroffenen ausgegangen, oder wurde sie in erster Linie von euch initiiert?*

**Antwort:** Nein, das ging vom Ausländerbereich der AL aus. Nachdem bekannt wurde, daß der Abschiebestop aufgehoben werden sollte, hat die Bereichsgruppe sich getroffen und überlegt, wie darauf reagiert werden kann und sollte. Dabei wurde die Idee zur ‚Fluchtburg Berlin' geboren.

**Frage:** *Was umfaßt diese Aktion alles?*

**Antwort:** Zuerst war es wichtig, überhaupt einmal Kontakt herzustellen, d.h. in die Heime zu gehen und die betroffenen Libanesen aufzusuchen und sie dort zu betreuen. Auch, um ihnen zu zeigen, daß sie in dieser Situation nicht alleine sind und sie mit unserer Solidarität rechnen können. Der nächste Schritt ist, sie auf den Behördengängen zu begleiten bzw. für sie auf die Behörden zu gehen. Das ist wichtig, weil die Beamten vor den Deutschen sich nicht trauen, die sonst üblichen Frechheiten und Schikanen zu betreiben.

Das sind so die beiden wesentlichen Elemente der Aktion. Das Verstecken ist natürlich auch wichtig, wird aber hochgepeitscht von der Presse. Viel wichtiger ist die Heimbetreuung und die Hilfe auf den Behörden.

**Frage:** *Aber meines Erachtens war das doch der Aufhänger der Aktion, auch das Element, das am meisten Wirbel verursacht und überhaupt erst die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht hat. Gerade, weil damit die Solidarität einen Schritt weiter geht, als das üblicherweise der Fall ist...*

**Antwort:** Natürlich, und wir werden auch verstecken, wenn es notwendig werden sollte. Wir haben auch genügend Wohnungen und Leute, um Flüchtlinge verstecken zu können.

**Frage:** *Euer Aufruf zur Aktion ‚Fluchtburg Berlin' ist demnach gut angekommen?*

**Antwort:** Ja, besser, als ich erwartet hatte. Nicht nur unter den AL-Mitgliedern, sondern auch darüber hinaus war die Resonanz recht groß.

Aber wir müssen noch mehr Öffenlichkeitsarbeit machen, denn außer in den üblicherweise berichtenden Zeitungen ist nicht sehr viel darüber veröffenlicht worden — und die Kampagne soll ja auch Öffentlichkeit für die Flüchtlinge bringen. Die Springer-Presse hat natürlich ziemlich gehetzt.

**Frage:** *Und wie war die Reaktion der Flüchtlinge selber auf diese Aktion?*

**Antwort:** Ganz gut...

**Frage:** *Es bestand bei den Flüchtlingen also schon Bedarf?*

**Antwort:** Ja, das beweist allein schon der Andrang, der hier während unseres Donnerstagstreffen herrscht und auch den Tag über kommen viele Flüchtlinge hierher zur Beratung — nicht nur Libanesen.

**Frage:** *Wollten sich denn überhaupt*

*Flüchtlinge verstecken lassen oder ist dieser Teil der Aktion eher an den Bedürfnissen der Leute vorbei geplant — es ist ja kein Leichtes, sich hier auf unbestimmte Zeit verstecken zu lassen.*

**Antwort:** Doch, es gibt Leute, die sich eher verstecken lassen, als daß sie in den Libanon zurück gehen. Das deutet auch den Druck an, unter dem die Leute stehen. Aber man darf sich das nicht so abenteuerlich vorstellen, wie es sich anhört: verstecken bedeutet nicht, daß die nun den ganzen Tag in einem Hinterzimmer verborgen werden müssen — die leben ja mehr oder weniger ‚normal' weiter, nur das sie keine polizeibekannte Adresse haben.

**Frage:** *Welche Erfahrungen sind denn bisher mit dem Verstecken gemacht worden, gab es da auch Schwierigkeiten unter den Leuten?*

**Antwort:** Es gab da zum Teil Schwierigkeiten, die sich hauptsächlich um die Verständigung drehten — ein Flüchtling konnte z.b. weder Deutsch noch Englisch, das war natürlich schwierig für beide Seiten. Meistens haben sie aber ganz gute Erfahrungen miteinander gemacht.

Bis jetzt gab es ja auch nur drei Fälle, bei denen es notwendig geworden ist, zu verstecken, und die sind jetzt auch wieder legalisiert, nachdem der vorläufige Abschiebestop (über Weihnachten/Neujahr, ist jetzt wieder aufgehoben worden! d. Red.) in Kraft getreten ist.

**Frage:** *Wie war die Reaktion des Senats bzw. seiner Organe auf diese Aktion, seid ihr z.B. bisher einmal mit der Polizei konfrontiert gewesen?*

**Antwort:** Direkte Eingriffe der Polizei in die Aktion hat es bisher noch nicht gegeben, das dürfte rechtlich auch ziemlich schwer zu rechtfertigen sein. Natürlich weiß man nie, wieviel Spitzel bzw. ob hier Spitzel rumlaufen.

Nun hat Kewenig allerdings verlauten lassen, daß die, die wissentlich einen Flüchtling verstecken, mit bis zu drei Jahren Haft rechnen müssen. Ich weiß ja nicht, wie das in West-Deutschland ist, aber für Berlin ist das Quatsch: Wenn du eine Vorstrafe hast, kann es maximal eine Haftdauer von einem Jahr dafür geben, ansonsten Geldstrafe. Aber die müssen dir erstmal beweisen, daß du gewußt hast, daß die illegal hier sind. Wenn du einen Freund zu Besuch hast, kannst du ja nicht dessen Pass kontrollieren, du bist doch nicht der Bundesgrenzschutz.

**Frage:** *Nochmal zurück zu den Behördengängen: welche Erfahrungen gibt es da?*

**Antwort:** Die versuchen natürlich, das abzublocken, wo sie nur können. Und fahren mit einer ganzen Menge Tricks auf, um das zu verhindern: Die sagen den Betreuern, das sie kein Recht hätten, auf der Behörde zu erscheinen, daß sie, wenn sie statt der Flüchtlinge dorthin gehen, für die ein Attest bräuchten, oder sie wollen die Vollmacht nicht anerkennen bzw. wollen sie beglaubigt haben — das stimmt zwar alles nicht, aber zuerst sind die Betreuer davon meistens zu beeindrucken. Die haben ja keine juristische Ausbildung und sind oft unsicher über ihre Rechte. Aber sowas klären wir dann hier und die Betreuer gehen dann eben ein zweites Mal dahin — das hat also höchstens aufschiebende Wirkung, ist für die Betreuer aber auch ziemlich stressig. Ist halt reine Schikane.

**Frage:** *Von den Beamten und der Behörde geht also der Wille aus, solche Hilfen zu verhindern?*

**Antwort:** Na klar, irgendwie müssen die auch reagieren, wenn die da auf einmal soviel Deutsche auf dem Amt haben — und da versuchen sie eben, durch solche Tricks ihre Schikanen weiter zu betreiben.

**Frage:** *Solche und andere Schikanen sind gegenüber den Flüchtlingen sonst auch auf der Tagesordnung?*

**Antwort:** Ja, da laufen schon halbe Erpressungen, falsche Angabe und Versprechungen von seiten der Behörde. Z.B. wurde einem Flüchtling gesagt, hier, unterschreib das, das ist wichtig für dich, und dann hat der unterschrieben, daß er freiwillig ausreisen wolle. Oder die drohen, daß die Duldung nicht verlängert wird, wenn keine Unterschrift unter ein Passantragsformular gesetzt wird (erst mit einem Pass können Flüchtlinge in den Libanon abgeschoben werden / d. Red.).

Und dann gibt es natürlich auch noch Beamte, die haben bestimmte Leute auf dem Kieker, und die dürfen dann einmal in der Woche bei ihnen aufkreuzen — und das ist kein Spaß: Nummer ziehen, stundenlang warten und immer die Unsicherheit im Nacken.

Richtig schlimm wird es in solchen Fällen, wo es direkt um die Abschiebung geht — z.B. gab es da einen Fall, da kamen morgens um halb sieben Polizeibeamte in Zivil in ein Heim und haben einen Palästinenser herausgeholt, mit der Begründung, er habe einen Gerichtstermin. Und er solle sich Geld mitnehmen, angeblich zum telefonieren. Um 11.30 Uhr war er noch immer nicht wieder da, und seine Familie wunderte sich, wo der Mensch bleibt. Und dann kam die Information, daß er in Beirut sei. Das mußt du dir mal vorstellen! Der Mensch war schwer nervenkrank, und seine größte Angst war, wieder in den Libanon zurück zu müssen — er war in Chattila 1982 (In dem palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chattila wurde mit Duldung des israelischen Militärs von christlichen Milizen ein Massaker angerichtet / d. Red.).

**Frage:** *Kommen wir noch einmal zurück auf die Aufhebung des Abschiebestops. Betroffen davon sind Libanesen, die bisher den Status von Geduldeten hatten. Was ist bisher passiert und was steht zu befürchten, daß es passiert?*

**Antwort:** Passiert ist bisher, daß nach der Ankündigung Kewenigs, die Geduldeten abzuschieben, ein Schreiben an die betreffenden Personen rausgegangen ist, das man vielleicht als ‚Ausreiseaufforderungsandrohung' bezeichnen kann. Und das Schreiben hat folgenden Wortlaut: ‚Sehr geehrter Herr/Frau XY, ich beabsichtige, sie zur Ausreise aufzufordern. Ihr Asylantrag ist rechtskräftig abgelehnt worden, bis jetzt wurde auf Grund der Lage im Libanon ihr Aufenthalt hier geduldet. Mir liegen Informationen vor, daß sich die Lage im Libanon verändert hat, so das eine Rückkehr nunmehr zumutbar ist. Sie erhalten Gelegenheit, sich dazu gemäß § 28 Verwaltungsverfahrensgesetz innerhalb einer Frist von 14 Tagen zu äußern. Hochachtungsvoll, im Auftrag...' Und dann kommt die Ausreiseaufforderung.

Aber dazu ist zu sagen, daß die bisher noch zu keinem Libanesen gekommen ist, der bisher einen Geduldeten-Status hatte. Da ist dann ja auch der Abschiebestop Ende des Jahres gekommen, nachdem der UN-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen in Bonn interveniert hatte. Offiziell soll das natürlich nichts miteinander zu tun haben.

**Frage:** *Bisher ist also noch keine Ausreiseaufforderung an die geduldeten Libanesen ergangen?*

**Antwort:** Nein, allerdings an Pendler schon, die wurden auch abgeschoben. Die Leute, die vor dem Abschiebestop versteckt worden sind, waren auch Pendler und keine bisher Geduldeten.

**Frage:** *Was passiert, wenn man eine Ausreiseaufforderung bekommen hat?*

**Antwort:** Dann hat man noch vier wochen Zeit, um das Land zu verlassen. Innerhalb dieses Zeitraums muß man sich ein Ticket besorgen und die Ausreise organisieren.

**Frage:** *Habe ich das richtig verstanden: man muß die eigene Abschiebung organisieren und auch bezahlen?*

**Antwort:** Ja. Mit dem Ticket mußt du dann zur Ausländerbehörde. Und dann ist ja die Voraussetzung, um abzuschieben: nicht ‚freiwillig' auszureisen. Dabei reicht es auch schon, wenn die Mittel für ein Ticket nicht vorhanden sind — und kaum jemand hat die Mittel.

Aber es gibt dann für die Flüchtlinge noch die Möglichkeit, zum DRK zu gehen. Die helfen einem bei der Ausreise, bezahlen auch den Flug, vierzig Dollar gibt es auch noch — aber die Sache hat den Haken, daß dort ein Dokument unterschrieben werden muß, mit dem auf alle Rechtsansprüche in der BRD bzw. Westberlin verzichtet wird. Es gibt dann keine Möglichkeit mehr für die Flüchtlinge, hier rechtlich etwas zu unternehmen.

Das machen viele Flüchtlinge, aus Angst vor Abschiebehaft und Abschiebung.

**Frage:** *DRK und Senat arbeiten also eng zusammen?*

**Antwort:** Ja, beim DRK ist extra ein Rückkehrbüro eingerichtet worden. Da wird auch schon mal gesagt: Es sieht doch soundso aussichtslos für sie aus, kehren sie doch lieber freiwillig zurück, da bekommen sie auch noch vierzig Dollar.

**Frage:** *Im Moment wird ja nicht abgeschoben...*

**Antwort:** Nein, im Dezember wurde ein neuerliche Abschiebestop verfügt, der sogar noch weitreichender ist als der vorangegangene: sogar Pendler und Straffällige werden nicht abgeschoben.

**Frage:** *Wie schätzt ihr die Lage für die nahe Zukunft ein. Wird wieder abgeschoben werden?*

**Antwort:** Ja, natürlich, wir rechnen damit, daß der Abschiebesop bald wieder aufgehoben wird. Dann werdan auch die Geduldeten bald aufgefordert werden, auszureisen.

**Das Interview führte Volker Heise.**

Informationen über die Aktion ‚Fluchtburg Berlin': Alternative Liste Berlin, Badensche Straße 29, 1000 Berlin 31, Tel. 030/8 61 44 49 oder 8 61 29 14

# Rezensionen

## Kein Asyl bei den Deutschen

Endlich ist es geschafft: Die Grenzen sind dicht, wir bleiben deutsch. Und die, die es bis jetzt geschafft haben, in unser gelobtes Land zu kommen, werden es sich nächstesmal anders überlegen — „die BRD ist zu einem Land geworden, aus dem ein Verfolgter wieder fliehen muß."

Das von Heiko Kauffmann herausgegebene Buch *„Kein Asyl bei den Deutschen" — RoRoRo aktuell Nr. 5989, 254 S., DM 10,80, erschienen im Nov. 86,* beleuchtet umfassend alle Aspekte der Asylfrage. Heiko Kaufmann, Mitarbeiter bei terre des hommes Deutschland, hat für seine Sammlung von Berichten, Analysen und Interviews zu diesem Thema bekannte Autoren zusammengebracht.

Im ersten Teil des Buches wird der Mißbrauch des Asylrechts durch die Bundesregierung analysiert. Aus Wahlkampftaktik wird Fremdenhaß aufgebaut, die Grundrechte werden ausgehöhlt und tausende von Menschen erniedrigt und psychisch gefoltert, weil sie nicht in ihr ideologisches Konzept passen. Anschließende Beiträge versuchen dann, das falsche Spiel mit Zahlen und Menschen, das von den Behörden getrieben wird, aufzudecken und den Einfluß auf unsere Sprache zu untersuchen. „Asylantenspringflut", „Überschwemmung", „im Völkerbrei versinken" sind nur einige sprachliche Beispiele dafür, wie bestimmte Medien die Asylsuchenden zu reaktionären politischen Zielen mißbrauchen.

Im zweiten Teil wird die allumfassende Politik der Abschreckung im Einzelnen dargestellt. Sie fängt bei der Erschwerung der Einreise an: Visumzwang für die meisten Länder, eingeschränkte Visaerteilung, nur nach Hinterlegung hoher Kautionen, - politisch Verfolgte müssen bereits bei der zuständigen Botschaft in ihren Heimatländern nachweisen, daß ihnen die Gefahr der physischen Existenzvernichtung droht, - Beförderungsunternehmen wird für die Beförderung von Personen ohne Einreisegenehmigung Bußgeld auferlegt etc. etc. Die wenigen, die es dennoch geschafft haben zu fliehen, werden mit 5 Jahren Arbeitsverbot, gekürzter Sozialhilfe, Zwangsunterbringung, eingeschränkter Bewegungsfreiheit, Einstellung der deutschen Sprachkurse, und dem Heranziehen zu gemeinnütziger Arbeit konfrontiert.




Die Autoren nennen im dritten Teil Beispiele für die Ungeheuerlichkeiten, die Asylsuchende in der BRD bei Behörden und beim Anerkennungsverfahren, in Zwangsunterkünften und in „Freiheit" erleiden müssen, oder bei der Abschiebung: „Zu zweit kommen die Polizisten, wenn sie jemanden suchen, den sie abschieben wollen. Wenn sie ihn nicht finden, werden sie wütend, und manchmal treten sie Fenster und Türen ein. Oft kommen sie mitten in der Nacht. Dann ist kein Sozialarbeiter in seinem Büro, kein Anwalt in seiner Praxis, kein Richter im Amt, der die Abschiebung verhindern könnte. Der Asylbewerber muß dann in Handschellen seine Koffer packen. Wenn er Glück hat, hilft ihm dabei ein Bettnachbar. Wenn nicht, dann bleibt die Hälfte seiner Sachen liegen". Die Verpflegungssituation, die oftmals groteske Formen annimmt, wird ausführlich dargestellt, angereichert mit Zitaten und Beispielen, wie es überhaupt das gesamte Buch ist. „Die Kochplatte ist hier so eingerichtet, daß sie sich nach 10 Minuten von selbst abschaltet, weil man in Hamburg Menschen aus der Dritten Welt nicht zutraut, den Herd abzudrehen." Ebenso die Unterbringung in den Sammellagern, die unweigerlich Assoziationen zur Minderheitenbehandlung während der Nazizeit weckt — z.B. München, Heßstr. 89, ein ehemaliges Bürogebäude, jetzt Sammellager mit ca. 80 Asylbewerbern pro Stockwerk: „Es gibt im ganzen Haus keine Waschmaschine. In keinem Zimmer gibt es Waschbecken, das einzig verfügbare Wasser muß aus den Toilettenräumen geholt werden (pro Stockwerk zwei Räume mit je 4 Toiletten). Noch klarer ausgedrückt, in den Waschbecken in den Toilettenräumen müssen sich auch die Insassen den Körper, ihr Geschirr und die Wäsche waschen. Toilettenpapier wird nur im Büro ausgegeben. Das Büro schließt um 17 Uhr und ist Samstag/Sonntag nicht besetzt. Heißwasser ist nicht jederzeit verfügbar, oft sei nur lauwarmes Wasser vorhanden."

Die Situation in den Flüchtlingsländern wird im vierten Teil beispielhaft an Sri Lanka und dem Iran aufgezeigt, die Unsinnigkeit der Unterscheidung zwischen wirtschafts-(politischen) und politischen

Flüchtlingen wird dabei herausgearbeitet. Während unsere Rüstungskonzerne von der Fortdauer des Iran-Irak-Konflikts profitieren, werden Iraner, die vor der Repression des Khomeini-Regimes und der kriegsbedingten katastrophalen wirtschaftlichen Lage fliehen, als sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge" abgewiesen. Was maßen sich die deutschen Gerichte an, wenn sie Völkermord und Folter als „Erscheinungsform der Strafrechtspflege" und als „Ausdruck staatlichen Ordnungswillens" bezeichnen und das Asylbegehren damit ablehnen? Eigentlich ist es kein Wunder, wenn man bedenkt, daß bis heute nicht ein Nazi-Richter für seine Urteile zur Rechenschaft gezogen wurde.

Im Buch wird erstmals auch das Protokoll der Diskussion im Parlamentarischen Rat 1948/49 bei Schaffung der Grundgesetzartikel 16 und 17 veröffentlicht, aus der noch einmal klar hervorgeht, daß die derzeitige Auslegung des Asylrechts gegen die Intention der Verfassung verstößt. Ein Auszug:

»Renner (KPD): Antrag zu Art. 16: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht einschließlich des Rechtes auf Arbeit.
Vors. Schmidt (SPD): Das haben wir schon irgendwo anders... In Art. 2 haben wir ja die Bestimmung, daß jeder das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit hat.
Dr. v. Brentano (CDU): Es geht mir aber zu weit, daß wir generell dem politisch Verfolgten das absolute Asylrecht geben.
Wagner (SPD): ... wäre es Sache des Bundesgesetzgebers, dafür zu sorgen, daß die Menschen, die bei uns ein Asyl gefunden haben, auch die Möglichkeit zum Leben haben. Die haben sie nur, wenn sie die Möglichkeit zur Arbeit haben, weil die Unterstützung auch bei Flüchtlingen, auch bei Leuten mit Asylrecht demoralisierend wirkt.
Renner: Was die Frage des Asylrechts in Verbindung mit dem Arbeitsrecht betrifft so bin ich nicht der Auffassung, daß die Formulierung „jeder" in Art. 2 schon genügt, um auch politisch verfolgte Ausländer darunter zu fassen.
Vors. Dr. Schmidt: Doch, „jeder" bedeutet: jeder Mensch, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit.
Renner: Gut, wenn das ins Protokoll aufgenommen wird, daß das auch für politische Emigranten gilt, so kann ich auf die Einbringung meines Antrages verzichten«

Was ich im Buch vermisse, sind ausführliche Berichte von Widerstandsaktionen gegen die Auslegung und Verschärfung des Asylrechts. Ausländerinitiativen und terre des hommes-Arbeitsgruppen haben hier durch jahrelange Beschäftigung mit Problemen von Asylsuchenden sicher wichtige Erfahrungen gemacht. Ebenso findet frau/man keine Literaturhinweise. Statt dessen hätte man die am Schluß des Buches abgedruckten Erklärungen von Kirchenrat, SPD, Arbeiterwohlfahrt u.a. weglassen können. Sie erscheinen auf Ausgleich bedacht und büßen durch ihre vorsichtigen Forderungen an Überzeugungskraft ein. Wenn es um das Asylrecht geht, ist eine größere Radikalität auch in unseren Forderungen angebracht, erst recht nach dieser Wahl. Kein Asyl bei den Deutschen — ein Buch, daß möglichst viele lesen sollten!

— hh —

## Schering unter Anklage

**Neue PAN-Studie belegt den Krebsverdacht gegen ein Insektengift der Firma Schering. Das krebserregende Mittel Chlordimeform bedroht weltweit Millionen von Bauern, Landarbeitern, Verbrauchern und Chemiearbeitern.**

In einer gleichzeitig in über zwanzig Ländern veröffentlichten Studien dokumentiert die internationale Umweltschutzorganisation PESTIZID AKTIONS-NETZWERK (PAN), daß das weltweit eingesetzte Insektenvernichtungsmittel Chlordimeform Krebs erregt. Die PAN-Studie basiert auf zuvor unveröffentlichten Untersuchungen des schweizer Chemiekonzerns Ciba Geigy. Ciba-Geigy und die bundesrepublikanische Schering AG sind die bedeutendsten Hersteller und Vertreiber von chlordimeformhaltigen Schädlingsbekämpfungsmitteln. Beiden Firmen war die PAN-Studie bereits vor einem Monat zugestellt worden. Schering hat in seinem Antwortschreiben die weitere Anwendung des chlordimeformhaltigen Schering-Mittels Fundal als gerechtfertigt dargestellt. Dagegen hat der durch die Rhein-Katastrophe in Mißkredit geratene Schweizer Konzern Ciba Geigy die Behörden in den südamerikanischen, Chlordimeform anwendenden Ländern aufgefordert, Chlordimeform die Zulassung zu entziehen. Beide Chemiefirmen halten jedoch die weitere Produktion des Wirkstoffes Chlordimeform aufrecht.

Dem New Yorker Wissenschaftler Dr. Karim Ahmed gewährte Ciba Geigy Zugang zu firmeninternen toxikologischen Daten über Chlordimeform. Dr. Ahmed, der die PAN-Studie erstellt hat, erläutert das Ergebnis seiner Überprüfung der Industriedaten: „Chlordimeform stellt eine eindeutige Krebsgefahr für die Anwender dieses Mittels, aber auch für die Verbraucher von damit behandelten Nahrungsmitteln dar..."

Chlordimeform wird vor allem in Baumwoll-Kulturen versprüht. In den Ländern der Dritten Welt wird es jedoch auch beim Anbau von Tomaten, Kartoffeln, Äpfeln und Birnen angewandt. Auch in der Bundesrepublik war Chlordimeform jahrelang unter den Handelsnamen Fundal und Galecron im Acker-, Gemüse-, Obst-, Wein- und Zierpflanzenanbau im Einsatz. Als sich bereits 1976 erstmals der Krebsverdacht erhärtete, zog die Firma Schering das Mittel in der Bundesrepublik aus dem Verkehr. Nach einem kurzen Produktionsstopp produziert Schering seit Jahren das in der Bundesrepublik inzwischen nicht mehr zugelassene Mittel Fundal nun ausschließlich für den Export.

Aufgrund der von Chlordimeform ausgehenden Krebsgefahr fordert das internationale PESTIZID AKTIONS-NETZWERK (PAN), daß alle Chlordimeform-Hersteller die Produktion dieses Wirkstoffes einstellen, den weiteren Verkauf chlordimeformhaltiger Schädlingsbekämpfungsmittel unterlassen und bereits ausgelieferte Produkte zurückrufen sollen. An die Regierungen der Anwenderländer richtet PAN die Forderung, das Mittel zu verbieten. „Als einen Skandal" bezeichnet das PAN-Vorstellungsmitglied Armin Radünz die Tatsache, daß Schering mit Fundal in der Dritten Welt ein krebserregendes Mittel vertreibt, das bei uns nicht mehr in den Handel kommen darf. „Dabei ist der Einsatz von chlordimeformhaltigen Mitteln gar nicht mal nötig", betont der Diplom-Chemiker Radünz, „zur Kontrolle der Baumwollschädlinge stehen ungefährliche biologische Präparate wie zum Beispiel Bscillus thurengiensis zur Verfügung."

Das internationale PESTIZID AKTIONS-NETZWRRK (PAN) ist ein weltweiter und mehr als 300 Gruppen umfassender Verband der Kritiker eines ungehemmten Einsatzes sogenannter Pflanzenschutzmittel. Mit seiner im Sommer 1975 gestarteten Öffentlichkeitskampagne „Das dreckige Dutzend" machte PAN am Beispiel ausgesuchter gefährlicher Pestizide auf die Gefährdungen und Schädigungen von Mensch und Natur durch Pestizide aufmerksam. Zu dem „Dreckigen Dutzend" gehören neben Chlordimeform auch Mittel wie DDT, Paraquat, Parathion (E 605), Lindan und andere. In der bundesrepublikanischen PAN-Sektion sind 25 Gruppen aus dem Umwelt-, Verbraucher-, Dritte-Welt- und Landwirtschaftsbereich zusammengeschlossen.

Informationen und Presse-Hintergrundmaterial fordern Sie bitte unter 040/39 39 78 in der PAN-Geschäftsstelle an:
PESTIZID AKTIONS-NETZWERK (PAN), Nernstweg 32-34,
2000 Hamburg 50,
Tel.: 040/39 39 78

# Malawi: ein entwicklungspolitisches Musterland?

**Folgender Überblick über die Verhältnisse in Malawi faßt die Grundaussagen von Michael Martins Buch „Malawi — ein entwicklungspolitisches Musterland" zusammen (erhältlich bei der *Informationsstelle Südliches Afrika, Blücherstr. 14, Bonn).***

**Ist Malawi ein entwicklungspolitisches Musterland oder nichts weiter als ein diktatorischer Polizeistaat? Über kaum ein Entwicklungsland gehen die Meinungen derart auseinander wie über diesen 118.484 km kleinen, mit ca. 6 Mio. Einwohnern aber relativ bevölkerungsreichen Binnenstaat im südöstlichen Afrika.**

**Wird von Befürwortern des malawischen Entwicklungswegs immer wieder die scheinbar erfolgreiche, weil die Selbstversorgung ermöglichende Agrarpolitik angeführt, so verweisen die Kritiker dagegen auf die massiven Menschenrechtsverletzungen des Regimes unter Präsident Banda.**

## Malawis Agrarpolitik

In der Tat ist Malawi eines von wenigen Beispielen in der Dritten Welt, die konsequent die Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Entwicklungspolitik gestellt haben.

Dies ergab sich allerdings nahezu zwangsläufig aus den geographischen und ökonomischen Bedingungen. Malawi ist ein traditioneller Agrarstaat. 90 % der 6 Mio. Einwohner leben auf dem Land und vom Land. Ökonomisch verwertbare Bodenschätze sind kaum vorhanden und auch die städtische Industrie ist nur gering entwickelt.

Seit 1978 gibt es ein „Nationales Landwirtschaftsprogramm", das finanziell vor allem durch Weltbank und EG getragen wird.[1]

Dieses Programm verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:

— Eine Erhöhung der Produktivität der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Richtung Cash-Crop-Produktion (ausschließlich für den Export). Durch das erwirtschaftete Mehrprodukt sollen

— die kapitalistische Plantagenwirtschaft und die städtische Industrie gefördert werden. Dadurch soll eine wirtschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt werden, die

— die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert und damit ihre soziale Befriedung ermöglicht.

Was aus diesen Zielen bisher geworden ist und in welchem weltwirtschaftlichen Zusammenhang sie zu sehen sind, wird von Michael Martin in seinem Buch analysiert und aufgezeigt.

Das erste Ziel, die kleinbäuerliche Produktion zu fördern, wurde nicht erreicht. Ein Grund für das Scheitern ist darin zu suchen, daß durch die Ausbreitung der Plantagen die Landreserven zunehmend aufgebraucht sind. Die durchschnittliche Landgröße einer Bauernfamilie sank von 1,52 ha im Jahre 1968 auf 1,1 ha 1980. Die Bauern werden außerdem dazu gezwungen, zunehmend marginale oder erosionsgefährdete Böden zu bebauen, wodurch die Hektarerträge tendenziell sinken.

Zudem werden den Kleinbauern nur relativ geringe Preise für ihre Waren geboten, d. h. durch die halbstaatliche Vermarktungsorganisation ADMARC, die im Bereich der kleinbäuerlichen Produktion das Vermarktungsmonopol besitzt, findet eine Wertabschöpfung bäuerlicher Produkte statt. Die ADMARC gibt den durch gestiegene Weltmarktpreise höheren Erlös nicht an die Kleinbauern weiter,[2] sondern benützt ihn zum einen zum Aufbau nationaler kapitalistischer Unternehmen und zum anderen zur Unterstützung der Plantagenwirtschaft.

Wegen der niedrigen Marktpreise ziehen sich viele Bauern in die Subsistenzwirtschaft zurück, die Cash-Crop-Produktion stagniert. Ein positiver Effekt dieser Entwicklung ist die dadurch eingeleitete Selbstversorgung Malawis, die jedoch durch die Verknappung der Anbauflächen und die Bebauung erosionsgefährdeter Böden schon wieder gefährdet ist.

Es ist dieser Effekt, der das malawische Entwicklungsmodell nachahmenswert erscheinen läßt. Von offizieller Seite ist er nicht gewollt.



## Die Plantagenwirtschaft

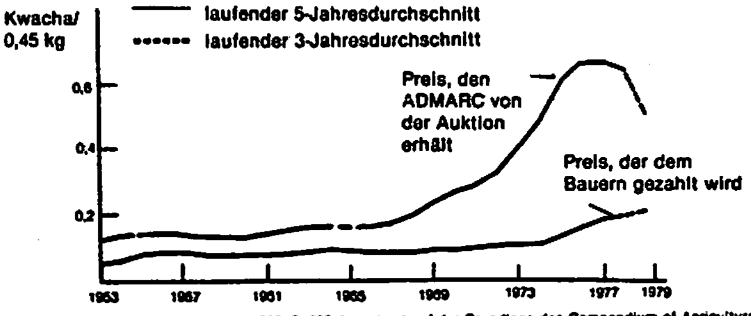
Plantagen bilden das Rückgrat der Exportwirtschaft Malawis. Die Hauptexportprodukte Tabak, Zucker und Tee werden fast ausschließlich auf großen Plantagen angebaut.

Die Struktur der Teeplantagen hat sich seit der Kolonialzeit kaum verändert. Sie befinden sich wie eh und je in der Hand englischer, italienischer oder griechischer Gesellschaften.

An den beiden großen Zuckerplantagen Malawis haben die ADMARC und

*Abbildung 7*

**Das Verhältnis der Tabakpreise, die ADMARC von der Auktion erhält, zu denen, die sie an die Bauern zahlt, 1953 - 1979 (laufende 5-Jahresdurchschnitte)**




Quelle: Kydd/Christiansen 1982, S. 369, berechnet auf der Grundlage des Compendium of Agricultural Statistics, 1977, mit entsprechenden Ergänzungen.

die Press Holding[3] eine starke Kapitalbeteiligung.

Die Tabakplantagen schließlich befinden sich zu 100 % im Besitz malawischer Gesellschaften oder hoher Staatsbeamter. Präsident Banda selbst besitzt mindestens sieben Großfarmen.

Vor allem die Tabakplantagen waren ein wichtiger Bereich zur Durchsetzung der malawischen Entwicklungsstrategie. Als deren Träger soll eine neugeschaffene Agrarbourgeoisie fungieren, die sich aus Ministern und hohen Staatsbeamten rekrutiert. Ihnen wurde von Präsident Banda „nahegelegt", sich zusammenzuschließen und Kapital anzuhäufen. Das Ergebnis reichte jedoch zur Firmengründung nur selten aus und neue Farmen mußten nicht selten durch Kredite finanziert werden, die in Malawi mit bis zu 15 % verzinst werden.

Die Folge war und ist die extreme Ausbeutung von Plantagenarbeitern und Natur:

– Von 1970 bis 1980 sank der Reallohn um jährlich 6 %. Er reichte gerade aus um das Überleben der Arbeiter selbst zu sichern. Da die Familien auf Subsistenzwirtschaft angewiesen sind, müssen viele ihre Familien am Herkunftsort zurücklassen, der nicht selten hunderte von Kilometern entfernt ist.

Hinzu kommen katastrophale Lebensbedingungen auf den Plantagen. Es erstaunt kaum, daß die Besitzer Probleme bekunden, genügend Arbeitskräfte zu finden.

– Auf den neu entstandenen Tabakplantagen wird sogenannter „Flue-Cured-Tabak" angebaut, der zur Trocknung geschlossene, beheizte Räume benötigt, als Brennmaterial wird Holz verwendet. Dies führt dazu, daß spätestens nach 2 Jahren das bei der Rodung gewonnene Holz verbraucht ist. Der Tabakanbau laugt die Böden stark aus und der Zwang zur Erwirtschaftung hoher Gewinne verstärkt diese Tendenz noch zusätzlich.

Die malawische Entwicklungspolitik erwies sich auch in diesem zweiten Bereich als Fehlschlag, da viele der neugeschaffenen Plantagen nicht genügend erwirtschafteten, um die aufgenommenen Kredite zurückzahlen zu können. Eine ganze Reihe dieser Plantagen wurde zahlungsunfähig. Zwischen 1980 und 1981 verringerte sich die Gesamtanbaufläche für Flue-Cured-Tabak um 20 %.

## Banda über alles

Das malawische Entwicklungsmodell beruht im wesentlichen auf staatlichen Eingriffen. Dazu ist eine loyale und effektiv arbeitende Regierungsbürokratie erforderlich. Der ganze Apparat wird seit der Unabhängigkeit 1964 von einer Person regiert: Dr. Hastings Kamuzu Banda, ein absoluter Herrscher. Im Jahre 1971 wurde er zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt. Die Herrschaft des inzwischen 86jährigen basiert in Anlehnung an sein großes Vorbild Friedrich II. von Preußen auf den sogenannten „vier Eckpfeilern": Einheit, Loyalität, Disziplin und Gehorsam.

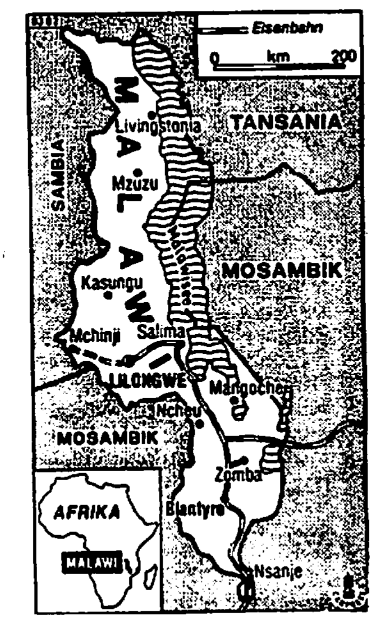
Präsident Banda kontrolliert die Regierung bis ins Detail, ernennt und entläßt die Minister, erläßt Dekrete und Verordnungen, die das Parlament zu einem Forum zur Lobpreisung des Präsidenten erniedrigen. Eine gut funktionierende Geheimpolizei sorgt dafür, daß die „vier Eckpfeiler" nicht durch oppositionelle Töne im Land ins Wanken geraten. Jede noch so harmlose Infragestellung Präsident Bandas wird brutal bestraft. So wurde der frühere Minister der Südregion, Gwanda Chakwamba, allein deswegen zu 22 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er es zuließ, daß ihn ein Parlamentsabgeordneter bei einer Versammlung wegen seiner Leistungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region lobte.

*„Solche Worte waren nicht nur unbegründet, sondern in höchstem Maße skandalös, da jedermann in diesem Lande weiß, daß die Entwicklung ausschließlich dem Präsidenten auf Lebenszeit geschuldet ist und daß solche Lobreden nur an Ngwazi (= Held, M.K.) gerichtet werden dürfen."* (Aus dem Gerichtsurteil).

Die politische Opposition in Malawi kommt weniger von den durch Propaganda zu loyalen Staatsbürgern gemachten Bauern, sondern von Teilen der Mittelschicht und von politischen Rivalen Präsident Bandas.

Vor allem letztere scheinen Banda Angst einzujagen, muß doch jeder Politiker, der größeren Einfluß oder Popularität erlangt, damit rechnen, ins Gefängnis geworfen oder gar beseitigt zu werden. So kamen beispielsweise Dick Matenje, der Generalsekretär der Banda-Partei, Aaron Gadama, Minister der Zentralregion, Sangala, Gesundheitsminister und Chiwanga, Parlamentsabgeordneter, im Mai 1983 bei einem mysteriösen „Autounfall" ums Leben.

Organisierte Opposition gibt es, niemanden wird es verwundern, nur im Ausland. So die 1975 gegründete LESOMA, die in den letzten Jahren in Malawi arbeitende Zellen aufbaute, außerdem die den bewaffneten Kampf ablehnende Malawische Freiheitsbewegung MAFREMO — unter Führung des 1984 zu lebenslanger






*Frauen beim Bündeln von Tabakblättern auf einer Plantage in Nordmalawi*

Haft verurteilten Orton Chirwa — und den in Malawi eher einflußlosen „Kongreß für die zweite Republik". Obwohl die LESOMA nach eigenen Angaben 15.000 Malawier organisiert hat und obwohl es nach der Verhaftung von Orton Chirwa und seiner Frau Vera zu spontanen Sympathiekundgebungen kam, scheint das Banda-Regime noch immer fest im Sattel zu sitzen.[4]

### Malawis Rolle im südlichen Afrika

Malawi spielt im südlichen Afrika, vor allem wegen der offenen Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime Südafrikas, zu dem es als einziges schwarzafrikanisches Land diplomatische Beziehungen unterhält, eine Sonderrolle.

Die Politik Malawis gegenüber Südafrika läßt sich auf zwei Faktoren zurückführen:

— Erstens wurde diese Haltung bestimmt durch die starke Abhängigkeit Malawis von Großbritannien, die Präsident Banda dazu führte, britische Positionen gegenüber Rhodesien und Südafrika zu unterstützen.

— Zweitens besteht eine starke strukturelle Abhängigkeit Malawis von Südafrika.

Dies sollte nicht zu dem Schluß verleiten, Malawi sei zu dieser Haltung gezwungen worden, hat doch Präsident Banda nicht einmal den Versuch unternommen, vorhandene Spielräume für eine unabhängigere Position zu nutzen.

In die strukturelle Abhängigkeit von Südafrika begab sich Malawi mehr oder minder freiwillig. 1967 wurde ein Handelsabkommen unterzeichnet, nach dem Südafrika Tabak, Öl, Tee und Baumwolle zollfrei importieren konnte und südafrikanische Produkte zu Vorzugstarifen nach Malawi eingeführt werden konnten. Der Anteil der Waren aus Südafrika am Gesamtprodukt erhöhte sich daraufhin sprunghaft von 12 % (1970) auf über 40 % (1979). Präsident Banda wollte durch diesen Ausbau günstige Bedingungen für die Entwicklung einer exportorientierten Agrarwirtschaft schaffen, die schon seit jeher nach Süden ausgerichtet war.

Das zu diesem Zweck wichtige geplante Eisenbahnprojekt nach Nacala (Mosambik), von dem sich Banda einen gesteigerten Transitverkehr und damit höhere Gewinne versprach, konnte zudem nur durch südafrikanische Finanzierungshilfen realisiert werden. Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika sollte also der ökonomischen und damit auch politischen Stabilisierung des Banda-Regimes dienen.

Ihre politische Entsprechung fand diese Strategie in dem Konzept des „Dialogs mit Südafrika". Dieses Konzept beinhaltete, neben einer verbalen Verurteilung der Apartheid, die Behauptung, man könne nur durch den Dialog und intensive Kontakte in Südafrika Verbesserungen erreichen.

Es waren diese Politik und besonders der 1971 vollzogene Schritt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Republik Südafrika, die Malawi in Schwarzafrika zunehmend isolierten.

Seit der Gründung der „Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika" (SADCC) im Jahre 1980 ist es Malawi allerdings gelungen, sich aus dieser Isolierung etwas zu befreien.

Die SADCC verfolgt das Ziel, durch konkrete Maßnahmen vor allem im Bereich des Transport- und Nachrichtenwesens eine größere Unabhängigkeit der Staaten im südlichen Afrika von der Republik Südafrika zu erreichen.

Dies liegt ganz im Interesse Malawis, hat doch die Ineffizienz dieser Transportwege dem Außenhandel Malawis geschadet. Hinzu kommt, daß die SADCC sehr locker organisiert ist und von ihren Mitgliedern keine Zugeständnisse politischer oder ökonomischer Art verlangt.

Malawi zeigte sich in den letzten Jahren auch bemüht, das traditionell schlechte Verhältnis zu den Nachbarstaaten zu verbessern.

1981 wurden diplomatische Beziehungen zu Mosambik aufgenommen. Malawi versprach, die bisher gewährte Unterstützung mosambikanischer Rebellen zu beenden. Als Gegenleistung stellte Mosambik die Unterstützung der LESOMA ein.

1984 schloß Malawi nun mit dem bisher besonders verfeindeten Tansania ein Abkommen über den Bau einer Verbindungsstraße zwischen beiden Ländern.

mk

**Anmerkungen:**

1. 85 % des Investitionshaushaltes von Malawi werden durch Entwicklungshilfe in Form von Zuschüssen bestritten. Hauptgeldgeber: Weltbank, EG, Großbritannien, BRD.
2. Die Wertabschöpfung im Zeitraum zwischen 1971/72 und 1979/80 lag höher als die gesamten Ausgaben der Regierung für Entwicklungsmaßnahmen im klein-bäuerlichen Sektor im selben Zeitraum.
3. Der größte malawische Konzern mit Beteiligungen an Banken und Industrieunternehmen. Präsident Banda hält als Treuhänder 100 % des Kapitals.
4. Zur innenpolitischen Situation Malawis siehe auch: blätter des iz3w Nr. 98, S. 11ff. und taz 8. 7. 86.

# Verfemt — Verboten — Eingestampft

## Verbot zweier Werke des indonesischen Schriftstellers Pramoedya Anata Toer

Ungefähr acht Monate nach Erscheinen der Bücher „Sang Pemula" und „Jejak Langkah", geschrieben von Pramoedya Anata Toer, dem wohl bekanntesten und bedeutendsten zeitgenössischen indonesischen Schriftsteller, wurden beide Bücher verboten. „Jejak Langkah" ist der dritte Band des vierteiligen Romanwerks, das „Pram", wie er von seinen Freunden genannt wird, während seiner 14jährigen Gefangenschaft auf der Gefangeneninsel Buru (1965—1979) seinen Mitgefangenen erzählte und später (1973), als er auf Druck von amnesty international Papier und Stifte haben durfte, dort auch niederschrieb. Das Leben Pramoedyas ist geprägt von Gefängnisaufenthalten und dem Verbot seiner Schriften. Er war schon während des Unabhängigkeitskampfes gegen die Holländer inhaftiert worden. 1960, in der Sukarno-Zeit, wurde seine Schrift, die sich gegen die Diskriminierung der Chinesen in Indonesien wandte, verboten und er war ein Jahr im Militärgefängnis von Jakarta inhaftiert. Anfang der 60er Jahre war er Vorsitzender der Künstlervereinigung LEKRA, die der Kommunistischen Partei Indonesiens nahestand; er selbst war jedoch nicht Mitglied der PKI. 1965, dem Jahr des Putsches, in dessen Folge Soeharto, der heutige Präsident, an die Macht kam und etwa eine Million Menschen umgebracht wurden und fast ebensoviele zahlreiche Jahre in Gefängnissen oder auf der Gefangeneninsel Buru zubringen mußten, wurde Pramoedya inhaftiert: Nie ist ein Prozess gegen ihn eröffnet worden. Er wurde erst Ende 1979 wieder freigelassen. Heute lebt Pramoedya fast wie unter Hausarrest in Jakarta.

1980 erschien der erste Band des vierteiligen Romanwerks „Bumi Manusia", ein halbes Jahr später der zweite Band „Anak Semua Bangsa". Beide Bücher wurden schließlich 1981 verboten, nachdem innerhalb weniger Monate 60.000 Exemplare verkauft wurden. Für Indonesien sind dies Bestseller-Zahlen, die höchsten Auflagenzahlen, die indonesische Literatur bisher in so kurzer Zeit erreichen

konnte. Im Oktober 1985 erschien nun der dritte Band „Jajak Langkah“ sowie die historische Abhandlung „Sang Pemula“, in der die historischen Quellen zusammengetragen und analysiert werden, die der Hauptfigur der Romaquatrologie zugrundeliegen. Die Werke von der Insel Buru (der vierte Band „Rumah Kaca“ wird demnächst erscheinen) spielen in der Kolonialzeit 1898—1908 und schildern die Anfänge des erstarkenden indonesischen Nationalismus und Freiheitskampfes. Die Hauptfigur ist Minke, ein adliger Javaner, der eine europäische Bildung erhält und die Konfrontation von traditionellem Wertsystem und europäischem Fortschrittsglauben an der eigenen Person erlebt. In den vier Bänden des Romanwerks wird sein persönlicher und politischer Werdegang beschrieben. Im dritten Band „Jejak Langkah“ findet er nach Verhaftung und Verfolgung wegen seiner Tätigkeit als Journalist zu einer eigenen Identität und sucht nach Wegen, sich als Indonesier in einer modernen Welt zu behaupten. Das Buch „Sang Pemula“ ist kein, wie die Staatsanwaltschaft in ihrer Verbotsverfügung fälschlicherweise behauptet, historischer Roman, sondern eine Quellenstudie über Tirto Adhi Soerjo, der das Vorbild für die Romanfigur Minke war. Beiden Büchern wird vorgeworfen, sie seien durchsetzt vom Denken in sozialen Gegensätzen und dem Konzept des Klassenkampfes. Sie seien Literatur, basierend auf dem sozialistischen Realismus, zu der sich Kommunisten bekennen würden. Außerdem, so wird vom Staatsanwalt weiter ausgeführt, könnten die genannten Werke die öffentliche Ordnung stören. Deshalb seien beide Bücher zu verbieten. Gestützt wird die Entscheidung des Staatsanwalts auf das Verbot der Kommunistischen Partei und der Verbreitung jeglichen kommunistischen Gedankenguts, auf einen Grundgesetzartikel zum Verbot von Druckschriften, die die öffentliche Ordnung stören, sowie auf eine ministerielle Anordnung zur Kontrolle ehemaliger politischer Häftlinge und ehemaliger Mitglieder der Kommunistischen Partei. Als Zeugen hörte der Staatsanwalt zwei Organisationen des Staatssicherheitsapparats: LEMHANAS (Organisation zur nationalen Verteidigung) und das Team zur Untersuchung schriftstellerischer Arbeiten von KOPKAMTIP (Kommando für die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung). Weder Literaturkritiker noch Historiker, noch andere unabhängige Beurteiler wurden nach ihrer Meinung gefragt. Der Staatsanwalt verbot, die Bücher zu verbreiten, aufzubewahren, auszuhändigen, mit ihnen zu handeln oder sie nachzudrucken. Das Verbot der Bücher trat am 1. Mai 1986 in Kaft, der Beibrief des Staatsanwalts ist datiert vom 10. Mai und die Nachricht erreichte den Verleger am 14. Mai. In Indonesien ist die Zensur von Büchern normal, jedes Buch muß innerhalb von 48 Stunden nach dem Druck beim Staatsanwalt eingereicht werden. Der Ablauf des Verbots der Pramoedya-Bücher ist jedoch ungewöhnlich. Normalerweise tritt ein solches Verbot sehr schnell in Kraft, sodaß kurz




nach Erscheinen alle Bücher eingestampft werden müssen. Bei den Büchern Pramoedyas nahm sich die Staatsanwaltschaft fast ein halbes Jahr Zeit zur Prüfung. Während dieser Zeit wurde dem Verleger bereits verboten, die Bücher zu verbreiten. Zum anderen wurde das Verbot nicht, wie sonst üblich, in Radio, Fernsehen und den Zeitungen bekannt gemacht. Offenbar fürchtet die Staatsanwaltschaft internationale Reaktionen und will auch nicht zur weiteren Bekanntheit Pramoedyas in Indonesien beitragen. Pramoedya war bereits im Gespräch für den Literaturnobelpreis; seine Bücher sind bereits in mehrere Sprachen übersetzt. Der Roman „Bumi Manusia“ liegt auch in deutscher Übersetzung vor (Garten der Menschheit, Express Verlag Berlin, DM 29,80).

Getroffen vom Verbot dieser Bücher werden zum einen die Leser, denen die Lektüre interessanter Bücher entgeht, getroffen wird die indonesische Jugend insgesamt, der durch das Verbot solcher Bücher die Möglichkeit genommen wird, etwas über die eigene Geschichte zu erfahren und sich mit national gesinnten Indonesiern, die für Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit gekämpft haben, zu identifizieren. Es erstaunt immer wieder, wie wenig indonesische Jugendliche über die Geschichte ihres eigenen Landes wissen. Solche Bücher wie die verbotenen wären für eine nationale Identitätsbildung besonders wichtig. Für den kleinen und mutigen Verlag der Pramoedya-Bücher ist die Verbotsserie existenzbedrohend. Natürlich ist das Verbot auch ein Schlag in das Gesicht des Autors. Seine Bücher sind wohl weniger des Inhalts wegen verboten worden, als seiner Person wegen. Verleger und Autor sind sicher, daß die Bücher nicht verboten worden wären, wenn nicht Pramoedya, ein bekannter ehemaliger politischer Häftling, der Autor wäre.

In Indonesien ist die Macht der staatlichen Bürokratie so stark und die Position der jetzigen Regierung im Laufe von 20 Jahren so gefestigt, daß fast jegliche oppositionelle Regung unterdrückt werden kann. Umsomehr sind Leute wie Pramoedya und sein Verleger auf internationale Solidarität angewiesen. Diese könnte im konkreten Fall so aussehen, daß Briefe oder Postkarten an den indonesischen Staatsanwalt geschrieben werden. Nebenstehend ist der Entwurf eines solchen Briefes, der Grundlage individuell formulierter Briefe sein könnte.

**Ana Grünvogel**

---

Dear Sir,

recently I got to know that the Attorney General of the Republic of Indonesia in his letter No: Kep./036/J.A./5/1986 prohibited the circulation of the two books „Jejak Langkah“ (Steps forward) and „Sang Pemula“ (The Forerunner) written by Pramoedya A. Toer and published by Hasta Mitra.

Also in my country Pramoedya A. Toer is known as a famous Indonesian writer. His novel Bumi Manusia is translated into the German language. Those who are interested in Indonesian culture and history do not want to miss this very interesting and important book. It gives a deep insight into the time of the Dutch colonialism in Indonesia and the raising of an Indonesian national consciousness. The new books are dealing with the same item, therefore there is an urgent need to give these books back to the public. I beg you to revise this decision.

Your sincerly

**Dieser Brief ist zu richten an:**
Kepada yth.
Bapak President Soeharto

Istana Merdeka
**Jakarta/Indonesien**

**Kopien sollten geschickt werden an:**
Kepada yth.

Bapak Hari Suharto SH
Jaksa Agung

JL. Sisingamangaraja

**Jakarta/Indonesien**

Kanzlei der Botschaft der
Republik Indonesien
Bernkasteler Str. 2

**5300 Bonn 2**

# Offener Brief an die Grünen

## Grüne Partei, Angst vor der Solidarität?

Am 22. 11. fand in Stuttgart eine süddeutsche Demonstration gegen die Mittelamerikapolitik der Bundesregierung statt. Diese Demo wurde getragen von Solidaritätsgruppen aus München, Heidelberg, Tübingen, Nürtingen, Karlsruhe, Freiburg etc. und Stuttgart. Ziel und Zweck war es, ein breites Bündnis gegen die reaktionäre Politik der BRD-Regierung herzustellen. Die Demo war zwar klein (1000 Leute), dafür gab es aber pfiffige Parolen und ausgezeichnete Redebeiträge. Gekommen waren das linke Spektrum, Autonome und Punks — wer nicht da war, das waren die Grünen.

Zur Vorgeschichte:
Um genügend Zeit für die Mobilisierung zu haben, wurden die Aufrufe 4 Wochen vor dem Termin verschickt mit der Bitte um inhaltliche Auseinandersetzung. Außerdem baten wir um eine schnelle Rückantwort; ob die betreffenden Gruppen die Demo unterstützten. Bei der Landesgeschäftsstelle der Grünen spielte sich das folgendermaßen ab: Da nach dem ersten, den Grünen zugesandten Demoaufruf keine Reaktion kam, riefen wir direkt bei der Landesgeschäftsstelle an. Dort wurde einer Vertreterin des Mittelamerikatreffs lapidar erklärt, man fände den Aufruf und das Begleitschreiben nicht mehr und außerdem sei der geeignetere Ansprechpartner der AK Internationalismus der Grünen. Sie baten aber dennoch um die Zusendung eines zweiten Aufrufs und versprachen dann spätestens in 2-3 Tagen Bescheid zu geben. Während der gesamten Vorbereitungszeit ging keinerlei Antwort von den Grünen ein. Auch bei der Demo habt ihr durch Abwesenheit geglänzt.

Angesichts dieser Verhaltensweisen drängen sich uns natürlich Fragen auf:
1. Leidet Euer politisches (Er)Fassungsvermögen so unter dem bevorstehenden Wahlkampf, daß ihr diesen „immensen" Zeitaufwand, den das Durchlesen und die Auseinandersetzung mit dem Inhalt eines Deomoaufruf kostet, meidet?
2. Seid Ihr durch die parlamentarische Arbeit so in Anspruch genommen, daß Ihr zu praktischer, immer wieder propagierter Solidarität, Euch außerstande seht?
3. Wir müssen uns ernsthaft fragen wie Euer Verhältnis zur Solidaritätsbewegung ist, wenn Ihr so mit einem Aufruf fortschrittlicher Kräfte gegen reaktionäre Politik umgeht.
4. Oder habt Ihr einfach Angst Eure Wähler zu erschrecken, wenn Ihr die Zusammenhänge zwischen den Verhältnissen hier ünd dem real existierenden Kriegszustand in Mittelamerika aufzeigt? Wir können uns eigentlich nicht vorstellen, daß Euer internationalistisches Verständnis so wenig ausgeprägt ist, zumal die Menschen in den betreffenden Ländern Hoffnungen in Euch setzen, da sie meinen, Eure Politik zu kennen.

Wir fordern Euch zu einer Stellungnahme auf mit der Hoffnung, zukünftig gemeinsam, praktische solidarische Schritte unternehmen zu können!

Mehr Solidarität und weniger Parlamentarismus!

El Salvador Komitee Stuttgart
c/o Barbara Rochlitzer
Mörikestr. 69
7 Stuttgart 1





**Die DEG — Entwicklungshilfe für die deutsche Industrie**, Peru-Gruppe Aachen (Hrg.), Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1, 48 S., Dm 4,00

**Actas Latinoamericanas de Varsovia**, Seccion de America Latina, Instituto de Paises den Desarollo, Facultad de Geografica y Estudios Regionales, Universidad Versovia THrg.), Polen

**Thesaurus für wirtschaftliche und soziale Entwicklung** (Teil 1: Register, Teil 2: Strukturierter Teil, Teil 3: Alalphapetischer Teil), Übersee-Dokumentlion im Deutschen Übersee Institut, Hamburg

**Sous-Developpement et Democratie multipartisane l'experience Senegalaise**, Les Nouvelles Editions Africaines B.P. 260, Dakar-Abidjan, 110 S.

**Ökologische Konzepte**, Sonderausgabe 24, Wegbereiter der mittleren Technologie und des ökologischen Landbaus, E.F. Schumacher, G.M. Pfaff Gedächtnisstiftung, Stiftung Ökologischer Landbau, Siftung Mittlere Technologie, ISSN 0721-9296, 60 S.

**Ökologische Konzepte**, Sonderausgabe 25, 25 Jahre Georg Michael Pfaff Stiftung, ISSN 0721-9296, 60 S.

**Kurdistan und die Kurden**, Ismet Cherif Vanley, Band 2, Türkei und Irak, pogrom Reihe bedrohte Völker 124/25, aus dem Franz. v. Françoise Geiger und Ulrike Woltschendorf, pogrom Taschenbücher 1014, Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen und Wien.

**Wer hat Angst vorm schwarzen Mann**, Elvira Y Müller et al, Die Schweiz und ihre Flüchtlinge, mit Illustrationen von Ro,
Limmat Verlag Genossenschaft, Zürich 1986, ISBN 3857911115

**Judenfrage und Zionismus**, Jakob Taut, internationale sozialistische publikationen, ips-Verlag, Frankfurt/Main 1986, 267 S., DM 29,00

**Recht ist, was Strauß nützt**, Anti Strauß Komitee (Hrg.), Rechtsbrüche der CSU im Jahre 1986, Annette Schorb, Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5, Broschüre, DM 4,00

**Wer Wind sät wird Sturm ernten**, Neville Alexander, Kultur und Politik der unterdrückten Mehrheit Südafrikas, internationale sozialistische publikationen, ips-Verlag, Frankfurt/Main 1986, 158 S., DM 19,00

**IWF-Weltbank**, Paul Sander und Michael Sommer, Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die ‚Dritte Welt'?, AK Entwicklungspolitik im BDKJ Stuttgart (Hrg.)

**Vertrauen in die eigene Kraft**, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hrg.), ländliche Entwicklung am ostafrikanischen Beispiel der Tanga-Region in Tansania, Haag + Herchen, Frankfurt/Main 1986, 116 S.

**Zu Gast bei den Entwickelten**, Siegfried Pater und Suleman Taufic (Hrg.), pad-Verlag, Dortmund 1986

**Industrial Development in Tanzania: Some Critical Issues**, Rune Skarstein und Samuel M. Wangwe, Scandinavian Institute of African Studies, PO Box 1703, S-75147 Uppsala, Sweden, SEK 80,00



# Zeitschriftenschau

**epd-Entwicklungspolitik 23-24/86**
Interview mit Nora Chase, Namibischer Kirchenrat — ‚Diakonia 2000' / Weltkonsultation des Weltkirchenrates — Reorganisation der Vereinten Nationen — USA subventionieren israelische Rüstungsindustrie — Kandidat(inn)enbroschüre Entwicklungspolitik: Lehrstück im Demokratieverständnis — Rezendionen: Landwirtschaft in Nicaragua.
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/Main 17, DM 4,50

**epd-Entwicklungspolitik 1/87**
Resourcentransfer von Süd nach Nord — Argentinisch-deutsche Zusammenarbeit bei der Vermarktung von Kampfflugzeugen — Wirbelwind im internationalen Zuckergeschäft — Kamerun zwischen Diktatur und Deutschland — Vorabdruck aus D. Senghaas/ U. Menzel: Europas Entwicklung und die Dritte Welt — Bundesdeutsche Entwicklungshilfe in Thailand.
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/Main 17, DM 3,00

**Peripherie 24/86**
Marxistische Konzepte von ‚Rasse', Klasse und Staat — Interkulturelle Kommunikation in der Migrationsforschung — Kapitalinteresse und Apartheid — Burenideologie — Hommage an Hubert Fichte. Bezug: Peripherie, c/o FDCL, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

**Querbrief 4/86**
Das Fremde und wir: Alles oder Nichts ist dem Menschen fremd — Impressionen des Fremd-Seins aus der Sicht von Kooperanten — Zur Situation palästinensischer Flüchtlinge in Berlin — ‚Entwicklungshelfer' neun danke — Projektberichte aus Kap Verde und Palästina und aus Burkina Faso, zwei Jahre nach Abschluß des Projektes — Südafrika: 6 Todesurteile gegen Massenprotest.
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61, DM 2,00

**epd-Entwicklungspolitik: Materialien VII/86**
‚Sowjetunion und Dritte Welt — Hilfe oder Ausbeutung?'
Die Texte gehen zurück auf eine Tagung der Dokumentationsstelle Bewegung Blockfreier Staaten (Dortmund) und der Südostasien-Informationsstelle (Bochum) im April 1986.
Die Materialsammlung enthält Ergebnisse der Tagung und Referate mit den unterschiedlichen politischen Positionen, Texte zur sowjetischen Militärhilfe und zu den Schulden der Dritten Welt gegenüber der UdSSR sowie ausgewählte sowjetische Stellungnahmen.
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/Main 1, DM 10.00

**Informationsdienst Südliches Afrika 6/86**
Themenschwerpunkt: Kriegsmacht Südafrika
Mit dem mosambikanischen Präsident Samora Machel verlieren die Frontstaaten im südlichen Afrika eine wichtige Integrationsfigur im Kampf um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit. Wir bringen einen Nachruf und einen Kommentar aus Maputo. Ob schuldig am Absturz der Präsidentenmaschine oder nicht: Südafrika sitzt auf der Anklagebank wegen seines trotz geschickter Vertragspolitik andauernden Krieges gegen die Nachbarn und die eigene Bevölkerung. Berichte über: den Einfluß des Militärs im Staat; die militärische Propaganda; den Krieg in Namibia; eine Auflistung der Ausrüstung und Ausrüster der Apartheid und der Kosten der Destabilisierung für die Frontstaaten. Artikel zu Sanktionsbeschlüssen der USA und EG, zur Homelandpolitik und zu Swasiland vervollständigen diese Ausgabe.

**Informationsdienst Südliches Afrika 7/86**
Ein erster Schwerpunkt bringt eine Zusammenstellung der jüngsten Gesetzesrevisionen und stellt dar, warum dieses Facelifting lediglich soziale Veränderungen sanktioniert. Dazu ein Interview mit F. van Zyl Slabbert und eine Stellungnahme von Sh. Duncan zu den neuen Zuzugskontrollgesetzen. Zum zweiten zur Sanktionsdiskussion Berichte über den Rückzug von IBM und General Motors und den bundesdeutschen Import von Südafrikanischer Kohle. Weiterhin stellen wir Fragen zum Flugzeugabsturz des mosambikanischen Präsidenten Machel und dokumentieren ein Gespräch mit seinem Nachfolger Joaqin Chissano; u.v.m.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1, DM 5,00

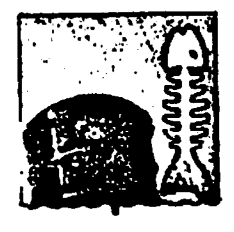
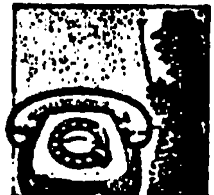
**ila-info 101/86**
Schwerpunktthema: Der Kampf um ein Stückchen Erde
Enttäuschungen über ein enttäuschendes Agrarreformgesetz, Landbesetzungen, von Großgrundbesitzern angeheuerte Todesschwadrone — der Kampf um den bebaubaren Boden hat in den letzten Monaten in Brasilien an Schärfe zugenommen. Die aktuelle Nummer des ila-infos enthält Beiträge zur Agrarpolitik der brasilianischen Regierung, zum Agrarreformgesetz, zu den aktuellen Landkonflikten, ein Interview mit dem brasilianischen Bischof Dom Rose Rodriguez und einen Brief aus Brasilien zu einer Aktion landloser Bauern.
Weitere Beiträge: Asylantenwahlkampf, Synode der EKD, Konferenz ‚Freiheit und Demokratie' der KAS, zur Konferenz ‚Kultur und Politik bei Antonio Gramsci und Jose Carlos Mariategui', über die Behinderung eines Nicaragua-Seminars europäischer Jugendverbände, die Vorstellung neuer Bücher zu Mittelamerika und zur Befreiungstheologie sowie ein Interview mit dem mexikanischen Filmemacher Paul leduc.
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, DM 3,50

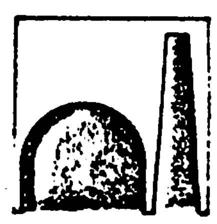
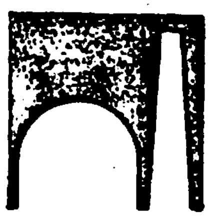
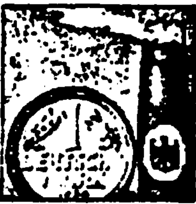
**Forum 32/33**
Sozialpolitsche Perspektiven: Zwischen goldrausch und Mindesteinkommen.
Zukunftswerkstatt — Gesundheitstag 1987 — Zur Zukunft der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe — Projekte? wer, wenn nicht wir — Selbsthilfe zwischen Wohlwollen und Diskriminierung — Ini-Fonds weniger Goldrausch, mehr Solidarität — ODL in der BRD / vorübergehend auf immer — Grüne Stiftung / viel Geld, viel Macht — Die geistig-moralische Wende in den Jugendwohngemeinschaften. DM 3,60

**Materialmappe XXIV/86**
Zur Entwicklung einer Aktionsforschung in der Linguistik
In dieser Arbeit wird ein linguistisches Forschungs- und handlungskonzept entworfen, das nicht nur die gesellschaftliche Dimension der Sprache, sondern auch die gesellschaftliche Dimension ihrer Forschung miteinschließt. Nach der Darstellung der theoretischen Grundlagen der linguistischen Aktionsforschung beschreibt der Autor, der an einem aktionsanthropologischen Projekt mit den sydlichen Chayenne in Oklahoma/USA teilgenommen hat — andhand von Projektbeispielen ihre praktischen Anwendungsbereiche. DM 7,00
Das Biogas und seine Vorteile / Unsere Nahrungsmittel kommen vom Boden: Pflegen wir unsere Felder
Beide Hefte sind in der Arbeit von EDAC — einem peruanischen Projekt für ökologische Entwicklungsarbeit — entstanden. Sie dienen der bewußtseinsbildenden Arbeit mit peruanischen Kleinbauern. Wir haben sie als ein Beispiel für basisbezogene Bildungsarbeit für uns hier übersetzt. DM 2,00 in Briefmarken
Bezug der letzten drei Publikationen:
AG spak, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

**Entwicklungspolitische Korrespondenz 4/86**
Vom Reaktor zur Bombe — Atomkraft in der Dritten Welt. Informationen über die entwicklungspolitische Dimension der Nukleartechnik: Stellt der Export von Atomkraftwerken einen vielleicht sogar unverzichtbaren Beitrag zur Lösung der drängenden Energieprobleme des Südens dar oder dient er tatsächlich nur dazu, Schwellenländern mit Großmachtambitionen zur Bombe zu verhelfen? Spezielle Beiträge gehen auf die Nuklearpolitik in Indien, China, Brasilien und Argentinien ein. Weitere Artikel: Ausstieg vor dem Einstieg — erster philippinischer Reaktor wird verschrottet; sicher, sicherer, KWU — Auftragsflaute für deutschen Atomexporteur; Uranförderung in der Dritten Welt; der Ernstfall ist Alltag: Über 1500 Atomexplosionen als Tests für eine Weltkarte, die Verbreitung und Massierung kommerzieller und militärischer Nukleareinrichtungen zeigt.
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20, DM 5,00

**Mittelamerika Magazin 58/86**
Ein Thema beschäftigt seit einigen Wochen die rechte Propaganda gegen Nicaragua: das Verbot der Zeitung ‚La Prensa', das von den hiesigen Unterstützern der Contra zum Mord an der Pressefreiheit hochstilisiert wird. Ein Selbstmord sei es gewesen, so die Autoren des Artikels ‚Sprachrohr und Opposition?', der den Schwerpunkt des Mittelamerika Magazins bildet. Die ‚Prensa' sei eben nicht die Oppositionszeitung in Nicaragua gewesen, sondern das Organ der US-Regierung — die nicaraguanische Opposition, die sich an der Verfassungsdiskussionbeteiligt, hatte genausowenig Zugang in die Zeitung wie die regierenden Sandinisten. Weiter Themen: Erdbeben in El Salvador, Duarte und das Militär, Hasenfuß-Prozeß, demokratischer Wahlsieg in den USA, leere Urnen in Haiti, neue Linksregierung auf Barbados.
Bezug: Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1, DM 3,00


# Tagungshinweise

**Seminare des BUKO**, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50, 040/39 25 26
– **„Perspektiven internationaler Frauensolidarität"**, 13.-15. 2. 87
– **Nahrungsmittelhilfe: Zwischen Weltmarktstrategien, Hunger und Ernährungssicherung, Handlungsmöglichkeiten von Aktionsgruppen.** 3.-5. April 1987

**„Produzierendes Kleingewerbe in der Dritten Welt."** 7. Frankfurter Wirtschaftgeographisches Symposium am 20. u. 21. Februar. Information und Anmeldung: Institut für Wirtschafts- und Sozialgeographie, Postfach 111932, 6 Frankfurt 11

**„Zur Geschichte des Christentums in Lateinamerika"**, 21.-22. Feb. in Freiburg. Inform. und Anm.: Haus ser Katholischen Akademie Freiburg, Winte44str. 1, 07 61 / 3 11 16

**„Konzepte und Methoden feministischer Forschungsprozesse"**. 4. Ethnologinnentagung in Tübingen vom 28. 5.-31. 5. 87. Information und Anmeldung: AG Ethno-Feminale, c/o Völkerkundliches Institut im Schloß, 7400 Tübingen, 0 70 71 / 29 39 98.
Die Ethno-Feminale benötigt dringend finanzielle Unterstützung. Sie ist als gemeinnützig anerkannt.

**„Der arabische Raum"**. Veranstaltungsreihe der Zürisher Volksuni vom 22. Januar bis 9. April jeweils Donnerstagabend 20 Uhr. Nähere Auskünfte erteilt: Volksuni Zürich, Ressort 3. Welt, Postfach 3376, 8031 Zürich, tel. 01 / 2 42 85 54

**Seminare von „Dienste in Übersee":**
– **Orientierungskurse für Interessierte an einer Überseevermittlung durch DÜ** Termine: 5.-8. 3. 87, 2.-5. 4. 87, 30.4.-3.5. 87, 28.-31. 5. 87, 2.-7.5. 87.
– **Regionalseminar für Berliner zur Einführung in Fragen von Unterentwicklung und Entwicklung.** 27.-29. 3. in Berlin. Weitere Seminare erfragen bei: Dienste in Übersee, Gerokstr. 17, 7 Stuttgart 1, Tel. 07 11 / 2 10 50-0.

**„Braucht die Dritte Welt Atomkraftwerke?** Eine Wochenendtagung vom 21.-22. Feb. 87. Information und Anmeldung: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, c/o Erich Wulff, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90

**„Schritte zur Gemeinschaft in der einen Welt".** Dritte Welt im Unterricht der Grundschulen, vom 27.-29. 3. 87. Information und Anmeldung: Evangelische Akademie, 7325 Bad Boll, Tel. 0 71 64 / 791

**Seminare der Evangelischen Akademie Tutzing:**
– **Nicaragua libre?** Von der (Un-)Möglichkeit eines eigenständigen revolutionären Weges. 13.-15. Feb. 87
– **Umwelt-Flüchtlinge in der Dritten Welt.** 16.-19. 3. 87
– **Wirtschaftswissenschaft und Ethik.** Zur ethischen Fundierung ökonomischer Theorien. 23.-25. 3. 87
Information und Anmeldung: Evangelische Akademie, Schloß, Postfach 227, 8132 Tutzing

**„Die Entwicklungsdiskussion im Kontext der Ökumene".** 13.-15. 2. in Wiesensteig. Seminar für Mitarbeiter in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Ba-Wü. Information und Anmeldung: Zentrum für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit, Gerokstr. 17, 7 Stuttgart 1, Tel. 07 11 / 2 10 50 57

**33. Westdeutsche Kurzfilmtage Oberhausen** 5.-10. Mai 87. Information und Anmeldung: Grillostr. 34, 4200 Oberhausen 1, Tel.: 02 08 / 8 25 26 52

**„Entwicklungspolitik im Umbruch".** Wochenendseminar der VHS-Freiburg. 21/22. 2. 87. Information und Anmeldung: VHS-Freiburg, Postfach 5569, 7800 Freiburg

**„Die Entstehung des Menschen und der Welt in den Mythen der Völker".** Eine Vortragsreihe des Museums für Völkerkunde Frankfurt. 4. Feb.-1. April, jew. Mittwoch 18 Uhr im Rittersaal des Deutschordenhauses, Brückenstr. 3, 6 Frankfurt

**„Entwicklungspolitische Spiele in der offenen Jugendarbeit".** Gemeinschaftsveranstaltung von AK Spiele bei „Brot für die Welt" und AG Jugendfreizeitstätten (agjf) 20.-22. 2. 87. Information und Anmeldung: Tagungshaus Zwickmühle, Müllersteige, 7117 Bretzfeld-Rappach



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz 3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

